DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

221 20. JAHRGANG Februar 2003 4,50 €

gemeinsam leben arbeiten helfen

»Neue Arbeit« bei Emmaus

Selbstorganisation wird groß geschrieben bei Emmaus. Und so ist es verwunderlich, dass trotz der vielen Emmaus-Gruppen weltweit bisher kaum etwas in der CONTRASTE zu lesen war. Mit dem Schwerpunkt dieser Nummer gibt es nun einen Anfang. Der Beginn und die Entwicklung der Emmaus-Bewegung ist eng mit dem charismatischen Abbé Pierre verknüpft, welcher inzwischen neunzig wurde. Mit dem Rückblick auf sein Leben und sein Wirken wird zugleich der rote Faden bei Emmaus verdeutlicht: Gemeinsam leben arbeiten helfen.

Heinrich und Franz von Emmaus-Köln (v.l.)

von Heinz Weinhausen, Red. Köln ● Gemeinsam leben meint, dass sozial engagierte Menschen mit denjenigen zusammenleben, die gesellschaftlich ausgegrenzt und ohne Perspektive sind oder waren. Gemeinsam arbeiten, meint daß die Mitglieder sich Wohnraum schaffen oder Fabriken umbauen und sich auch sonst in gewissem Maße selber versorgen. Zum anderen meint dies bei Emmaus, sich eine geldliche Existenz und zu sichern durch die Spezialität des Verkauf von gebrauchten Möbeln, Hausrat etc.. So wird ein großes Stück Unabhängigkeit erreicht. Und drittens bedeutet gemeinsam helfen, anderen Gruppen investive Starthilfe zu geben für sich selbst oder für soziale Initiativen vor Ort. Einerseits durch Geld, andererseits durch Bereitstellung von Containern voll von gebrauchter Kleidung usw. zum Weiterverkauf; entnommen aus dem Fundus der bereits beständigen Gruppen.

So winkt den einzelnen Mitgliedern – und auch den vielen freiwilligen HelferInnen – keine Aufhäufung von geldlichem Reichtum, sehr wohl aber zutiefst sinnvolles Tun und ein sozialer Reichtum vielfältiger Beziehungen und eine solidarisch-menschliche Verbundenheit oft über Kontinente hinweg. Emmaus praktiziert schon lange, was Fritjof Bergmann in seinem Konzept von »New Work« in den Neunzigern formulierte: Ein Teil Lohn-, bzw. Erwerbsarbeit, ein Teil (HighTech-)Selfproviding, und ein Teil Calling, wobei er das Geld-Verdienen-Müssen im Sinne eines entfremdeten Job perspektivisch auch ganz zu überwinden trachtet. CONTRASTE gibt Einblick, wie »Neue Arbeit« bei Emmaus praktiziert wird. Es steht an, noch näher hinzusehen und inzwischen bereits mehr als fünfzig Jahre Erfahrungsschatz von Selbstorganisation zu heben, zu bilanzieren und zu werten. Mit Blick auf unser aller Ziel: Jedermensch soll menschenwürdig und selbstentfaltet leben können. Ohne Solidarität wird dies nicht gelingen können.

Warum Solidarität bei Emmaus erfreulicherweise so groß geschrieben wird, erläutert Abbé Pierre in einer Rede aus den Gründerjahren. »Wir wissen, dass es nichts nutzt, wenn man als einzelner oder als Nation im Überfluß lebt, während zur gleichen Zeit fast zwei Milliarden Menschen in Qual leben, weil sie kein Brot haben, kein Dach über dem Kopf, keine Arbeit, keine Pflege, keine Schulen haben, und mit ihnen alle Voraussetzugen für ein Leben in Freiheit fehlen. Wir lehnen die Haltung ab, man könne sein eigenes Glück erstreben und sogar erlangen, ohne an die anderen zu denken.

Alle, die überzeugt sind, dass es nicht zweierlei Maß geben kann, alle, die weniger aus Mitleid handeln als aus Sorge um das gleiche Recht aller Menschen auf die Lebensvoraussetzungen, auf Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Erziehung und Arbeit, die alle sind Freunde von Emmaus.«●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

IRAK

Fast täglich bombardieren angloamerikanische Kampfflugzeuge irakische Einrichtungen. Im Westen und Norden des Zweistromlandes befinden sich bereits seit Wochen US-Spezialtruppen auf irakischem Territorium. Der Krieg gegen Irak ist bereits im Gange. Seine Eskalation mit der akut drohenden Gefahr eines Kampfes in und um die 4-5 Millionen Einwohner zählende Stadt Bagdad kann allerdings noch gestoppt werden. Seite 3

REPRESSION

Anfang Januar erfuhr die Projektwerkstatt Saasen, gleichzeitig auch Adresse unserer Redaktion »Umweltschutz von Unten«, einen der schwersten Repressionsschläge gegen politische Zentren in den letzten Jahren in Deutschland. Zwei Verhaftungen und die technische Liquidierung durch den Staatsschutz mit fragwürdiger rechtlicher Grundlage sind die zentralen Ergebnisse. Auch das für diese Ausgabe vorgesehene Schwerpunktthema der Redaktion verschwand mit den Rechnern zur Polizei. Seite 4

ARBEIT & BILDUNG

Dass die soziale Kreativität der Menschheit mit dem technischen Fortschritt mithalten könne: Das war einmal die Hoffnung der Visionäre einer automatisierten Arbeitswelt. Die Utopie einer Welt, in der die Maschinen den Menschen die Arbeit abnehmen, stand als Vorwort in jeder Gebrauchsanweisung. Der ewige Sonntag als Chance und Utopie.

In der Sommer-Ausgabe 2002 hatten wir die »Alternative Bildungs-Initiative« vorgestellt. Gerhard Kern gibt einen Über- und Ausblick auf das schöne Leben. Zu finden auf Seite 5.

AUSSTELLUNG VERHINDERT

In über 100 Städten war sie bereits zu sehen und ab 15. Januar sollte sie erstmals in Pforzheim gezeigt werden: Die Wanderausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland«. Auf Druck eines CDU-Staatssekretärs wurden Ausstellung und Begleitprogramm im Soziokulturellen Zentrum Osterfeld kurzfristig abgesagt. Seite 6

GENOSSENSCHAFTEN

Regionalvermarktung hat beim Verkauf auf dem Wochenmarkt oder im Hofladen einen hohen Stellenwert. Gilt dies auch für den Naturkostgroß-und Einzelhandel? Bedingt, könnte man meinen ob des Trends nach Produktvielfalt möglichst zu jeder Jahreszeit. Aber es gibt gute Beispiele, die zeigen, dass es geht.

Ein Probeeinkauf enthüllte, dass 26 verschiedene Bio-Produkte 240.959 km gereist sind, bevor sie das Naturkostgeschäft erreichten. Umweltverbände fordern deshalb: Food Miles reduzieren! Seite 13

www.contraste.org

D 8008

FRIEDENSDELEGATION IN DEN IRAK

Nein zu Embargo und Krieg!

Eine aus Heidelberg zusammen mit Gruppen der Berliner Friedenskoordination organisierte Friedensdelegation in den Irak hat nach ihrer Rückkehr am 22. Januar über ihre Reise informiert:

»Vom 16. bis 21. Januar besuchte eine deutsche Friedensdelegation den Irak. Diese Delegation ist ein Bestandteil der Aktionen der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Wir kehren nach Europa zurück, um dort mit den Eindrücken aus Bagdad und Basra die politische Arbeit gegen den drohenden Krieg und gegen das Embargo fortzusetzen und zu intensivieren.

Bereits in der ersten Nacht unseres Aufenthalts im Irak nahm die Delegation an einer Demonstration gegen den drohenden Krieg teil. Genau zwölf Jahre nach dem Beginn des Krieges gegen den Irak am 17. Januar 1991 um 2 Uhr 30 demonstrierten wir mit anderen Delegationen aus Belgien und Japan und mit irakischen Jugendlichen zur UN-Zentrale in Bagdad.

In den dann folgenden Tagen besuchten wir medizinische Einrichtungen, NGOs, eine Moschee, kirchliche Einrichtungen und andere kompetente Gesprächspartner, um uns über den drohenden Krieg, die Auswirkungen des Embargos und auch das normale Leben der Irakerinnen und Iraker zu informieren. Am letzten Tag unseres Aufenthalts trafen wir außerdem noch den stellvertretenden Premierminister Tarik Aziz. Wir können hier nur einen kleinen Ausschnitt unserer Erlebnisse darstellen und verweisen für weiterführende Informationen auf die unten aufgeführten Webseiten.

Erschütternd waren unsere Besuche im al-Mansour Krankenhaus in Bagdad und im Mutter-Kind-Krankenhaus in Basrah. Die Ärzte in diesen Krankenhäusern schilderten uns die katastrophale Lage ihrer medizinischen Einrichtungen. In Basrah berichtete uns Dr. Abd Al Karim von dem massiven Anstieg der Leukämieerkrankungen seit dem Krieg 1991. Allein am Tag unseres Besuchs wurden drei leukämiekranke Kinder eingeliefert.

Auf unserem Rundgang durch das Krankenhaus waren gleich die ersten beiden Patientinnen, die uns auf dem Gang begegneten, Patientinnen mit Leukämie. Wir begegneten einem 29-jährigen Mann mit seiner sechsjährigen Tochter. Sie kamen aus einem Dorf 65 Kilometer nördlich von Basrah. Für seine leukämiekranke Tochter musste die medizinische Behandlung unterbrochen werden, wegen des Mangels an Medikamenten. Er erzählte uns außerdem, wie er 1991 als 17-Jähriger in seinem Dorf geholfen hat, nach einem Bombenangriff die Leichen wegzuräumen. Militärische Einrichtungen gab es dort keine.

Unter den Bedingungen des Embargos ist eine adäquate Behandlung von Leukämie nicht möglich. Die in mehreren Zyklen durchzuführende Chemotherapie erfordert die Behandlung mit einem Medikamenten-Cocktail aus Zytostatika und Antibiotika. Doch die Verfügbarkeit dieser Medikamente ist wegen des Embargos nicht garantiert. Fehlt nur ein Medikament des Cocktails, so kann die Behandlung nicht durchgeführt werden. Während bei Kindern normalerweise eine 60- bis 70-prozentige Heilungschance besteht, bedeutet Leukämie im Irak unter den Sanktionen mit großer Wahrscheinlichkeit den Tod.

In Basra trafen wir auch Frau Dr. Hobiger, eine Ärztin aus Wien, die in einem zweiwöchigen Besuch und gegen viele Widerstände verschiedene medizinische Geräte wie zwei Blutzentrifugen, einem Plasma-Gefrierschrank und einem Blutreservenkühlschrank persönlich in den Irak gebracht hat. Sie berichtete uns von der Tropenkrankheit Kala Azar, einer Krankheit in Armutsgebieten, die bei entsprechender Behandlung bei Kindern zu 100 Prozent heilbar ist, ohne Behandlung jedoch zu 100 Prozent tödlich. Die medikamentöse Behandlung kostet pro Kind nur 15 Euro. Die Lieferung des dafür nötigen Pentostam wird verweigert.

Wir besuchten die NGOs *Care International* aus Großbritannien und *Architects for People in Needs* aus Deutschland. Margaret Hassan von Care verglich die heutige Situation im Irak mit dem Fall, wenn in einem Land wie England oder auch Deutschland die Versorgung mit Elektrizität und Wasser, das Bildung- und Gesundheitssystem zusammenbrechen würde. Irak ist ein reiches Land und war bis 1990 eher ein Land der ersten Welt als eines der Dritten Welt. Unter dem Embargo müssen die Menschen ihr Hab und Gut verkaufen, um zu überleben. ...

Fortsetzung auf Seite 3

AKTION 2003:

Knapp die Hälfte...

der benötigten 7.500 EUR haben uns die bisher eingegangenen 56 Spenden eingebracht: 3.616,24 EUR. Das ist ein toller Beitrag zum Erhalt des Zeitungsprojektes und macht uns Mut. Aber – es reicht eben noch nicht. Ziehen wir das in 2002 entstandene Defizit ab, verbleiben noch 2.411,24 EUR. Um die für dieses Jahr errechnete Deckungslücke zu schließen, benötigen wir weitere 1.400 EUR, mit dem vorgenommen Teilabbau der Schulden aus vergangenen Jahren sind es noch 3.900 EUR, die dem Projekt fehlen, damit es nicht doch noch abgewickelt werden muss. Einhundert Spenden über 39 EUR würden uns ins Ziel bringen und unsere Unabhängigkeit auch für die Zukunft gewährleisten – denn freundlich gemeinte Übernahmeangebote gab es auch schon.

Redaktion Heidelberg ● Gute Ideen zur Spendenaktion gibt es auch. Zum Beispiel hat einer unserer Leser an seinem Uni-Institut seinen Geburtstag gefeiert und die Gäste gebeten, statt eines Geschenks eine Spende für CONTRASTE zu geben. Dabei kam ein guter Betrag zusammen. Vielleicht könnte dieses schöne Beispiel auch noch andere LeserInnen inspirieren...

Nachfolgend die noch eingegangenen Spenden im Monat Januar, für die wir uns herzlichst bedanken:

- Helmut Richter, Frankfurt/Main (25 EUR)
- Corinna Moll, Düsseldorf (25,20 EUR)
- Annette Schlemm, Jena (50,00 EUR)
- Swen Osterkamp, Bielefeld (10,00 EUR)
- Alwine Schreiber-Martens, ??? (10,00 EUR)
- Arbeitskreis Wirtschaft, Soest (298,48 EUR)
- Klaus und Helga Kaczerowski, Berlin (15 EUR)
- Angelika Birk, Lübeck (50 EUR)
- Institut für Kommunikationswissenschaft, Uni Münster (150 EUR)
- Ulenspiegel GmbH, Andechs (100 EUR)
- Hubertus Selent, Bremen (10 EUR)
- Michael Faulhaber, Naumburg (38,00 EUR)
- Ariane Dettloff, Köln (40 EUR)
- Ulrich Krebs, Düsseldorf (5,00 EUR)

Die Summe aller Spenden der Aktion 2003: 3.616,24 EUR.

Abokampagne 100+

Bereits zusätzliche einhundert neue AbonnentInnen würden ausreichen, um CONTRASTE einen positiven Jahresabschluss zu ermöglichen und damit das Projekt zu stabilisieren und eine Deckungslükke für das Jahr 2004 zu verhindern. Das ist nicht viel, aber mit den Mitteln der ehrenamtlichen Redaktionen sind wir nicht in der Lage, eine Abokampagne zu starten. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen.

Leider ist der Start der Abokampagne wenig hoffnungsvoll: **Vier neue Abos** konnten wir verbuchen, aber leider blieben auch Kündigungen nicht aus. **Acht Abos wurden gekündigt**. Somit benötigen wir für das Jahr 2003 104+ Neuabos.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 3.888,76 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 104+ Neuabos

Ideensammlung zur Stabilisierung

- Patenschaftsabos für bestehende Freiabos in den Knast
- Geschenkabos
- Betriebe stellen ihr bestehendes Abo auf ein Förderabo um und bekommen auf Wunsch bis zu zehn Exemplare für ihre Belegschaft (siehe Coupon auf dieser Seite)
- Betriebe überprüfen ihren Werbeetat und schalten Anzeigen in CONTRASTE
- Spendensammlung bei Veranstaltungen
- Solipartys in Infoläden, Zentren
- Umstellung des Normalabos auf eine Fördermitgliedschaft (siehe Coupon auf dieser Seite)
- Einzelbestellungen und Wiederverkauf der Bunten Seiten 2003+
- Neuabos werben
- Alle Texte der Jahrgänge 2001/2002 auf CD-ROM (ist von mindestens 50 Vorbestellungen zum Preis von 10 EUR abhängig)

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

ERFOLGREICHER EINSPRUCH GEGEN STRAFBEFEHL

Satire auch im Internet erlaubt

In Münster musste sich ein Kriegsgegner wegen eines satirischen Internet-Kommentars vor Gericht verantworten.

Peter Nowak, Berlin ● Auch im Internet ist die Satire noch erlaubt. Dieses positive Fazit zog der Rechtsanwalt Kai Lemcke. Sein Mandant Holger Voss stand am vergangenen Mittwoch in Münster wegen eines Kommentars vor Gericht, den er vor Monaten im Forum des Internetmagazins Telepolis veröffentlicht hatte. Voss reagierte mit den inkriminierten Posting auf einen anderen Internetuser, der unter dem Pseudonym »Engine_of_Aggression« die Ermordung gefangen genommener Talibankämpfer im Norden Afghanistan gerechtfertigt hatte. »Da trifft es mal die Richtigen«.

Voss drehte diese Argumentation um: »Stimmt. Deshalb wurde es dringend Zeit, dass nach all den Massakern, die von den USA oder im Auftrag der USA begangen wurden, endlich mal Leute den Mut hatten, ein Massaker am wahren Abschaum, an US-AmerikanerInnen zu verüben«. Um ja nicht missverstanden zu werden, schloss der überzeugte Kriegsgegner Voss sein Statement mit dem klärenden Zusatz: »Ach ja: Wer Sarkasmus findet, der/die möge ihn bitte weiterverwenden.« Auf Grund einer anonymen Anzeige erließ die Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl in Höhe von 1.500 Euro. Der satirische Charakter des Kommentars wurde nicht bestritten. Doch beim unbefangenen Leser könne das Posting als Unterstützung der Attentate vom 11. September verstanden werden, meinte die Anklagebehörde.

Voss erhob mit Erfolg Einspruch. Das Verfahren wurde eingestellt. Zuvor hatte Voss der Justiz in seiner Verteidigungsrede Heuchelei vorgeworfen. »Politisch motivierter Massenmord im Kosovo, im Irak, in den von Israel besetzten Gebieten, in Kurdistan oder Afghanistan wird hier offen diskutiert, vorbereitet, unterstützt und durchgeführt, wenn er sich nur als Krieg oder Aufstandsbekämpfung maskiert. Da schreitet die Justiz nicht ein«.

Mit dem Freispruch ist für Voss die »deutsche Justizposse«, wie ein Telepolis-Autor das Verfahren klassifizierte, noch nicht erledigt. Er prüft juristische Schritte gegen den Provider T-Online, der mit der Speicherung und Weitergabe von Verbindungsdaten gegen Datenschutzregelungen verstoßen haben soll.

Voss ist sich sehr sicher, dass die anonyme Anzeige von »Engine_of_Aggression« stammt, dessen Lob auf den Mord an den Talibankämpfern den Münsteraner erst zu seiner inkriminierten Satire animierte. Eine Anklage braucht »Engine_of_Aggression« nicht befürchten. Der hat seinen Namen und seine Verbindungsdaten so perfekt anonymisiert, dass Anfangsermittlungen wegen Billigung einer Straftat gegen ihn im Sande verliefen.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center: World-Wide-Weiblich

Die Hälfte des Webs für die Hälfte des Himmels

Immerhin wird sich der Anteil von Frauen im Networking-Business laut einer Studie des IT-Trendwatchers IDC bis 2004 verdoppeln. Das werden dann aber immer noch zumindest in den führenden 13 Industrienationen Europas lediglich erbärmliche 7,3 Prozent sein.

Nutzung eines Computers an der Hochschule in den alten und neuen Ländern, nach Hochschulart und Geschlecht: (Angaben in Prozent)

	West		Ost	
	Uni	FH	Uni	FH
Männer	70	82	79	91
Frauen	49	61	69	80

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1994/95, Nr. 26

Absoluter Spitzenreiter ist laut IDC Frankreich: So hatte Frankreich bereits vergangenes Jahr den West-Europa-Schnitt von 2004 überschritten. So wird dort in drei Jahren der Anteil der Frauen auf dem Internet-Networking-Arbeitsmarkt mehr als 12 Prozent betragen. Die Vorreiter-Rolle Frankreichs wird von den Verfassern der Studie so erklärt, dass die französische Regierung hinsichtlich einer Austarierung der Geschlechteranteile in vielen Berufssparten sehr aktiv war. Einen relativ hohen Anteil von weiblichen Fachkräften können auch Großbritannien und Nordirland (2001: 6,5 Prozent) sowie Belgien (2001: 7,2 Prozent) und Spanien (2001: 7,2 Prozent) aufweisen. Neben Österreich (2001: 4,3 Prozent) liegen auch die Schweiz (2001: 4,9), Norwegen (2001: 5,5), Deutschland (5,3 Prozent), die Niederlande (2001: 5,3 Prozent), Italien (2001: 5,2 Prozent) und Dänemark (2001: 5,2 Prozent) im unteren Bereich der Skala.

Aber die Realität der Nichtwunderwelt ist nun mal, dass Veränderungen nicht sofort eintreten, dass wir unser tägliches Leben leben, für Veränderungen arbeiten und von ihnen träumen, alles zur gleichen Zeit.

Sue O'Sullivan zitierte Jana Arakeljan, als sie vor Sommer vergangenen Jahres eine Sommerpause für ihre seit 1997 betriebene homepage www.frauennews.de verkündete. Seit Ausrufung dieser Sabbatzeit ist die website leider verwaist. Kompetente Frauen kommen, aber viele gehen auch wieder und nur einige bleiben. Dabei waren doch qualifizierte Schwestern vor über 5 Jahren an der Uni auf dem Vormarsch in der Computernutzung (siehe Tabelle):

Was Frauen und Männer am Computer so machen ermittelte Allensbach schon 1999. Eva guckt zuvorderst nach 1. Sprachen/Lernen, 2. Gesundheit/Ernährung, 3. Kochrezepte, 4. Film/Musik, 5. Versandhaus und 6. Gymnastik/Wellness, während Adam 1. die aktuelle Nachrichtenlage, 2. Zeitungsarchive, 3. das Fernsehprogramm, 4. Sportergebnisse und 5. Börseninfos online interessieren (www.acta-online.de/news/nt-frauen.html). Na klar: für Eva Lernen, leben und Shopping, aber für Adam Wissen, Macht und Geld. Aber: pass auf Eva – Dein Lernprogramm und Deine Einkaufsmeile wird von Männern gestrickt. Dein Rezept des Monats schickte Dir bis Sommer letzten Jahres (seither wg. Arbeitsüberlastung auch verwaist) bei www.contraste.org Starkoch Christoph Höver aus Portugal und überall im WWW siehst Du fast nur noch Männerkram.

Es ist einfach so. Das Weltweite Web weigert sich, weiblich zu werden. Ob aus Technikfeindlichkeit, ansozialisierter oder angeborener alternativer Kommunikationsweise (»Nicht miteinander rechnen – miteinander reden« titelte CONTRASTE ja auch schon einmal) – die Mädels mögen nicht so recht.

Viel hängt an der Präsentation von IT-Knowhow und seiner Vermittlung. Ich selber habe es immer eher vermocht, Windsurfing- als Websurfingkurse für Frauen zu geben. Zu sehr widerspiegelt sich die Perfektion des Prozessors im männlichen Rechthabergehabe.

Die Lösung kann nur die sein, dass Frauen andere Frauen interessieren und unterrichten. Da gibt es z.B. eine der jüngsten alternativen Aktiengesellschaften, die bahnbrechend für den Frauencomputerbereich tätig wurde (www.frauen-computer-schulen.de/fcs-m/home.htm).

Andere Initiativen wie etwa der Verein »Frauen und Mädchen in Naturwissenschaft und Technik« an der GHK Kassel (www.uni-kassel.de/finut/) forschen und informieren zum Thema. Es gibt nichts Gutes, außer Frau tut es...

Oder sollten wir über eine selbstauferlegte Quotierung des WWW reden...?●

IRAK: DER KRIEG HAT SCHON LÄNGST BEGONNEN

Den begonnenen Krieg beenden – seine Eskalation verhindern

Fast täglich bombardieren angloamerikanische Kampfflugzeuge irakische Einrichtungen. Im Westen und Norden des Zweistromlandes befinden sich bereits seit Wochen US-Spezialtruppen auf irakischem Territorium (vgl. »The secret war«, in: The Independent, 24.11.02). Der Krieg gegen Irak ist bereits im Gange. Seine Eskalation mit der akut drohenden Gefahr eines Kampfes in und um die 4-5 Millionen Einwohner zählende Stadt Bagdad kann allerdings noch gestoppt werden.

von Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund ● Lawrence Lindsey, bis vor kurzem noch Chefwirtschaftsberater von Präsident Georg W. Bush, ließ im November 2002 keine Zweifel über die Ziele der US-Politik gegenüber Irak: »Wenn es einen Regimewechsel im Irak gibt, kommen täglich drei bis fünf Millionen Barrel Erdöl zusätzlich auf den Markt. Eine erfolgreiche Durchführung des Krieges würde der Ökonomie gut tun« (Der Spiegel, 13.1.03).

Es gibt eine ganze Reihe guter Gründe, warum große Teile der US-Regierung diesen Krieg trotz aller Risiken und möglicher Verluste an Menschenleben führen möchten:

Gründe für den Krieg

1. Der Machtwechsel in Bagdad bringt US- und britische Ölfirmen ins Geschäft.
2. Die Abhängigkeit der USA von Saudi-Arabien sinkt, die eh schon geschwächte OPEC verliert weiter an Bedeutung.
3. Die US-Machtfülle weltweit wächst; Europa, China, Japan, Indien und Russland werden auf Jahre hin als potentielle Konkurrenten geschwächt, die US-Hegemonie gestärkt.
4. US- und britische Soldaten in der Golfregion werden künftig nicht mehr von irakischen Massenvernichtungswaffen bedroht.
5. Die staatliche irakische Unterstützung für palästinensische Selbstmordattentäterfamilien entfällt nach einem Regimewechsel, ebenso erhöht sich nach Ansicht der israelischen Führung die Sicherheit Israels.
6. Die US-Rüstungs- und Ölindustrie wird gefördert und hilft der US-Wirtschaft mit ihrem riesigen Außenhandelsbilanzdefizit und der weltweit höchsten Staatsverschuldung aus der Krise.
7. Der Krieg wird andere Staaten der Region – insbesondere die erdölreichen Nachbarländer Iran und Saudi-Arabien – von einer US-feindlichen Politik abhalten, weil diese sonst ebenfalls angegriffen würden; der gesamte Nahe und Mittlere Osten wird soll neu »gestaltet« werden.
8. Georg W. Bush vollendet des Werk seines Vaters und rächt den von US-Seite behaupteten Mordversuch Saddam Husseins an Georg Bush senior bei dessen Truppenbesuch in Kuwait 1993.
9. Der Krieg gegen Irak lenkt vom Misserfolg in Afghanistan und der Nichtergreifung Osama bin Ladens ab.
10. Ein schneller Sieg und Regimewechsel in Bagdad erhöht die Wiederwahlchancen von Georg W. Bush bei der Präsidentenwahl 2004.
11. Der Druck der religiös-fundamentalistischen Kräfte in den USA – zu denen Präsident Georg W. Bush selbst gehört –, die davon überzeugt sind, dass Nordamerika den missionarischen Auftrag zur weltweiten »Demokratisierung« der Erde und zum Kampf gegen das Böse erhalten hat, ist enorm hoch.
12. Nach mehr als einem Jahr Ankündigung des Irak-Krieges kann die US-Führung kaum noch ohne Ansehensverlust zurück.

Chancen zur Beendigung des Krieges und zur Verhinderung seiner Eskalation

1. Die weltweiten Proteste, insbesondere in den USA selbst, werden so stark, dass Georg Bush und Tony Blair ihre Pläne ändern.
2. Solange Venezuela kein Öl auf die Märkte liefert, würde ein Krieg gegen Irak zu kurzfristigen Engpässen mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft führen.
3. Wird die Arbeit der UNMOVIC-Inspekteure verlängert und insbesondere von den Europäischen Staaten unterstützt, werden die angloamerikanischen Kampfflugzeuge kaum gleichzeitig massive Bombardierungen durchführen können.
4. Die irakische Führung bietet angloamerikanischen Erdölkonsortien die Ausbeutung irakischer Erdölfelder an.
5. Saddam Hussein entscheidet sich zu dem eher unwahrscheinlichen Schritt, ins Exil zu gehen.
6. Der Protest innerhalb des US-Militärs nimmt weiter zu. Widerstand gegen ein militärisches Abenteuer am Golf regt sich im Pentagon. Donald Rumsfelds selbstgefällige Art hat ihm unter der eigenen Generalität mehr Feinde als im Ausland gemacht. »Noch nie in der amerikanischen Geschichte«, sagt ein US-Diplomat mit gebotenem Sarkasmus, »stand unser Land näher an einem Militärputsch als heute« (Die Zeit, 2.1.2003).

Protest-, und Widerstandsmöglichkeiten zur Beendigung des Krieges sowie zur Verhinderung seiner Eskalation

Die Fülle von Friedensdemonstrationen und Protesten weltweit lässt sich nicht mehr überblicken. Ich möchte mich deswegen auf einige exemplarische Beispiele beschränken, die gleichzeitig Zeichen der Hoffnung sind.

Beispiele aus den USA

Im Rahmen einer Demonstration Ende Oktober 2002 in Washington vor mehr als 200.000 DemonstrantInnen sagte der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, es sei »Zeit, das Regime zu wechseln – aber hier, in Amerika«.

Am 18.1.03 fand in Washington die bisher größte Friedenskundgebung mit mehreren hunderttausend TeilnehmerInnen statt.

»Stadtrat von Chicago hält Präventivkrieg für falsch« titelte die Frankfurter Rundschau (FR) am 18.1.03 und führte aus: »Der Stadtrat von Chicago hat sich in einer Resolution gegen einen »vorbeugenden Militärangriff« auf Irak ohne den Beweis ausgesprochen, dass von Bagdad wirklich eine Bedrohung für die USA ausgehe. ... Damit folgte der Magistrat der drittgrößten US-Stadt ähnlichen Resolutionen von Städten wie San Francisco, Seattle, Ithaca (Bundesstaat New York) und Kalamazoo (Michigan). ... »Wir wollen nicht, dass unsere Jungen und Mädchen in den Krieg ziehen«, sagte die Ratsvorsitzende Dorothy Tillman.

»Angehörige von Opfern der Terroranschläge vom 11.9. sind nach Bagdad gereist, um für eine friedliche Beilegung der Irak-Krise einzutreten. Die vier US-Bürger seien »in dieser Zeit großer Bedrohung« nach Irak gereist, »um ihrer Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Krieg und Gewalt ein Ende nehmen«, erklärte der Verband »Familien des 11. September für ein friedliches Morgen« am Mittwoch (8.1.03). Als Ort für ihre Pressekonferenz wählte die Gruppe die Ruinen eines Luftschutzbunkers, in dem beim Golf-Krieg 1991 fast 400 Zivilisten durch US-Bomben getötet worden waren«, berichtete die FR am 9.1.03.

Beispiele aus Deutschland

»Justiz prüft Klagen wegen der Vorbereitung eines Angriffskriegs. Generalbundesanwalt Nehm muss sich mit mehreren Strafanzeigen gegen den Bundeskanzler befassen«, titelte die FR am 11.1.03.

»Not in our name – kein Krieg gegen den Irak!« lautet nicht nur eine Initiative in den USA, sondern auch eine Kampagne der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW). Bei der IPPNW-Geschäftsstelle in Berlin können Postkarten an Präsident Bush und Bundeskanzler Schröder sowie Flugblätter zum Thema »Kollateralschaden« bestellt werden.

Kontakt:
IPPNW Berlin, Tel. (0 30) 698 07 40, Fax 693 81 66

An vielen US-Militärstützpunkten fanden bereits Demonstrationen statt, an einigen auch Sitzblockaden (Rhein-Main-Airbase/Frankfurt, EUCOM/Stuttgart).

Neben Stuttgart Vaihingen, Ramstein, Rhein-Main Airbase Frankfurt, Spangdahlem, Heidelberg, Wiesbaden, Kaiserslautern, Würzburg, Grafenwöhr, Mannheim und Böblingen, wo jeweils US-Soldaten stationiert sind, die mit in den Irak-Krieg involviert werden oder bereits daran teilnehmen, stellen vor allem deutsche Häfen, wo Kriegsmaterial verladen wird, symbolische Orte für Protest- und Widerstandsaktionen dar. Informationen über geplante Aktionen sowie ein vierseitiges Informationsblatt zur Selbstverpflichtung zu Protest und Widerstand können abgerufen werden bei der Kampagne »resist – sich dem Irak-Krieg widersetzen«.

Kontakt: www.resistthewar.de, Friedenskooperative, Tel. (02 28) 69 29 04, Fax 69 29 06

Aus deutscher Sicht sind besonders die in Geilenkirchen bei Aachen stationierten AWACS-Einheiten betroffen. Dort riefen am 25.1.03 nach einer Protestkundgebung Mitglieder der Friedensbewegung durch einen Handzettel die Soldaten der Kaserne auf, sich nicht an dem Krieg gegen Irak zu beteiligen.

Kontakt: Armin Lauven, (02 28) 931 98 09 oder Martin Singe (02 28) 26 46 15

Rechtsberatung für US-Kriegsdienstverweigerer in Deutschland bietet das Military Counseling Network in Bammental bei Heidelberg an.

Kontakt: Wolfgang Krauß, Tel. und Fax (0 62 23) 4 77 91 E-mail:mcv@dmfk.de

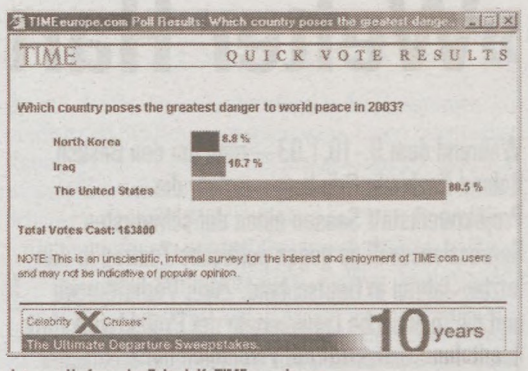
Im Dezember 2002 reisten sieben Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes in den Irak. Sie stehen zu Veranstaltungen bereit.

Kontakt: Versöhnungsbundgeschäftsstelle: Tel. (05 71) 85 08 75

Am 15.2.2002 wird eine Großdemonstration gegen den Irak-Krieg in Berlin stattfinden, zu der ein breites Bündnis von Friedensorganisationen aufgerufen hat.

Kontakt: www.15februar.de

Weitere Informationen: www.versoehnungsbund.de●



Internet-Umfrage der Zeitschrift TIME vom Januar

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... Heute sind 40 Prozent der Bevölkerung absolut abhängig von den Versorgungsrationen, die durch das Oil-for-Food-Programm an die gesamte Bevölkerung verteilt werden. Das heißt, dass diese 40 Prozent keine anderen Einkünfte haben und einen Teil dieser Rationen weiter verkaufen müssen, um sich davon auch andere Sachen zu kaufen. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung ist unabhängig von den Rationen.

Alexander Christoph aus Bayern von den *Architects for People in Needs* bestätigte uns diese Beschreibung der sozialen Situation. Diejenigen, die sagen, das Embargo treffe das Regime, sind der Propaganda erlegen, so Christoph. Das Land lebt nach zwei Kriegen und dem zwölfjährigen Embargo im Ausnahmezustand. Dieses Embargo ist eine humanitäre Katastrophe, es bedeutet faktisch schon heute Krieg gegen die Zivilbevölkerung. In der Diskussion um Embargo und Krieg, die Frage nach Saddam Hussein und der irakischen Führung in den Vordergrund zu stellen, ist zynisch und menschenverachtend.

Politiker und Politikerinnen, die über die Frage des Krieges gegen den Irak und über das seit zwölf Jahren andauernde Embargo zu entscheiden haben, müssen sich persönlich ein Bild von der sozialen Situation im Irak machen. Die internationale Isolation des Iraks muss durchbrochen werden.

Wir fordern den deutschen Bundestag auf, den Vertretern des Auswärtigen Ausschusses, des Verteidigungsausschusses, des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und des Umweltausschusses zu empfehlen, in den Irak zu reisen. Sie sollen sich selber ein Bild von der Situation machen und sich mit ihren Kollegen und Kolleginnen von der irakischen Nationalversammlung treffen.

Die deutsche Vertretung im UN-Sicherheitsrat soll sich dafür einsetzen, dass es nicht zu einem Krieg kommt und dass das Embargo aufgehoben wird.

Die Bundesregierung soll aktiv den Vorschlag von Griechenland unterstützen, eine Friedensinitiative zu starten, um einen Krieg im Nahen Osten zu verhindern.

Nicht zuletzt begrüßen wir die zahlreichen Friedensdemonstrationen, die am letzten Wochenende mit Millionen von Menschen weltweit stattgefunden haben. Diese Aktionen werden fortgesetzt und am 15. Februar mit großen zentralen Demonstrationen in europäischen Hauptstädten ihren nächsten Höhepunkt haben, so auch in Berlin.«●

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Delegation:
Alice Bianchi, vorderasiatische Archäologin
André Brie, Mitglied des Europäischen Parlaments, PDS
Angelika Claußen, Ärztin, Vorsitzende der IPPNW Deutschland (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges)
Bernd Klagge, Initiative gegen das Irakembargo Deutschland, Mathematiker
Gabriele Senft, in der Friedensbewegung engagierte Fotografin
Hans Wenzl, Siegerländer Friedensinitiative, IPPNW, Professor für Sozialpsychiatrie
Inge Wenzl, Politikwissenschaftlerin
Manfred Wagner, Darmstädter Signal, ehemaliger Soldat
Marla Ruzicka, Aktivistin der US-amerikanischen Friedensbewegung
Weitergehende Informationen:
www.irakdelegation.de
www.embargos.de
www.irak-kongress-2002.de

STRAFANZEIGE GEGEN DIE BUNDESREGIERUNG

»Wegen Vorbereitung eines Angriffskriegs«

Beirat der Coordination gegen BAYER-Gefahren stellt Strafanzeige gegen deutsche Bundesregierung.

Der frühere Grüne Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Jürgen Rochlitz hat bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe wegen der Vorbereitung eines Angriffskriegs gegen den Irak Strafanzeige gegen Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Struck eingereicht. Der Chemie-Professor fordert zudem ein Verfahren vor dem UN-Tribunal in Den Haag gegen den amerikanischen Präsident George Bush und US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.

Prof. Rochlitz war in der vergangenen Legislaturperiode Mitglied der Bundestags-Enquete »Nachhaltige Energieversorgung« und ist zudem Beiratsmitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG).

Die CBG spricht sich gegen den geplanten Krieg aus, da sie hinter diesem den Einfluss multinationaler Unternehmen vermutet. Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG: »Die Geschichte der Kriege des 20. Jahrhunderts zeigt, dass diese stets im Interesse transnationaler Konzerne geführt wurden. Kriege werden in den Vorstandsetagen geplant und vorbereitet, die Politik fungiert als Handlanger. Das Unternehmen BAYER zum Beispiel trägt maßgebliche Verantwortung für beide Weltkriege. Im Falle des drohenden Irak-Krieges geht es um das Lebenselexier der Konzerne, das Öl.«

Rochlitz begründet seine Anzeige wie folgt: »Der kriegerische Aufmarsch, wie auch die ersten Kriegshandlungen und die Unterstützung dieser Vorbereitungen durch die Bundesregierung missachtet jede politische und diplomatische Logik: Besäße der Irak tatsächlich Massenvernichtungswaffen – wie z.B. Nordkorea – dann wäre es weit sinnvoller, alles an Diplomatie und Politik aufzubieten, dass diese niemals zum Einsatz kommen können.

Das kriegerische Vorgehen der USA und des Vereinigten Königreichs (Großbritannien) an Stelle der sinnvolleren Verhandlungen kann daher als Indiz für das Wissen um das Nichtvorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak interpretiert werden. Dies hieße, dass der Angriffskrieg der USA, unterstützt durch Deutschland, lediglich der Sicherung des wertvollen Rohstoffs Erdöl dienen soll.«●

Presseerklärung vom 17. Januar 2003

Wahlkampf in Hessen: Koch-Besuch leitet Repressionsschläge gegen Projektwerkstatt ein

»Weiter Hart durchgreifen«

Während dem 9.-10.1.03 – rund um den Besuch Roland Koch's in Grünberg – erfuhr die Projektwerkstatt Saasen einen der schwersten Repressionsschläge gegen politische Zentren in den letzten Jahren in Deutschland. Zwei Verhaftungen und die technische Liquidierung der Projektwerkstatt durch den Staatsschutz mit fragwürdiger rechtlicher Grundlage sind die zentralen Ergebnisse. Auch das für diese Ausgabe der CONTRASTE ursprünglich vorgesehene Schwerpunktthema, dass unsere in der Projektwerkstatt angesiedelte Redaktion »Umweltschutz von unten« vorbereitet hatte, verschwand mit den beschlagnahmten Rechnern zur der Polizei.

Vorgeschichte

Die Projektwerkstatt ist einer der wenigen Freiräume für ein Leben ohne Markt & Staat sowie Ausgangspunkt für herrschaftskritische Theorie & Praxis – hervorgegangen aus der radikalen Jugendumweltbewegung. Mit der Demaskierung von und Kritik an Machtstrukturen war sie seit Beginn ein Dorn im Auge der »Herrschenden«: Stand in den Anfangsjahren der radikalökologische Widerstand (u.a. gegen ein Golfplatz-Projekt) im Mittelpunkt, entwickelte sich mit der Zeit eine insgesamt herrschaftskritische Orientierung sowie als Praxis kreativer Widerstand und Organisierung »von unten« – der EXPO-Widerstand war der umfassendste Versuch der konkreten Umsetzung, an der auch Menschen um die Projektwerkstatt beteiligt waren.

Nach einer Phase verschiedener überregionaler Versuche, (NATO-Tagung 2002), die aber durch innerlinke Machstrukturen verunmöglicht wurden, mehrten sich ab Sommer 2002 in Mittelhessen direkte Aktionen: Veränderte Wahlplakate, kaum ein PolitikerInnen-Besuch ohne Proteste, Kommunikationsguerilla und militante Angriffe nahmen deutlich zu ... nach einer Reihe Antiwahlaktionen steht zur Zeit regional der Widerstand gegen Ausgrenzung und Kontrolle im Mittelpunkt. Seit dem steigt die Repression gegen die Projektwerkstatt: Angefangen mit Hausverboten bei Wahlveranstaltungen (inzwischen Standard), im Oktober eine Hausdurchsuchung wegen Antiwahlaktionen, steigerte sich die Staatsgewalt in den letzten Monaten zu provisorischen Gewahrsamnahmen und zuletzt der technischen Liquidierung.

Schlagkräftige Staatsschützer: Zwei Verhaftungen vor Koch-Besuch

Zur Zeit ist Roland Koch innerhalb der CDU einer der Vorprescher von Law-and-Order, Ausgrenzung und Sicherheitswahn – und offensichtlich sammelt er mit diesen Konzepten samt sozialrassistischen bis antisemitischen Sprüchen kräftig Wählerstimmen. Als er am 9.1.03 das mittelhessische Grünberg besuchte, wurden die wenigen KritikerInnen frei nach dem CDU-Slogan »Weiter Hart durchgreifen« behandelt: Zwei Projektwerkstättler kamen nicht einmal dazu, vor dem Eingang Flugblätter und Zeitungen mit Demokratiekritik und Gegenpositionen zum Law-and-Order Populismus zu verteilen. Jörg und Espi wurden direkt nach Ankunft von etwa sechs bis acht Beamten – Staatschutz und LKA – festgenommen ... ohne Angabe weiterer Gründe. Auf dem Weg zum bereit stehenden Gefangentransporter ließ es sich ein Staatsschützer nicht nehmen, einem der Betroffenen von hinten mehrfach in die Hacken zu treten. Als die Person sich nach mehreren Tritten wehrte, wurde ihr wörtlich angedroht, dass sie »auf's Maul« bekomme. Im Zuge dessen schlug ein Herr Puff der Person ins Gesicht, wobei ihre Brille zu Boden fiel – all das bereitete dem Leiter des Staatsschutz Gießen sichtlichen Genuss. Von ihm kam die Aussage gegenüber Jörg, dass er morgen dem Doktor vorgeführt würde.

Auf der Grünberger Polizeiwache mußten sich beide Aktivisten vollständig ausziehen. Ein Transparent mit der Aufschrift »Für ein selbstbestimmtes Leben ohne Nationen und Grenzen«, verschiedene Flugschriften und Kleidungsgegenstände wurden beschlagnahmt – darunter auch eine mit Fahrradöl beschmutzte Socke (... sehr verdächtig also). Nachfragen nach Gründen der Festnahme wurden mit vorurteilsbeladenen Sprüchen wie »Dass wisst ihr doch selbst« beantwortet. Zwischen den Zeilen erfuhren die Betroffenen aber, dass in der Nacht Sprüche an die Gallushalle angebracht worden waren. Außerdem gab ein Kripo-Beamter gegenüber einem der Betroffenen an, dass sie morgen dem Haftrichter vorgeführt würden – einer von vielen Andeutungen, dass die Projektwerkstättler längere Zeit von der Bildfläche verschwinden sollten. Nach Ende der Behandlung wurden beide wieder in den Gefangentransporter verfrachtet.

Endstation des Tages waren zwei Zellen im Gewahrsamstrakt der Polizei Gießen. Nachfragen, ob ein Telefonat möglich sei, blieben ohne jede Reaktion. Auch Anfragen von außen an die betreffenden Wache wurden ignoriert – so wusste bis zur Freilassung der Aktivisten niemand, was mit ihnen passiert war und wo sie sich aufhielten. Die Mutter eines Betroffenen wurde gezielt belogen mit der Aussage, dass es in der Projektwerkstatt kein Telefon gäbe – eine Kontaktaufnahme zu den dort lebenden Menschen sollte verhindert werden.

Erst am nächsten Morgen erfahren die Aktivisten Näheres zu ihrer Verhaftung – in dem an die ED-Behandlung anschließenden Verhör. Gegen beide sei ein Ermittlungsverfahren mit fünf Unterpunkten eröffnet worden. Zu den Vorwürfen gehören Amtsanmaßung in Form eines Schreibens, dass den Ausfall der Koch-Veranstaltung erklärte, Farbschmierereien an der Gallushalle in der Nacht zum Besuch des CDU-Ministers sowie weitere Sachbeschädigungen (Sprühereien an der Polizeiwache in Grünberg, Sprüche am CDU-Parteibüro in Gießen und das Überkleben von Wahlplakaten auf dem Gießener Anlagenring).

Beide verweigerten Aussagen zur Sache – kritische Nachfragen ergaben aber, dass für die Vorwürfe bisher weder Zeugen noch Beweise vorliegen. Als einziges Indiz wurde genannt, dass es sich bei den Aktionen um die »Handschrift« der Aktivisten handele. Sehr fraglich ist insofern, welche Basis die Verhaftungen überhaupt hatten – zumal die beiden Aktivisten bereits zum zweiten Mal auf zweifelhafter Grundlage vor einer öffentlichen Veranstaltung festgenommen wurden. Auch in der Nacht zum 12.12.02 wurden Jörg und Espi provisorisch in Gewahrsam genommen und konnten daher nicht an den Protesten gegen die Stadtverordnetensitzung teilnehmen, bei der die Gefahrenabwehrverordnung für Gießen verabschiedet wurde. Jegliche Telefonate wurden untersagt mit der Begründung, dass nur Anrufe bei AnwältInnen gestattet seien. Auch in dem Verhör, dass die Ergebnisse dem Staatsanwalt übermittelt würden, welcher sich mit der Haftrichterin in Verbindung setzen würde. Letzterer entscheide darüber, ob die Betroffenen in Untersuchungshaft genommen würden. Freitag gegen 16 Uhr wurden beide entlassen – von U-Haft oder einer Vorführung beim Haftrichter war nichts zu spüren. Aufgrund der umfangreichen Beschlagnahme musste eine der Personen ohne Jacke und Geld durch die Kälte stapfen, die andere mit Sandalen.

Projektwerkstatt technisch zerschlagen

Am 10.1. gegen 13 Uhr wird die Projektwerkstatt von StaatsschützerInnen und weiteren Beamten mit zwei Autos überfallen. Dabei werden sämtliche Computer (2 Atari TT, 1 Laptop und mindestens 4 weitere PCs) beschlagnahmt samt Bildschirmen, Modems, Tastaturen, Stromkabeln. Auf die Frage eines Anwesenden, welchen Beweiswert eine Tastatur habe, gibt eine Staatsschutzbeamtin die Antwort: »Die kostet euch 15 Euro.« Offensichtlich ist, dass es hier nicht um die Sicherung von Beweisen, sondern die technische Zerschlagung eines politischen Zentrums ging – ansonsten hätte der Ausbau der Festplatten gereicht. Der Datenbestand laufender Projekte (z.B. Reader) sind damit weitestgehend verloren. Für die Aktion konnten die BeamtInnen weder Beschlagnahmebefehl oder -Protokoll aushändigen – ersterer würde später nachgereicht.

Während des etwa 45minütigen Besuchs lassen die BeamtInnen durchblicken, dass sie froh darüber seien, dass zwei Projektwerkstättler nicht anwesend waren. Auf Erkundigungen über den Status der Inhaftierten wurden geantwortet, dass sie wieder frei kämen, wenn man hier fertig sei. Insofern besteht der Verdacht, dass die Verhaftungen vor allem dem Zweck dienten, die technische Liquidierung der Projektwerkstatt mit möglichst geringem Widerstand durchführen zu können. Dafür spricht, dass jeglicher Kontakt zwischen Anwesenden im Haus und den Inhaftierten verunmöglicht wurde. Daher wäre auch zu prüfen, ob die Vorführung vor den Haftrichter und Untersuchungshaft tatsächlich geplant waren oder einen fiesen Bluff darstellen.

Polizei schlägt weiter zu

Im Rahmen der Innenstadtaktionen gegen die Gefahrenabwehrverordnung protestierten am Samstag (11.1.03) ca. 40 Leute im Seltersweg in Nähe eines CDU-Standes – u.a. gegen Sicherheitswahn und die Repression gegen die Projektwerkstatt. Ohne Angabe von Gründen wurde von der Polizei ein Transparent (»Freiheit stirbt mit Sicherheit«) beschlagnahmt – kurze Zeit später wurde Jörg, der zu diesem Zeitpunkt über Megaphon die Law-and-Order Politik von CDU & Co. angriff, von 4-6 Polizisten ohne Vorwarnung angegangen. Polizeichef Meise und CDU-Innenminister Volker Bouffier waren dabei anwesend; Augenzeugen berichten, dass von letzterem der Befehl »dass Megaphon muss weg« kam. Aufgrund des beherzten Eingreifens vieler DemonstrantInnen wurde die Arbeit der Polizei erheblich erschwert; es entstand ein längeres Handgemenge, bei dem der CDU-Stand in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dabei fingen auch CDU-Vertreter an, auf DemonstrantInnen einzuprügeln; Zivilpolizisten warfen mehrere Personen zu Boden, die sich der Polizeiattacke passiv in den Weg stellten. Jörg wurde dennoch für 2 Stunden in Gewahrsam genommen – und gleich die nächste Anzeige ausgedacht (Widerstand gegen Staatsgewalt, Körperverletzung eines Polizisten). Politische Gruppen aus Gießen und Umgebung wollen nun der Polizeiwillkür und Ausgrenzung nun ihren Widerstand entgegen setzen.

Weiter widerständig bleiben!

In den nächsten Wochen steht u.a. der Wiederaufbau der technischen Infrastruktur an. Rechtliche Schritte werden eingeleitet – der Mittelpunkt werden aber auch hier öffentlichwirksame Aktionen sein – gepaart mit der Hoffnung auf einen verbreitertern Widerstand gegen Repression und Law and Order. Denn möglicherweise geht der Schlag der Repressionsbehörden auf ein marginalisiertes Projekt nach hinten los ... zumindest regional scheinen sich mehr Leute zu solidarisieren und ihr kollektives bzw. persönliches »Ya Basta« zu ziehen; manche träumen von der »Bambulisierung« der mittelhessischen Verhältnisse. Auch wenn das wahrscheinlich vorerst Phantasie bleiben wird: Jetzt ist die »nachhaltige« Solidarität und Kreativität vieler gefragt, um der Staatsmacht zu zeigen, dass die Strategie der Einschüchterung nicht aufgeht und der Preis dafür, einen Freiraum anzugreifen, beim nächsten Mal deutlich höher liegt. Weiter kreativ-widerständig gegen das demokratische und alle anderen Herrschaftsregimes!●

Redaktion Umweltschutz von Unten

Infos zur Repression:
www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/090103.html
Widerstand gegen Ausgrenzung und Kontrolle:
www.abwehr-der-ordnung.de.vu
Antiwahlaktionen: www.wahlquark.de.vu

PRESSEERKLÄRUNG DES BUNDESVORSTANDS DER ROTEN HILFE E. V.

Repressionsangriff auf die Projektwerkstatt im hessischen Saasen und deren Aktivisten

Festnahme von zwei Projektwerkstatt-Aktivisten

Bei Protestaktionen gegen einen Auftritt Roland Kochs (CDU, hessischer Ministerpräsident) in Grünberg (Mittelhessen) sind am 09.01.2003 zwei Aktivisten der Projektwerkstatt Saasen festgenommen worden, noch bevor sie vor dem Eingang des Veranstaltungsortes (»Gallushalle«) »Flugblätter und Zeitungen mit Demokratiekritik und Gegenpositionen zum Law-and-Order-Populismus ... verteilen [konnten]« (aus dem Bericht der Projektwerkstatt zu den Vorfällen).

Im weiteren Verlauf ließen es sich die Beamten nicht nehmen, die Festgenommen auch physisch zu attackieren und auf der Grünberger Polizeiwache dazu zu zwingen, sich »vollständig aus[zu]ziehen« (ebd.). Beschlagnahmt wurden bei dieser polizeilichen Maßnahme, die wohl im Zusammenhang mit der Tatsache steht, dass in den Tagen zuvor mehrere »politisch motivierte Sachbeschädigungen« (u.a. Farbschmierereien an der Gallushalle, an der Polizeiwache in Grünberg und am CDU-Parteibüro in Gießen) zu verzeichnen waren, ein Transparent, Flugblätter und diverse Kleidungsstücke.

Zum Schluss landeten die Festgenommenen in »zwei Zellen im Gewahrsamstrakt der Polizei Gießen in der Ferniestraße 8« (ebd.). Dort wurden sie am nächsten Tag einer ED-Behandlung und einem Verhör unterzogen. »Gegen beide sei ein Ermittlungsverfahren eröffnet worden, welches fünf verschiedene Unterpunkte zusammenfasst: Amtsanmaßung in Form eines Schreibens, das den Ausfall der Koch-Veranstaltung erklärte, Farbschmierereien an der Gallushalle in der Nacht zum Besuch des CDU-Ministers sowie verschiedene andere Sachbeschädigungen (Sprühereien an der Polizeiwache in Grünberg, Sprüche am CDU-Parteibüro in Gießen und das Überkleben von Wahlplakaten auf dem Gießener Anlagenring). Beide machten keine Aussagen zu Tatvorwürfen.« (...) Freitag gegen 16 Uhr wurden beide entlassen – von U-Haft oder einer Vorführung beim Haftrichter war nichts zu spüren.« (ebd.)

Am 11.01.2003 wird einer der beiden Festgenommenen erneut kurzzeitig in Gewahrsam genommen – während einer Innenstadtaktion gegen die Gefahrenabwehrverordnung.

Technische Zerschlagung der Projektwerkstatt Saasen

Am 10.01.2003 – also noch während der Ingewahrsamnahme zweier Aktivisten (s. o.) – überfallen StaatsschützerInnen und weitere PolizeibeamtInnen die Projektwerkstatt im hessischen Saassen. »Dabei werden sämtliche Computer (...) beschlagnahmt – samt Bildschirmen, Modems, Tastaturen, Stromkabeln! (...) Für die Aktion konnten die BeamtInnen weder Beschlagnahmebefehl oder -Protokoll aushändigen – ersterer würde später nachgereicht.« (ebd.) Dies bedeutet de facto die technische Liquidierung eines linken Projektes...

Staatliche Repression soll linken Widerstand verhindern

Hier zeigt sich erneut, dass der Staatsschutz ein Interesse daran hat, linken, auf unterschiedlichen Ebenen entfalteten Widerstand gegen »christlich«-demokratische, sozial ausgrenzende, sicherheitsfanatische Law and Order-Konzeptionen zu unterbinden, indem Zusammenhänge zwischen »strafrechtlich relevanten« und »verfassungsmäßig garantierten« Aktionen konstruiert und dann jene Menschen attackiert werden, die für die repressiven Staatsorgane diesen Protest repräsentieren.

Hier zeigt sich aber auch erneut, dass es in solch einem Fall der massenhaften alltäglichen Repression, der alle treffen kann, die sich auf politischer Ebene gegen das »harte Durchgreifen« der systemstützenden Parteien, Institutionen und Organe zur Wehr setzen, immer besser ist, mit den zuständigen Behörden nicht zusammenzuarbeiten, keine Aussagen zu machen und ihnen die Erstellung politischer Profile möglichst zu erschweren.

Göttingen, am 21.01.2003

Der Feind steht links...

... das ist nicht nur seit jeher die Parole der Faschisten, es ist auch seit ihrer Gründung Staatsdoktrin der BRD. Wer sich radikal gegen den Faschismus und seine Wurzeln einsetzt, gerät leicht ins Visier des deutschen Staatsapparates.

Festnahmen, Prozesse, Knast und auch die finanziellen Belastungen, die ein Strafverfahren mit sich bringt, zielen darauf, Genossinnen und Genossen einzuschüchtern und zu isolieren.

- Damit Menschen, die von politischer Repression betroffen werden, nicht allein stehen, ist Solidarität nötig.
- Die Rote Hilfe hat sich zum Ziel gesetzt, strömungsübergreifend und parteiunabhängig Menschen zu unterstützen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit kriminalisiert werden - durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, durch politische und materielle Unterstützung.
- Um diese Arbeit leisten zu können, brauchen wir eure Hilfe.

... Schafft Rote Hilfe!

Wenn ihr mehr Informationen über die Rote Hilfe haben oder Mitglied werden wollt, wendet euch an:

Rote Hilfe Bundesgeschäftsstelle ** Postfach 3255 ** 37022 Göttingen
Spendenkonto: Postbank Dortmund, Nr.: 19 11 00-462, BLZ: 440 100 46

Der ewige Sonntag als Chance und Utopie:

An allen Tagen sollst du ruhn!

– Thesen zur Kultur der arbeitslosen Gesellschaft

Dass die soziale Kreativität der Menschheit mit dem technischen Fortschritt mithalten könne: Das war einmal die Hoffnung der Visionäre einer automatisierten Arbeitswelt. Die Utopie einer Welt, in der die Maschinen den Menschen die Arbeit abnehmen, stand als Vorwort in jeder Gebrauchsanweisung. Fabriken ohne Arbeiter, Service-Roboter ohne Phlegma und Werktage ohne Wecker: Das klang alles gar nicht so übel, und vor allem auf Englisch hörte sich die Arbeitslosigkeit auch immer wie ein Versprechen an: work less – arbeite weniger! Und auch hierzulande glaubten die Rationalisierer lange daran, dass sich mit Vernunft nicht nur Roboter erfinden ließen, sondern auch Modelle zur effektiven Verteilung der damit produzierten Güter.

Die Vernunft allerdings, sie war wohl zu beschäftigt, und als sie am Anfang des 21. Jahrhunderts bereits mit dem Klonen beginnen wollte, war die Sozialwissenschaft gerade beim Kombi-Lohn angekommen. Wer heute vom verschlafenen Strukturwandel spricht, muss seit der Industrialisierung ganz schön müde gewesen sein, und wenn demnächst die sogenannte magische Vier-Millionen-Grenze erreicht wird, dann werden ein paar Zaubertricks auch nichts mehr helfen.

Vielleicht sollte man es einmal als Prämisse begreifen, dass der Menschheit mit der Arbeit keine besonders wertvolle Ressource ausgeht; und das Ziel wäre es, nicht für die Arbeit zu kämpfen, sondern dagegen – auch wenn die Arbeit dann nicht mehr optimal als Schlüssel zur Berechnung des Lebensstandards geeignet ist. Als Thema im Wahlkampf immerhin sind die Arbeitslosen enorm gefragt – doch wie immer ist auch diesmal zu befürchten, dass es darin wieder nur um die Beschaffung jener Art von Arbeit geht, welche abzuschaffen das Projekt von Industrialisierung und Automatisierung überhaupt begonnen wurde.

1. Die Arbeitslosen sind die wahren Adeligen von heute

Unserer Aufmerksamkeitsökonomie ist die protestantische Arbeitsethik unangemessen geworden, und es empfiehlt sich deshalb eine modifizierte Rückkehr zu jener katholischen Heilsökonomie, als die sogenannten Reichen die sogenannten Armen brauchten, um sich mit Almosen an ihnen das Himmelreich zu verdienen; als es jenseits der bürgerlichen Erwerbsarbeit ein gesellschaftlich unabdingbares Nichtarbeiten von Bettlern gab, das auf der anderen Seite der Skala mit den langen Fingernägeln des Adels korrespondierte. Während der heutige Adel noch immer als Produzent des wichtigen Kulturgutes Glamour agiert, wäre es an der Zeit, die Arbeitslosenheere endlich als einen Adel von unten zu begreifen und seine Finanzierung durch die Werktätigen nicht als Belastung sondern als Geschäft zu empfinden. Weniger weil die Arbeitslosen der Angestelltenreligiosität eine adäquate Hölle sind, sondern weil nur sie all die Geschichten als Gesprächsstoff liefern können, die selbst zu erleben die Überstundengeiseln gar keine Zeit haben: damit es jenseits der Schreibtische überhaupt eine Welt gibt, über die zu reden lohnt.

2. Die Arbeitslosen von heute sind die Avantgarde von morgen

Wer glaubt, dass man sich mit dieser Beschreibung über ihr Schicksal lustig macht, der sollte für eine zeitgemäße Definition von Spott vielleicht mal selbst einen Tag auf Arbeitssuche verbringen. Dass selbst die vier Millionen Pioniere einer neuen Epoche nicht besonders viel Aufsehen erregen, liegt natürlich daran, dass bisher kaum jemand zu ihnen gehören will. Wie immer wird man darum auch diese Avantgarde erst dann erkennen, wenn ihr Lebensstil zum Mainstream geworden ist. »Ich war schon arbeitslos«, wird diese Vorhut dann sagen, »als das noch gar nicht in war.« Das 20. Jahrhundert hat die Unvereinbarkeit von Arbeit und Arbeitslosigkeit erfunden wie den Dualismus von E- und U-Musik, Coca-Cola und Pepsi, Blur und Oasis. Im 21. Jahrhundert wird das alles irgendwie dasselbe gewesen sein.

3. Die Konsumgesellschaft braucht Konsumenten, keine Produzenten

Wenn der Start-up-Heini als Held der Werbung ausgedient hat, hat der Arbeitslose gute Chancen zum neuen Helden der Popkultur zu werden: vom Schmarotzer zum cleveren Nutznießer des Wohlfahrts-Staats, oder was von dem übrig ist. »Heute mache ich, was ich am liebsten tue: nichts«, sagte der Franzose aus der Gauloises-Werbung schon, als es noch Arbeitsplätze für Raucher gab. In New York, wo alleine im Oktober und November vergangenen Jahres 97.000 Menschen ihren Job verloren, boomt die Freizeitindustrie; und das Cafe hat den Konferenzraum als Zentrum der Jugendkultur wieder abgelöst. »In Rough Times, the Rich go Yachting«, titelte der Wirtschaftsteil der »New York Times« Anfang Januar. Es kann nicht lange dauern, bis auch der Markt die Arbeitslosen als Zielgruppe entdeckt. Noch längere Tolkien- und Harry-Potter-Hörspiele werden herauskommen, für Menschen, die wieder wissen, was Langeweile ist; Videospiele, die mehrere 35-Stunden-Wochen reine Spielzeit erfordern, wenn einer das höchste Level erreichen will; ungezählte Ratgeber und Kurse zum erfolgreichen Arbeitslosendasein; und wenn sich die Beschäftigungstherapien für die Beschäftigungslosen erst durchgesetzt haben, wird niemand mehr Zeit haben, als Schaumgummi-Kartoffel über die Grüne Woche zu laufen.

4. Deutsche Arbeitslose sollten wie deutsche Angestellte behandelt werden

Deutsche Arbeitslose sind Angestellte und daher unsichtbar. Sie haben zwar keine Arbeit, aber eine Stelle: Sie kennen ihren Ort im Großbetrieb Deutschland, der die Regeln und die Hierarchien festlegt und jedem sein Geld gibt. Auch die herkömmlichen Angestelltenwelten sind ja weniger durch eine bestimmte Tätigkeit als durch Kommunikation geprägt – was nicht bloß die Organisation der vorhandenen Arbeit betrifft, sondern auch die Kreierung von neuer, die Erzeugung von Wirklichkeiten (neue Bedürfnisse, neue Märkte, neue Produkte) durch Suggestion und Vernetzung. Und so kommuniziert die große imaginäre Firma der Arbeitslosen nach innen und außen die Idee, dass der Normalfall des geltenden Wirtschaftssystems Vollbeschäftigung ist. Jeder einzelne Arbeitslose, der sich an die Regeln hält, also ordnungsgemäß aufs Arbeitsamt geht, sich jeglicher Arbeit enthält und alle Umschulungen annimmt, die man ihm nahe legt, leistet seinen Teil zu dieser großen Kommunikation, die ihrerseits das System am Laufen hält. Dafür wird er dann auch bezahlt. Arbeitslose haben daher keine anderen Kategorien, um sich und ihre Lage zu verstehen, als andere Angestellte auch. Der wahre Angestellte ist der, der sich in seiner Firma selbst verwirklicht, der also für die Firma denkt, der also aus Überzeugung sich selbst entlässt, wenn es der Firma Not tut; der Arbeitslose ist der, der diesen Schritt schon vollzogen hat. Daher sehen Arbeitslose, solange sie die Arbeitslosenfirma nicht verlassen und nicht etwa ins Elend der Obdachlosigkeit fallen, nicht anders aus als Angestellte, sie sprechen genauso, wählen genauso, ziehen sich genauso an. Bilder wie aus den zwanziger Jahren, als der Arbeitslose eine wiedererkennbare Physiognomie im Stadtbild hatte, wären heute nicht möglich. Arbeitslose sind unsichtbar.

5. Automaten vernichten Arbeitsplätze

Dafür müssen sie besteuert werden Die Regierungskampagne »Sauft für den Frieden, raucht gegen den Terror!« (gemeint ist natürlich die jüngste Alkohol- und Tabaksteuer) weist den richtigen Weg. Sowohl ethisch als auch politisch wäre zum Beispiel eine Automatensteuer durchaus vertretbar. Schließlich sind es Geld-, Kondom-, Fahrschein- und sonstige Automaten, welche die Arbeitsplätze weg nehmen. Dass Maschinen all das machen, was früher Menschen tun mussten, ist begrüßenswert. Nun sollten sie auch Steuer zahlen, um den arbeitslos gewordenen Menschen ein glückliches Dasein zu ermöglichen. Automaten sind die wahren Schwarzarbeiter in diesem Land, und die Polizei schaut weg!

6. Die Industriearchitektur ist viel zu schön fürs Arbeiten

Die Industrie war eine Amme der Moderne, und ihr hat sie zum Dank frühe Meilensteine gewidmet: Gropius' Faguswerke etwa, oder Behrens' Turbinenfabrik.

Aber selbst zu diesen Überformungen der Arbeit durch eine Ästhetik der Schönheit und Notwendigkeit kann man eigentlich erst aufblicken, wenn man seine Zeit nicht mehr an der Werkbank vertut. Dass mitunter von Kathedralen der Arbeit die Rede ist, hat vielleicht auch damit zu tun, dass in den historischen Industriehallen der Schweiß unserer Vorfahren ähnlich aromatisch nistet wie in gotischen Kirchen eine fremd gewordene Frömmigkeit. Und es ist symptomatisch, dass heute die Kultur so gern in die großartigen alten Fabriken einzieht, dass die hedonistische Clubkultur am liebsten in einer »Alten Soundso-Fabrik« haust und dass Galerien und Künstler das postindustrielle Loftambiente ebenso lieben wie die Werbe- und IT-Branche, von der manche behaupten, sie sei eine Sonderform von Müßiggang und Arbeitslosigkeit, die sich nur noch hinter betriebsamem Phantasie-Englisch und farbigen Sonnenbrillen tarnt. Das zeigt: So richtig schon ist die Arbeit erst, wenn sie vorbei ist. Und da es auch heute Architekten gibt, die für die Industrie nicht nur deprimierende Kisten zimmern, sondern manchmal auch großartige Baukunstwerke, darf man sich, wenn man nicht gerade der Bauherr ist, schon freuen, morgen darin zu tanzen.

7. Das Arbeitsamt wird zum letzten öffentlichen Raum der Kommunikation

Es gibt sehr wohl noch öffentlichen Raum jenseits des Event managements. Einen Raum für eine Öffentlichkeit, die aus den zu Freizeitindustriegeländen zusammenökonomisierten Städten ausgesperrt wird. Einen öffentlichen Raum, wo sich Menschen frei austauschen können: über Biographien und Lebensentwürfe, über das Glück und das Scheitern, über das Wollen, Hoffen und Wünschen. Dieser letzte Raum für ein urbanes Gemeinschaftsleben heißt Arbeitsamt. Wenn man diese leider so total deprimierende Welt zwischen Vermittlungs- und Leistungsabteilung, zwischen Nummernziehen und Kreuzworträtsellangeweile, zwischen sozialer Scham und realsozialistisch-übellauniger Beamtenunkultur einmal selbstbewusst durchlüften, angemessen ausstatten und möblieren würde – dann könnten die Arbeitsämter zu dem werden, was edle Bars und Lounges den Workaholics an ihren kurzen müden Feierabenden immer nur leer versprechen.

8. Statt des Bündnisses für Arbeit kommt ein Bündnis für Simulation

Ein eindeutiger Deal: Ihr tut, als ob ihr Arbeitsplätze schafft, und wir, als ob wir arbeiten. Dabei hofften wir natürlich nicht, den Grundwiderspruch zwischen simulierenden Kräften und Simulationsmitteln zu lösen. Aber ein Recht auf Mitvortäuschung für Teilzeitsimulanten, Scheinbeschäftigte und sonstige Angestellte im fiktiven Sektor ist längst fällig. Nur wollen die rückständigen Gewerkschaften die neue Realität partout nicht erkennen.

Das Modell könnte beliebig erweitert werden. Begrüßt ein Arbeitsloser einen Bekannten, dann stellt er eine Rechnung aus und bekommt dafür eine kleine Belohnung, sagen wir 50 Cents. Desgleichen wenn er seine Freundin küsst, jemandem den Weg weist, Feuer gibt und so weiter. Dienstleistung pur! Vier Millionen Selbstbeschäftigte werden miteinander pausenlos Rechnungen und Münzen tauschen und alle werden endlich wieder zufrieden sein. Oder auch nicht.

9. Faulheit muss sich wieder lohnen – vor allem für den, der faul ist

Wer der Arbeitslosigkeit entkommen will, der soll, so geht der Ratschlag, zum ökologischen Sünder werden. Er soll mobil sein, was nur mit dem Auto geht, mobil bleiben, womöglich doppelten Wohnsitz nehmen und in jenen Ballungsgebieten, in denen ohnehin kein Platz mehr ist, den knappen Raum noch knapper machen; und dann soll er noch mehr überflüssige Produkte schaffen, welche den Müllberg der Moderne noch weiter wachsen lassen. Wer dagegen nichts tut, der tut ein gutes Werk: er verpestet die Luft nicht, er beutet keine Ressourcen aus: So einer ist ein Held, verdient Respekt und sollte damit auch Geld verdienen.●

Guillaume Paoli, Peter Richter, Mark Siemons, Harald Staun, Claudius Seidl, Berlin. April 2002

Die Alternative Bildungs- Initiative ist gestartet!

ABI rocks on...

In der Sommer-Ausgabe 2002 der CONTRASTE wurde dieses neue Projekt (Bildung von unten) und für alle bereits vorgestellt. Seitdem ist nun ein halbes Jahr vergangen. Hier ein Über- und Ausblick auf das schöne Leben.

Von Gerhard Kern, Morbach

Partnerstationen und Kooperation

Nach 3-monatiger Vorbereitung startete im August vergangenen Jahres der erste Teilnehmer seine Bildungsreise. Die erste Station war die Projektwerkstatt in Saasen/Mittelhessen. Der Kontakt dahin wurde von dem Teilnehmer selbst hergestellt und ergab sich aus einer Rückmeldung auf einen Artikel in der CONTRASTE. Angebote zu Kooperationen oder Rückmeldungen auf die Idee des ABI Projektes waren eher spärlich.

Dieser Artikel soll unter anderem aufzeigen, dass die Idee noch lebt und gleichzeitig nochmals interessierte Menschen und Gruppen dazu ermuntern sich aktiv, als »Studenten«, oder als Partnerstationen dieses Projektes einzubringen. Die unbedingte Notwendigkeit Alternativen zu der festgefahrenen Zwangsnormalität, gerade was den Bereich Bildung betrifft aufzutun, ist ungebrochen. Derzeit wird an Möglichkeiten gearbeitet, eine bessere Vernetzung und größere Transparenz herzustellen. Das Internet soll diesbezüglich mehr mit einbezogen werden. Erfreulich wäre ein intensiverer Austausch mit allen Menschen die radikale Kritik an den bestehenden, staatlich-erzieherischen »Angeboten« mit eigenen Ideen und Visionen für neue Bildungsmodelle verbinden.

Schwerpunkte und Bildungsfahrplan

Das Projekt Alternative Bildungs-Initiative versteht sich als Weiterbildung fern ab von staatlichen, fremdbestimmenden Lernverhältnissen, aus der Motivation eines jeden Menschen heraus sich frei entfalten und bilden zu wollen/können. Freies Lernen heißt selbstbestimmt entscheiden, welche Thematik, weicher Schwerpunkt, der/m Lernenden als ihr/sein Hauptaugenmerk gilt. Aber auch das Aneignen von Fähigkeiten als Notwendigkeit zu besserer Selbstorganisation.

Theoretischer Natur wurde zum einen eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, welche auch weiterhin verfolgt wird, geführt. Anlässe diese Thematik aufzugreifen ebben nicht ab, das Gegenteil ist der Fall. So wird dieser Schwerpunkt auch weiterhin im Zentrum der Auseinandersetzung und Kritik liegen. Persönliches Interesse und die Schwerpunkte der ABI PartnerInnen treffen häufig zusammen, was einem intensivem Austausch, Diskussionen und Aktionen Vorschub leistet.

Die Demokratiefestspiele im Oktober 02 waren Anlass zu weitreichender Staats- und Herrschaftskritik. In Zusammenarbeit mit anderen Menschen wurden Utopien und Gegenmodelle zu den bestehenden Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen erdacht und ausgearbeitet, abseits von den Phrasen einer möglichen anderen Welt und ähnlichen Mainstreammeinungen innerhalb von konformistischen NGO's.

Die Vermittlung von eigenen Visionen und Utopien steht dabei im Mittelpunkt, insbesondere liegt ein Hauptaugenmerk auf direkter Aktion/direkter Intervention als Möglichkeit durch Erregungskorridore Öffentlichkeit herzustellen.

Praktische Weiterbildung

Gerade was die Selbstorganisation anbetrifft verbindet sich der theoretische Ansatz mit der praktischen Anwendung, wie ist es möglich Auswege zur kapitalistischen Wert- und Verwertungsfalle herzustellen. Dieser Ansatz wird in der Projektwerkstatt nicht nur überdacht sondern aktiv gelebt. Den Bedarf an Geldmitteln so weitgehend wie möglich herunterzufahren, Nahrungsmittel selbst herzustellen, Baustoffe und Dinge des täglichen Bedarfs und für die politische Arbeit notwendige Materialien kostenlos zu organisieren, ist hier »normal«. Handwerklich gilt es vieles auszuprobieren und sich Techniken und Fähigkeiten anzueignen, z.B. Brot selbst zu backen, Mauern oder Pflastern zu können. Auch was die Bedienung und Kenntnisse im Computerbereich anbelangt gab es viele praktische Möglichkeiten etwas auszuprobieren, etwa Layouts zu erstellen für Flyer und Ankündigungen.

Ausblicke

Für das erste »Semester« läßt sich ein durchweg positives Fazit ziehen, der Input war oftmals größer als die individuellen Möglichkeiten der Verarbeitung derselben. Es sind etliche Texte entstanden und einige kleinere Bauprojekte wurden von dem Studierenden realisiert. Ungewiss ist hingegen noch die Aufbringung der Kosten für eine Krankenversicherung. Ein gestellter Förderantrag wurde abgelehnt, ein weiterer wird Februar eingereicht werden. Wer eine gute Idee hat bezüglich kostengünstiger Krankenversicherung hat sollte sich doch bitte ebenso wie alle anderen interessierten Personen mit uns in Verbindung setzen. Wie werden bei anderen politischen Gruppen und Projekten solche Kosten minimiert, wie sind die Menschen abgesichert? Welche Gruppen, Personen, Kollektive etc. haben Lust auf eine Kooperation mit der Alternativen Bildungs-Initiative?

Wie angesprochen, wird daran gearbeitet Wege zur (besseren) Vernetzung zu finden, die einen aktiveren Austausch auf allen Gebieten, nicht nur Bildung von unten, fördern sollen. Einige Menschen arbeiten auch an einem Themenschwerpunkt, der eventuell in einigen Monaten in der CONTRASTE erscheinen soll. Darin wird sich auch ausführlicheres zu alternativer Bildung wiederfinden. Anfragen etc. an: piratenutopie@uni.de●

Kontakt und Informationen zur Alternativen Bildungs Initiative gibt's beim:
Sozialpolitsches Projekt Dörrwies e.V../ ABI
Dörrwiese 4
54497 Morbach-Merscheid
www.doerrwies.de

PFORZHEIM: SELBSTVERWALTETES KULTURZENTRUM OSTERFELD SAGT NEOFASCHISMUS-AUSSTELLUNG AB

Zuckerbrot und Peitsche

Es war einmal ein Landesfürst, der sich alle zu Untertanen gemacht hatte. Auch die Unliebsamen, die jetzt nicht mehr aufmuckten, sondern im Glauben waren, glücklich im Ländle zu leben. Wurden sie doch aus der Landeskasse reich bedacht. So auch ein Kulturhaus in Pforzheim, dass ehemals in Selbstorganisation gegründet und betrieben wurde, wie auch die sonst im ganzen Ländle entstandenen selbstverwalteten Häuser. Der Landesfürst und seine Minister waren kluge Männer, denn sie gaben ihnen reichlich von dem Gelde aus dem Landeshaushalt, bis aus den selbstverwalteten Häusern Orte der Abhängigkeit wurden. Wie sehr, bemerkten die Häuser nicht – konnten sie doch nach Herzenslust der alternativen Kultur frönen. Doch es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Eine Geschichte über Zuckerbrot und Peitsche – unglaublich aber wahr.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● In über 100 Städten war sie bereits zu sehen und ab 15. Januar sollte sie erstmals in Pforzheim (Baden-Württemberg) gezeigt werden: Die Wanderausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die seit zwei Jahren durch Deutschland tourt und auf 26 Tafeln über Organisation, Ideologie, führende Köpfe rechtsextremer Parteien und ihr Umfeld informiert. Auf Druck von CDU-Staatssekretär im baden-württembergischen Verkehrsministerium, Stefan Mappus wurden Ausstellung und Begleitprogramm im Soziokulturellen Zentrum Osterfeld kurzfristig abgesagt.

In einem offenen Brief an das Kulturhaus hatten Pforzheimer Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker der CDU den Mitveranstalter VVN-BdA kritisiert, der im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg als ein »Bündnis linksextremistischer Kräfte« eingestuft werde. Außerdem monierten sie, dass die Ausstellung einen Zusammenhang zwischen Unionspolitikern und rechtsradikalen Vereinigungen herstelle. »Die CDU hat darauf bestanden, die Ausstellung abzusagen«, berichtete Kulturhaus-Geschäftsführer Gerhard Baral. Dabei habe Stefan Mappus die Drohung in den Raum gestellt, die öffentlichen Zuschüsse von Land und Kommune für das Haus komplett zu streichen, sollte man seinem »Wunsch« nicht nachkommen. »Dabei handelt es sich um eine Summe von jährlich 650.000 EUR, das entspricht 40 Prozent unseres Etats«, berichtete Baral. Da er auch Verantwortung für seine elf hauptamtlichen Mitarbeiter trage, habe er sich dem Druck der CDU gebeugt.

Werner Pfennig, VVN-BdA-Bundes- und Landessprecher kommentierte die erzwungene Absage als »unerträgliche Zensurmaßnahme« und »peinlichen Rückfall in obrigkeitsstaatliche Traditionen«. Wer sich wie Stefan Mappus als »Westentaschen-McCarthy« aufführe, habe ganz offensichtlich nichts aus der Geschichte gelernt. Die CDU wolle offensichtlich nicht wahrhaben, dass neofaschistisches Gedankengut bis weit in die Mitte der Gesellschaft reiche, wie dies in der Ausstellung zum Ausdruck komme.

Auch von Seiten der Opposition hagelte es Kritik. »Mappus verhält sich wie ein beleidigter Landesfürst aus dem vorigen Jahrhundert«. Dies sei ein »klarer Fall von Machtmissbrauch«, der einer demokratischen Partei nicht würdig sei, erklärte die SPD-Landesvorsitzende und Pforzheimer Bundestagsabgeordnete Ute Vogt. »Mappus und einige seiner Parteifreunde haben sich mit dieser unsäglichen Aktion zu Helfershelfern einer Szene gemacht, der die Ausstellung stets ein Dorn im Auge war«, kommentierte die kulturpolitische Sprecherin der Grünen im Stuttgarter Landtag, Edith Sitzmann. Sie seien damit »genau in jene Grauzone geschliddert, in die sie nicht hineingehören wollen«.

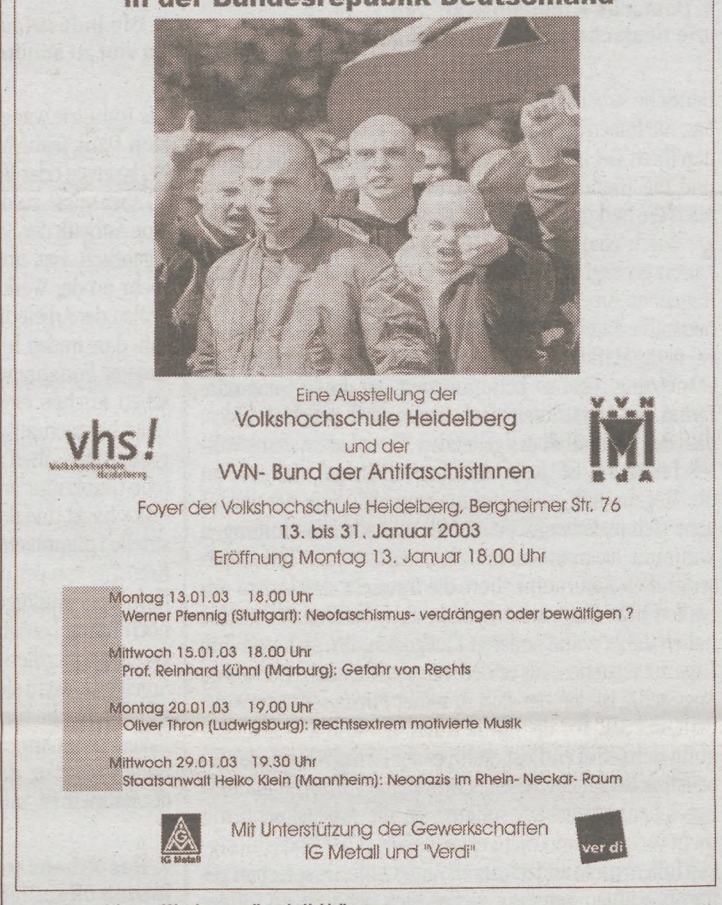
Die Ausstellung

Bis Ende Januar war die Ausstellung in der Heidelberger Volkshochschule zu sehen. Luitgard Nipp-Stolzenburg, Leiterin der Heidelberger Volkshochschule, kann die Aufregung nicht verstehen. »Wir haben die Ausstellung übernommen, weil wir das Thema in den letzten Jahren immer wieder thematisiert haben. Denn sie zeigt, welche Organisationen und welche Parteien es hier gibt, und wie sie ihr Gedankengut verbreiten«, erklärt sie. »Leider lässt die Gefahr des Neofaschismus ja nicht nach, im Gegenteil. Das heißt, dass wir in der politischen Bildung immer wieder auf sie aufmerksam machen und wachsam sein müssen – nicht nur, wenn gerade wieder einmal ein Haus abgefackelt wird«. Dazu, meint die Heidelberger Volkshochschulchefin, »ist diese Ausstellung ein guter Aufhänger«.

Zu ihrer Ergänzung und Vertiefung gab es in Heidelberg Führungen und Vorträge – etwa zu den Themen »Rechtsextrem motivierte Musik« oder »Die Neonazi-Szene im Rhein-Neckar-Raum«. Die Ausstellung selbst gibt auf 26 Schautafeln einen systematischen Überblick über das weite Spektrum Rechtsradikalismus und das Anliegen der Ausstellungsmacher, dem VVN-BdA sowie der IG-Metall. »Wir wollen dazu beitragen, dass die Saat der Alt- und Neofaschisten nicht aufgeht«, schreiben sie »und Bilder wie diese hier nicht auf Dauer zum deutschen Alltag gehören«.

Wer sich die Mühe macht, alle durchweg sachlich gestalteten Tafeln eingehend zu studieren, braucht Stehvermögen und deutlich mehr als eine Stunde Zeit zum Lesen. Dafür erfährt er, was jeder politisch Interessierte in den zurückliegenden Jahren oft genug auch in der Zeitung lesen, im Radio hören oder im Fernsehen sehen konnte: Etwa, dass die neofaschistischen Gewalttaten seit 1990 rund 100 Todesopfer gefordert haben oder im ersten Quartal des Jahres 2000 etwa 140 antisemitische Straftaten registriert, aber nur fünf Tatverdächtige verhaftet worden sind. Dass NPD, REP und DVU bis 2000 umgerechnet 4,9 Millionen EUR aus der Staatskasse erhalten haben und die rechtsradikale Szene insgesamt 100 regelmäßig erscheinende Publikationen auf den Markt bringt.

Auf den Schautafeln geht es um Themen wie Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, um den Terror gegen politische Gegner oder die Verherrlichung von Gewalt und Krieg. Es geht um Weltanschauung, Ideologie, Propaganda und Methoden von Neofaschisten und ihnen nahe stehende Gruppierungen, wobei die jeweiligen Themen auch in Zusammenhang gesetzt werden zu Texten aus Nationalsozialismus, Forderungen Hitlers und Gesetzen aus dem Dritten Reich. Andere Tafeln beschäftigen sich mit der Abschaffung der Demokratie und dem Führerkult, dem Verhältnis der Rechtsradikalen zur Arbeiterbewegung, ihrer »Blut- und Bodenökologie« oder ihrem Frauenbild. Zur Illustration dienen Fotos von Aufmärschen mit Spruchbändern, wie man sie zur Genüge kennt, Faltblätter (»Wenn wir kommen, wird aufgeräumt«) oder Aufklebern (»BRD heißt das System, morgen wird es untergeh'n«).



Ausstellungsplakat zur Wanderausstellung in Heidelberg

Auf genau zwei Tafeln wird Bezug genommen zur CDU/CSU und SPD-Innenminister Schily. Beide Male geht es um Ausländerpolitik und Zuwanderung. Unter dem Titel »Grauzone« ist unter anderem ein Infostand der CDU Berlin gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu sehen. Auf einer Tafel zum Thema »Feindbilder« wird an Zitate von Otto Schily (»Die Grenzen der Belastbarkeit Deutschlands bei der Zuwanderung sind überschritten«), Jörg Schönbohm (»Die Zeit der Gastfreundschaft ist vorbei«), Günther Beckstein (»Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen«) sowie Jürgen Rüttgers unvergessene »Kinder statt Inder« erinnert. »Auch die NPD knüpfte an die CDU-Kampagne an«, heißt es dazu im Text. Wie, zeigt das Foto einer Demo: »Deutschlands Zukunft sind die Kinder, nicht die Schwulen und die Inder«, heißt die Parole.

Pforzheimer Kirchenasyl für die Ausstellung

Nun stellt vom 10. bis 23. Februar die evangelische Stadtkirche Räumlichkeiten für die Ausstellung zur Verfügung, Stadtdekan Hendrik Stössel selbst will die Schirmherrschaft übernehmen. Eine für den Landesfürsten Mappus »unerträgliche Vorstellung«, öffne sich das Gotteshaus doch »gewaltbereiten, antidemokratischen Elementen«. Er werde alles, »was legal und legitim ist« unternehmen, damit diese Ausstellung nicht in einer Kirche zu sehen sei, verkündete der Staatssekretär jüngst beim Pforzheimer Neujahrsempfang. Schützenhilfe erhielt er von Kultusministerin Annette Schavan (CDU), die Hauptrednerin war. Sie wandte sich dagegen, Schulen zu instrumentalisieren. Hintergrund: Nach der Absage im Kulturhaus hatte sich der Leiter des Hebel-Gymnasiums, Thomas Paeffgen angeboten, die Ausstellung in seiner Schule zu zeigen. Die Anfrage beim Oberschulamt in Karlsruhe fiel negativ aus. Aus grundsätzlichen Überlegungen sei eine Schule als Ausstellungsort nicht geeignet. Genau vor Jahresfrist war sie in der Freiburger Stadtbibliothek gezeigt worden – wobei das dortige Oberschulamt den Fachlehrern samt Klassen den Besuch ausdrücklich empfahl.

Streit um Ausstellung weitet sich aus

Nachdem soviel Staub um die Ausstellung aufgewirbelt wurde, ist das öffentliche Interesse an der Ausstellung gewachsen – und der Streit um diese weitet sich aus. Nun will auch die Grüne Landtagsfraktion die Ausstellung in ihren Stuttgarter Fraktionsräumen zeigen – und dieses Vorhaben spaltet nach dem Streit in Pforzheim nun auch die Fraktionen im Landtag. Das Landtagspräsidium missbilligte mehrheitlich die Entscheidung des neuen Gastgebers scharf. Dem Beschluss des Präsidiums schloss sich eine lange, leidenschaftlich und sehr emotional geführte Plenardebatte an.

CDU-Fraktionschef Günther Oettinger warf den Grünen vor »den kollegialen Konsens der demokratischen Fraktionen aufzukündigen«. In der Schau würden Politiker von CDU und SPD in eine Grauzone zum Rechtsextremismus gerückt. Redner von SPD und Grünen hielten der CDU entgegen, sie übe Zensur aus, wenn sie versuche, die Schau zu verhindern. Meinungsfreiheit bestehe gerade darin, Darstellungen zu ertragen, die man ablehne oder falsch finde.

»Solche Dinge verbieten zu wollen müssen wir uns in dieser Republik abgewöhnen«, sagte der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Winfried Kretschmann. Er sowie SPD-Fraktionschef Wolfgang Drexler griffen den Pforzheimer Abgeordneten Stefan Mappus scharf an. Er habe in seiner Heimatstadt durch Druck dafür gesorgt, dass die Ausstellung nicht im dortigen Kulturhaus gezeigt wurde.

Mappus betonte dagegen: »Ich habe weder direkt noch indirekt, mündlich, fernmündlich oder schriftlich auch nur ansatzweise versucht, Druck auszuüben, um die Ausstellung zu verhindern«. Er halte es aber für legitim, politisch klar gegen eine solche Schau Stellung zu beziehen.

Oettinger unterstrich: »Wir legen Wert auf eine gute, offene Streitkultur mit gewissen Grundregeln«. Deshalb versuche die CDU auch nicht, die Ausstellung in den Räumen der Grünen mit rechtlichen Mitteln zu untersagen. Oettinger hielt Kretschmann vor: »Als Veranstalter übernehmen Sie Mitverantwortung«.

Im Beschluss des Präsidiums heißt es, die Grünen-Fraktion ergreife »in unverantwortlicher Weise einseitig Partei in einer öffentlichen Auseinandersetzung« über die Inhalte einer Ausstellung. Dies sei »ein erheblicher politischer Missbrauch von Parlamentsrechten«.

Indes gilt nach einer Bewertung des Landesamts für Verfassungsschutz die VVN-BdA als nicht verfassungsfeindlich. Laut dem Vizepräsidenten des Amts, Hans-Jürgen Doll, sei die Organisation damit auch nicht formell linksextremistisch, allenfalls »linksextremistisch beeinflusst«.●

MITTELHESSEN: UMSONSTLÄDEN – BROTAUFSTRICH-KOOPERATIVE – GRATISLEBENSMITTELTAG

Selbstorganisation und Gratisökonomien

Herrschaft zerstört unsere Lebensgrundlagen und macht Menschen zu Rädchen eines System, dass auf der Maximierung von Profit beruht. Dieses System lebt u.a. davon, dass es Menschen die Möglichkeiten entzieht, sich selbst zu organisieren. So ist die Mehrheit der Menschen gezwungen, arbeiten zu gehen ... und leider auch überzeugt davon, dass es anders nicht geht.

Espi, Redaktion Umweltschutz von unten ● Dagegen ist Widerstand nötig – auf allen Ebenen: Ein Teil davon ist der Aufbau von Alternativen ... und zwar schon heute! Verschiedene Projekte in Mittelhessen versuchen bereits, sich Stück für Stück den Zwängen des Marktes zu entziehen und Strukturen aufzubauen, in denen Menschen sich unabhängig(er) von Geld und sozialem Status entfalten können. Dabei gibt es unterschiedlichste Formen: Freiräume, Umsonstläden, Kooperativen und viele andere Formen des kollektiven, selbstorganisierten Lebens. Ein paar Beispiele ...

Umsonstläden

In den letzten Monaten entstanden in Marburg, Saasen und Gießen neue Umsonstläden, die das Weitergeben nutzwerter Dinge organisieren. Das Prinzip ist einfach: Bringen, was mensch nicht mehr braucht, aber weiter nützlich ist und mitnehmen, was mensch selber benötigt – und nichts kostet etwas. Zu finden sind hier u.a. Klamotten, Schallplatten, Bücher, CDs, Videospiele, Geschirr, Stereoanlagen usw.

- Umsonstladen, c/o Besetztes Haus, Wannkopfstr. 13, Tel. (0 64 21) 88 98 51, wannkopf13@web.de, Wegbeschbreibung unter www.nichtwissen.de – ständig geöffnet
- Umsonstladen, c/o Infoladen AK44, Alter Wetzlarer Weg 44, Tel. (06 41) 7 51 12, infoladen-giessen@web.de – geöffnet während aller Infoladentermine (www.projektwerkstatt.de/giessen)
- LadenSchluss – politischer Geschenke»markt«, c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Saasen, Tel. (0 64 01) 90 32 83, projektwerkstatt@apg.lahn.de, www.projektwerkstatt.de/ladenschluss – ständig geöffnet

Brotaufstrich Kooperative

Menschen aus Marburg und Frohnhausen trefen sich regelmäßig, um gemeinsam selber Brotaufstriche herzustellen, welche dann je nach Bedarf verteilt werden. Das ist lecker, günstiger und macht Spass. Weitere MitstreiterInnen sind auch hier erwünscht!

- Besetztes Haus, Wannkopfstr. 13 (Wegbeschreibung), Tel. (0 64 21) 88 98 51, wannkopf13@web.de
- Gemeinschaftsprojekt in Frohnhausen, Tel. (0 64 26) 39 04 51

Gratislebensmitteltag

Durch Containern und versch. Kooperationen organisieren Menschen aus Marburg Gratisessen – mehr als sie selber verschlingen können. Jeden Freitag ab 14 Uhr ist in der Wannkopfstr. 13 – besetztes Haus – ein offenes Treffen, wo dieses verteilt und verschenkt werden kann. Dieser Anlaufpunkt kann außerdem genutzt werden, um sich über Selbstorganisation, Gratisökonomie auszutauschen und Ideen zu entwickeln, wie immer mehr Lebensbereiche »von unten« organisiert werden könnten.

Things to come

In Marburg wollen Menschen um das besetzte Haus die Idee von NutzerInnengemeinschaften umsetzen, um auch projektübergreifende Solidarität zu organisieren und Eigentum durch gemeinsamen Reichtum abzulösen. Auch insgesamt gibt es den Wunsch, Netzwerke gegenseitiger Hilfe zwischen einzelnen Projekten und allen Interessierten aufzubauen, die auf Basis der individuellen Selbstentfaltung und Gratisökonomie beruhen, d.h. ohne Tauschäquivalente funktionieren. Und natürlich geht es auch um die Ausweitung der Debatten und der Praxis. Weitere Ideen, Informationen und mehr finden sich auf der Portalseite für Selbstorganisation in Mittelhessen:
www.alltagsalternative.de.vu●

Emmaus-Gründer Abbé Pierre ist 90

EMMAUS

Von neunzehn bis neunzig

Wer das Versammlungs- und Wohnhaus von EMMAUS INTERNATIONAL in Alfortville bei Paris betreten will, kann sich die Tür über einen Code öffnen. Alle, die dort mehr oder weniger regelmäßig Einlass suchen, kennen die Ziffern auswendig, die in unterschiedlichen Zeitabständen geändert werden. Der Code setzte sich lange Zeit aus den Chiffren 5 A 12 zusammen. Eingeweihte konnten sich diese Reihe besonders gut merken, weil sich hinter ihnen etwas verbarg, das allen bekannt war: 5. August 1912 – das Geburtsdatum Abbé Pierre's.

Abbé Pierre, der »Alte« und zwei »Neue«

von Stephan Drechsler, Köln ● Abbé Pierre ist in seinem neunzigsten Lebensjahr angekommen. Ein paar Tage vor seinem Geburtstag wurde er wieder einmal kurzfristig und mit dringendem Befund ins Krankenhaus gebracht, wie schon so unendlich oft in den vergangenen neuzig Jahren. Seine bedingt schwache Gesundheit machte ihm sein Leben lang zu schaffen. In der Art, wie er sein Leben und sein Werk bewältigte, erschien er jedoch allen immer unverwüstlich. Sein Alter scheint dies zu bestätigen. An den sehnlichen Wunsch, mit neunzehn als Frühvollendeter zu sterben, erinnert er sich heute gelegentlich nur noch mit weisem Humor sinngemäß: für die Hybris, ohne mit meinen Talenten gewuchert zu haben, in die großen Ferien abreisen zu dürfen, werde ich heute mit einem so hoher Alter bestraft.

Er wurde in Lyon als fünftes von acht Kindern der reichen Tuchfabrikantenfamilie Grouès geboren und auf den Namen Henri Antoine getauft. In dieser wohlhabenden Familie erlebte er eine behütete und sorglose Kindheit. Um so mehr erinnert er sich noch heute an ein Ereignis und ein Verhalten, durch das er seinen Vater zutiefst erschütterte, weil es kalten Egoismus seinen Geschwistern gegenüber ausdrückte. Er hatte an einer Geburtstagsfeier zusammen mit ihnen nicht teilnehmen dürfen. Daher lehnte er es verächtlich ab, sich mit ihnen zu freuen, als sie zurückkamen, und er erinnert sich heute noch an das Gefühl kühler Vollkommenheit, dass er dabei empfand.

Nicht die Strafpredigt, sondern das echte Leiden seines Vaters, das ihm durch dessen Ermahnungen spürbar wurde und die Entrüstung, die aus den Vorhaltungen herausklang, zeigten ganz offensichtlich, dass sein Vater in seinem innersten Wesen tief verletzt war. Dieser Schock, so meint Abbé Pierre noch heute, könnte ihn viel später zu dem Entschluss geführt haben, Priester zu werden. Die Tatsache, dass fast alle Einzelheiten dieses Erlebnisses seit über achtzig Jahren in seinem Gedächtnis haften geblieben sind, lässt wohl den Schluss zu, dass es mit allen anderen Ereignissen, die sein Leben bestimmten, in langwirkender Beziehung stand.

Während einer Pfadfinderwallfahrt nach Assisi reifte auch noch der Gedanke an ein Leben im Kloster. Als es dann endlich so weit war kommentierte ein langjähriger Pfadfinderfreund diesen unumstößlichen Entschluss als total verrückt.

Obwohl sein Pfadfinderfreund seine Entscheidung, ins Kloster zu gehen, als verrückt bezeichnet hatte, fiel der Eintritt Henri Grouès, wie er später leicht einschränkend sagte, 'beinahe' leicht. Die Jahre seiner theologischen Ausbildung im Kloster waren dagegen *»schwerer als sich mit Worten ausdrücken lässt«!* Hierin liegen wohlmöglich die wirklichen Wurzeln der Todessehnsüchte des jungen Bruders Philhip, wie er jetzt mit Ordensnamen hieß. Die geistige Kost der kapuzinischen Ausbildung war ihm zu dürftig und die leibliche schränkte er noch über das ohnehin karge Maß hin aus ein, um für seinen intellektuellen Hochmut zu büßen. Sein labiler Gesundheitszustand verschlechterte sich zusehends, aber er hielt durch und wurde 1938 zum Priester geweiht. Im folgenden Jahr zwang ihn aber sein geschwächter Gesundheitszustand zu einem einschneidenden Entschluss: er brach das letzte Jahr seines Theologiestudiums im Orden ab und verließ das Kloster. Auf eigene Bitte und Anraten seines klösterlichen Mentors wurde er durch päpstliche Entscheidung von seinen Gelübden entbunden, wenige Wochen später unter die Kleriker der Diözese Grenoble aufgenommen und zum Kaplan einer bedeutenden Pfarrgemeinde der Stadt ernannt.

Seitdem haben sich die Ereignisse überstürzt, die aus dem Kaplan Grouès einen Abbé Pierre machten und unter diesem Namen einen respektierten Politiker und schließlich den weltbekannten Armenpriester, der die Emmausbewegung ins Leben rief.

Jeder, der die darauf folgende endlose Kette von Lebensereignissen, die ihm von da an noch bevorstanden auch nur annähernd kennt – die Schicksalsschläge, die Herausforderungen, denen er sich stellte, die abenteuerlichen Einsätze deren Ausgang er nicht abschätzen konnte, geistige und körperliche Strapazen, die er sich zumutete und die ihn oft bis zur völligen Erschöpfung belasteten und auch oft Zweifel und Ängste auslösten – dem muss der Umstand, dass der spätere Abbé Pierre aus Gesundheitsgründen das Klosterleben aufgeben musste und immer wieder auf Grund schwerer gesundheitlicher Krisen in seinem Leistungs- und Lebensvollzug behindert wurde, als ein schlechter Witz in der Biographie dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit erscheinen; zumal er kurz vor seinem neunzigsten Geburtstag nach Burkina Faso reisen konnte, um an der Vorbereitung der nächsten Generalversammlung mitzuwirken, die im kommenden Jahr dort stattfinden soll. Und wenn er bis dann nicht in die großen Ferien abgereist ist (wie er das Sterben gerne umschreibt) – und davon geht z. Zt. keiner aus, der ihn dort gerne sehen möchte – wird er an dieser zehnten Generalversammlung auch teilnehmen. Danach wird er sicher wieder sagen, wie schon seit über zehn Jahren, das sei die letzte gewesen, an der er teilgenommen habe. Diesmal könnte es wirklich so sein und die 10 wäre eine runde Sache und außerdem die erste außerhalb Europas und vielleicht ein Zeichen dafür, dass die Welt sein Werk endgültig angenommen hat.

Aber am Anfang standen erst einmal die sich überstürzenden Ereignisse nach seinem Ausscheiden aus dem trotz allem verhältnismäßig beschaulichen Klosterleben, von dem er später immer wieder sagte, das sei die geistige Wüstenwanderung gewesen, die ihn fähig gemacht habe, das alles auszuhalten was noch kommen sollte.

Sechs Monate, nachdem er sein Amt als Kaplan in Grenoble angetreten hatte, brach der zweite Weltkrieg aus. Er wurde sofort eingezogen, bald aber aus gesundheitlichen Gründen wieder demobilisiert. Nach einem erneuten Krankenlager und einem anschließenden langen Genesungsurlaub wurde er an die Kathedrale von Grenoble berufen. Dort erreichte ihn dann die ganze politische Wirklichkeit des Vichy-Regimes, zu dessen Herrschaftsbereich Grenoble gehörte. Eines Tages standen Juden vor seiner Tür und baten verzweifelt um Hilfe. *»In zahllosen Grenzübergängen brachte ich gehetzte Juden vor dem Zugriff der Gestapo in Sicherheit«* erinnert er sich später immer wieder. Aber diese Zeit blieb für ihn ein düsteres Kapitel, über das er nie gerne und nur sehr zögerlich sprach. Er erwähnte kaum die Beteiligung der französischen Polizei an diesen Maßnahmen und die Rolle der 'Papons' und 'Touviers' in seinem Lande und General Pètain, der das Vichy-Frankreich diktatorisch beherrschte. Noch heute ist nicht geklärt, wie es möglich war, dass katholische Einrichtungen den aktiven Judenverfolger Touvier 40 Jahre lang verstecken konnten. Die Vichy-Nähe vieler französischer Bischöfe ist bis heute kaum aufgearbeitet worden. Darunter muss ein ehrlicher Patriot wie Abbé Pierre sein Leben lang gelitten haben.

Für sich selbst wählte er aber schon damals eindeutig die andere Seite. Für die heroische und leidvolle Widerstandsbewegung in der Chartreuse und im Vercors, zu der *Dorf Malleval wird mit Dynamit und Flammenwerfern zerstört. 33 Menschen kommen ums Leben. Später spricht Frankreich vom ersten Oradour – Malleval, das kurz zuvor der Ort einer hoffnungsvollen Weihnachtsmesse des Abbé Pierre war.«*

Nach diesem grauenhaft brutalen Vernichtungsereignis klagt Abbé Pierre die französischen Politiker Laval, Chateaubriant, Darnant, Dèat, Henriot sowie die Milizen, die sogenannten 'Freischützen' und alle bereitwilligen Helfer der Gestapo in seiner Widerstandszeitung 'Union Pariotique Independant' an und damit auch das Vichy-Regime. Aber die Wurzel dieses traumatischen Erlebnisses bleiben die Deutschen; vielleicht auch die Wurzel von Zwiespaltsgefühlen, die er nur mit Vernunft und im Geist des Glaubens überwinden kann.

Nach zweimaliger Verhaftung und anschließender Flucht ging er Ende 1944 nach Afrika. Er erfuhr dazu, dass Spanien, das mit allen Geschäfte machte, um zu überleben, für seine Ausreise nach Algier zwei Tonnen Weizen bekommen sollte. Wenn er dies erzählte, tat er das selten ohne zu bemerken, dass wir, die Deutschen, Spanien eigentlich diese zwei Tonnen Weizen für seine Flucht noch schulden.

In Afrika war er dann als Seelsorger bei der Marine tätig, In dieser Zeit brach er wieder zu einer zweimonatigen Missionsreise im inneren Afrikas auf und zog nach seiner Heimkehr für die gaullistische Partei, MRP, die Republikanische Volksbewegung ins Parlament ein. Während mit Hilfe seiner Abgeordnetendiäten in »Emmaus« eine erste Zuflucht für verzweifelte Menschen entstand und dann langsam eine Siedlung für Obdachlose Familien erbaut wurde, entschloss er sich lieber, seinen Sitz im Parlament aufzugeben, als ein ungerechtes Wahlgesetz in Kauf zu nehmen.

Bis zum Tag seines Ausscheidens aus dem Parlament lebten die Hilfesuchenden und die kleine Gemeinschaft von seinem Geld und auch das junge »Unternehmen Emmaus« existierte einige Jahre auf Kosten Abbé Pierre's. Auf seinen guten Namen wurden umfangreiche Darlehen aufgenommen oder Baumaterialien abgestottert, um die Villa-Emmaus auszubauen oder weitere Obdachlosenunterkünfte zu errichten.

Um als Abgeordneter endlich eine Bleibe zu finden, wo er wohnen und arbeiten konnte, ohne immer wieder gekündigt zu werden, hatte er in einem Vorort von Paris ein

Abbé Pierre spricht zu Freiwilligen eines Arbeitscamps

die Dienstverpflichteten strömten, die nicht in deutschen Betrieben arbeiten wollten, übernahm er die seelsorgerische Verantwortung. Seinen deutschen Emmausfreunden erzählte er einmal beim Frühstück, nicht ganz ohne eine gewisse Bewegung, wie Maschinengewehrnester eingerichtet wurden, um zu verhindern, dass die SS dort auf einem Hochplateau einen Nachschubflughafen einrichten konnte. Aber damals wurde die Gefahr immer größer. Die Deutschen rückten immer näher an die Widerstandsnester im Gebirge heran. Das Dorf Malleval, das ein Stützpunkt der Rèsistance war, wurde von einem Bauern der Gegend an die Deutschen verraten, kurz nachdem Abbé Pierre mit Widerstandskämpfern und Dorfbewohnern eine Messe gelesen und Weihnachten gefeiert hatte. Der Bauer führte die Deutschen zum Versteck der Widerstandskämpfer, wo die Soldaten ein Blutbad unter den Maquisards anrichteten. Der Bauer bekommt ebenfalls eine Kugel in den Kopf. Einige Widerstandskämpfer werden erst umgelegt, nachdem sie die zerfetzten Leichen ihrer Kameraden weggeräumt haben. Sechs weitere, unter ihnen auch eine Frau, die sich in einer Scheune versteckt hatten, wurden dort eingeschlossen und bei lebendigem Leib mit der Scheune verbrannt. Hans Peter Oschwald, ein deutscher Biograph Abbé Pierre's, erwähnt dieses Ereignis ebenfalls ausführlich. Er berichtet weiter: *»Das* großes, etwas verwildertes Grundstück mit einer halbverfallenen Villa gekauft, weil es sehr günstig angeboten wurde und ihm sein Geld für die Mieten in Paris zu schade war. Entgegen der Ansicht, echte Intellektuelle hätten zwei linke Hände, begann er selbst mit der Wiederherrichtung und dem Ausbau. In der wenigen freien Zeit, die die Parlamentsarbeit ihm ließ, war er Maurerpolier, Schreiner und Elektriker. Schon als Pfadfinder hatte er den Beinamen »tiefsinniger Biber« bekommen und was das Handwerkliche anging, war er auch immer ein bauender Biber gewesen. Er musste gelegentlich mit den Händen arbeiten, um dabei seine Gedanken zu sortieren. Wenn das Geld kurzfristig nicht reichte, schnorrte er seine Parlamentskollegen an – meistens mit Erfolg. Einen von ihnen nahm er sogar mit Familie in das Haus auf.

Was dann kam, fasste Abbé Pierre in einer Feststellung zusammen, die heute zumindest in Emmauskreisen weltweit bekannt ist: *»Dann nahm alles seinen Anfang, weil das Haus zu groß war und ich nicht wie ein Schlossherr darin wohnen wollte.«* Zunächst hatte er nur daran gedacht, das Haus christlichen und anderen Jugendverbänden als Tagungsort zur Verfügung zu stellen, – für Studien und Exerzitien oder zur Erholung und mög-

Fortsetzung auf Seite 8

WAS IST EMMAUS?

Seit 1969 ist die EMMAUS-Bewegung in dem weltweiten Verband EMMAUS-INTERNATIONAL organisiert, dem heute etwa 400 Gruppen und Gemeinschaften aus ca. 40 Ländern angehören.

Dieser Verband ist eine nicht gewinnorientierte und regierungsunabhängige Organisation (NGO) mit internationalem Status (UN akkr.). Ihre Hauptaufgabe ist es, die Verbindung unter den Mitgliedsgruppen in aller Welt zu sichern, sowie ihre gegenseitige Hilfe zu fördern, wobei deren Unabhängigkeit im Rahmen der Eigenständigkeit jeder Gruppe gewahrt bleibt.

Kennzeichnend für die Bewegung ist, dass ihre finanziellen Mittel mehr durch die Arbeit der Armen aufgebracht werden, als durch die Almosen der Reichen.

Die Entwicklungsprojekte von Emmaus, vor allem in der »Dritten Welt«, sind in besonderem Maße durch die Notwendigkeit bestimmt, Strukturen zu verändern, und werden nie ohne einheimische EMMAUS-Mitarbeiter organisiert und durchgeführt. Die Gruppen arbeiten alle selbstständig und sind von keiner übergeordneten Zentrale unmittelbar abhängig.

Finanzielle und materielle Hilfe werden in der Regel an die Projektgruppen ohne einschränkende Auflagen vergeben. Die Zusammenarbeit der EMMAUS-Gemeinschaften ist partnerschaftlich und basiert auf gegenseitigem Vertrauen.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

EMMAUS

licherweise auch für Familientreffen. Als alles einigermaßen bewohnbar war, diente es im Sommer als Heim für internationale Begegnungen. In dieser Zeit erhielt das Haus auch seinen Namen »EMMAUS«, als ein Ort der Zuflucht, der Hoffnung und der Wiederauferstehung aus der Not und Verzweiflung der Nachkriegsjahre. Damals ahnte niemand, dass der Name noch besser gewählt war, als sie gedacht hatten. »Emmaus« sollte sehr bald nicht nur eine Herberge, sondern ein Heim sein, in dem verzweifelte Menschen Aufnahme fanden.

Das begann eines Tages mit einem Hilferuf. In der Nachbarschaft hatte ein Mann einen Selbstmordversuch unternommen. Er war zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt gewesen und begnadigt worden. Zu Hause hatte er aber so entsetzliche Familienverhältnisse vorgefunden, dass er sich das Leben hatte nehmen wollen. *»Ich war mir sofort darüber im klaren«*, erzählte Abbé Pierre später immer wieder, *»wie wenig Hoffnung bestand, dass der Verzweifelte wieder Mut fassen werde. Für ihn hatte das Leben jeden Sinn verloren.«* Er bot dem verzweifelten Mann an, ihm in seinem Haus und bei seinen vielfältigen sozialen Einsätzen zu helfen. Er war der erste, für den »Emmaus« ein wirkliches Zuhause werden sollte. Dieser Mann, Georges Legay und Abbé Pierre riefen damit die erste Emmaus-Gemeinschaft ins Leben. So konnte Abbé Pierre später immer wieder sagen: *»Emmaus ist nicht das, was meine Freunde und ich geschaffen haben, sondern das, was uns wiederfahren ist.«* Sie hatten nur die Herausforderung angenommen, die das Leben ihnen in einer bestimmten Situation gestellt hatte. So begründet Abbé Pierre jedenfalls bis heute seine Meinung, dass er als Person nicht der »Gründer« von »EMMAUS« ist. Noch heute überrascht er gerne mit der Bemerkung »EMMAUS« sei durch das Zusammenfinden eines Priesters, der durch das Unglück des Kriege zum Politiker geworden war und einem verhinderten Selbstmörder ins Leben gerufen worden, was wohl ein ganz besonderes Markenzeichen sei.

Das war im November 1949. Bis 1951 lebten sie von da an meistens zu vier, fünf oder mehr von den finanziellen Mitteln des »Vaters«, wie sie den Abbé nannten und arbeiteten an der Einrichtung des Hauses und an der Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten.

Eines Tages aber sollte ihr Abenteuer noch ganz andere Ausmaße annehmen. Im Dezember 1951 kam nicht nur ein einzelner, der um Aufnahme bat, sondern eine ganze Familie. Man hatte sie kurzerhand auf die Straße gesetzt. Als diese erste Familie aufgenommen wurde, war das Haus schon längst voll. Abbé Pierre beschloss, sie in dem kleinen Raum unterzubringen, der damals als Kapelle diente. Er war überzeugt, Christus hätte genauso gehandelt. Als im Jahr darauf noch genügend Baumaterial übrig war, kauften sie ein schäbiges kleines Grundstück längs einer Bahnlinie. Nach vier Monaten stand ein weiteres Behelfshaus, das viel größer wurde, als geplant war. Die Baugenehmigung kam später. Das war freilich nur möglich gewesen, weil die Arbeit selbst von den Kameraden der ständig wachsenden Gemeinschaft und im Sommer von den Gästen der Jugendherberge, die aus achtzehn verschiedenen Ländern kamen, unentgeltlich geleistet wurde. Vor Weihnachten waren weitere fünf Familien unter Dach und Fach. Aber bei diesen fünf Wohnungen blieb es nicht. Es wurde weitergebaut. Die Siedlung 'Champs Fleuris' (Blühende Felder) und dann 'Les Coquelicots' mir vierzehn Häusern. Es folgten die Siedlungen 'La Pépinière', Torcy und Bouquet, alles in allem fast dreihundert Wohnungen. Aber trotz der teilweise blumigen Namen, ging es dabei nicht nur um Wohltätigkeit und Almosen, sondern angesichts der sozialen Not grundsätzlich um Gerechtigkeit, und Solidarität statt bloßer Fürsorge.

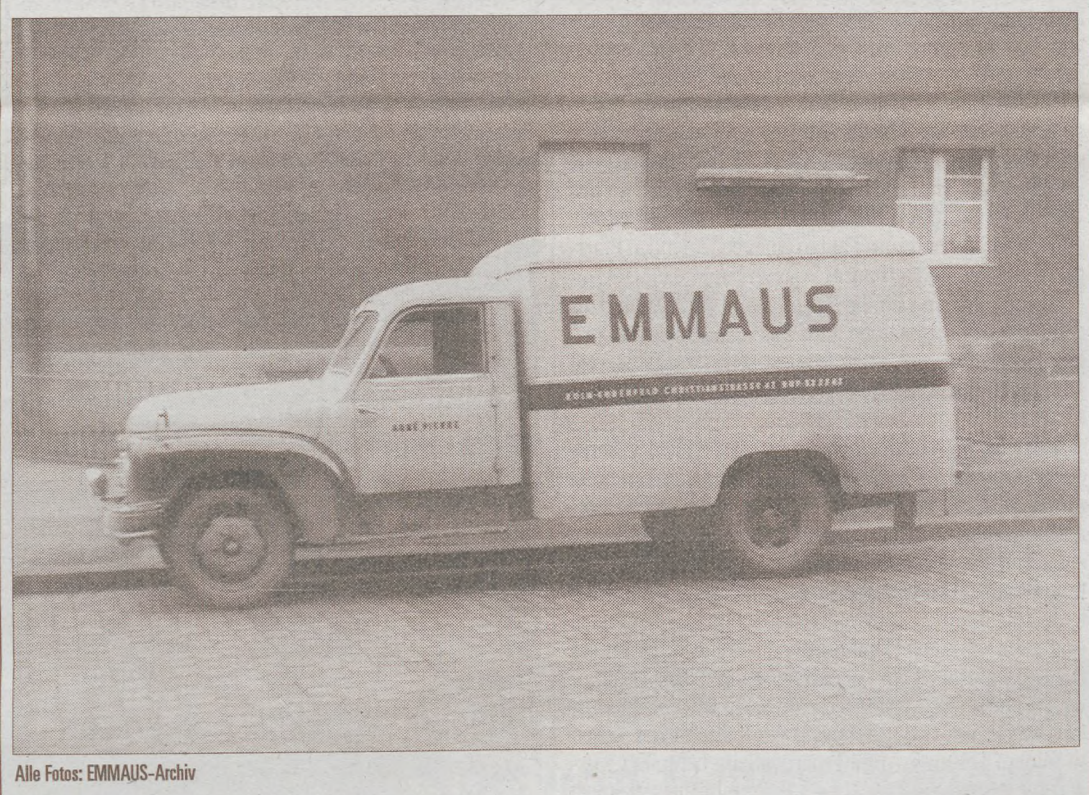
Es kam noch viel schlimmer als Abbé Pierre durch sein Ausscheiden aus dem Parlament 'arbeitslos' geworden war. Ohne die Diäten des 'Vaters' standen die Lumpensammler und ihr Sozialunternehmen, bis auf die spärlichen Spenden, die nicht einmal reichten, die schon gemachten Schulden zu bezahlen, völlig mittellos da. Abbé Pierre wurde zum Bettler. Er druckte ein paar schäbige Handzettel mit um so flammenderen Worten und schnorrte auf der Champs Elysees und vor dem Palais Bourbon, wo er einmal als Abgeordneter aus- und einging, die Passanten an. Das war für ihn die schmerzlichste Erniedrigung; so empfanden es aber auch seine Lumpensammlerkameraden und sie verbaten sich geradeheraus diese Fürsorge. Einer wusste Rat. Er hatte einmal auf der Müllkippe einen 'Claim' gehabt und sein Geld verdient. Als es um eine neue Parzelle Auseinandersetzungen gab, versuchten sie ihr Glück mit Straßensammlungen. Die ersten Fahrzeuge waren alte Karren und geliehene Kleinfahrzeuge. So wurden sie nach und nach wirtschaftlich – ihren Bedürfnissen entsprechend – unabhängig und es blieb immer mehr übrig, um auch anderen zu helfen. Nach der Gründung einer Lebens- und Wohngemeinschaft durch die Aufnahme von Georges Legay, war die Gemeinschaft dadurch auch ökonomisch zur Selbsthilfegruppe geworden, viele Jahrzehnte bevor dieser Begriff bei uns Mode wurde. Gemeinschaft, Arbeit – statt Almosen – und solidarische Hilfe blieben seitdem die Grundsätze, nach denen wir noch heute arbeiten.

Damals kündigte sich aber erst einmal der grauenhafte Winter 1954 an. In der Nähe von Emmaus erfriert ein Baby, dessen Eltern in einem Autobuswrack hausten. Abbé Pierre macht den Skandal publik und zwingt damit den zuständigen Minister zur Beerdigung zu kommen, einem *»Leichenzug der nationalen Schande«*, wie er ihn öffentlich bezeichnete. »Hiver 54« ist ein großartiger Film über die Ereignisse dieses Winters und die Arbeit der »Lumpensammler von Emmaus«, wie sie schon überall genannt wurden. Als dann der Tod einer alten Frau bekannt wurde, die auf dem Boulevard Sebastopol erfroren aufgefunden worden war, schlug Abbé Pierre Alarm. In vielen Predigten hatte er schon seit Beginn dieses Katastrophenwinters auf das Elend der Ärmsten und vor allem der Obdachlosen hingewiesen, die diesen Winter ohne großzügige Hilfe nicht überleben würden. In vielen Pfarrgemeinden wurden Hilfskomitees gegründet und spontan 750.000 Francs gestiftet. Die Freiwilligen waren entsetzt über das Elend in den Straßen, dass sie bei ihren Einsätzen gesehen hatten. Sie drängten Abbé Pierre zu einem Rundfunkaufruf. Der Aufruf wurde im staatlichen Rundfunk vor den Mittagsnachrichten verlesen. Eine Viertelstunde später war Abbé Pierre schon unterwegs zu Radio Luxemburg und verlas selbst seinen Aufruf, an dessen erste Worte wir uns alle immer noch erinnern: *»Au secours, mes amis! ... Zu Hilfe, meine Freunde! ...«* Hinzugefügt hatte er dann noch: *»Bringt eure Gaben und Spenden ins Hotel Rochester...!«* Die Besitzerin hatte schon zwölf Zimmer für obdachlose Familien zur Verfügung gestellt. Als Abbé Pierre nach den Aufrufen dort ankam, stapelten sich in der Halle schon die Hilfsgüter. Der Aufruf wirkte in ganz Frankreich wie eine Detonation. Die Sachspenden waren kaum noch unterzubringen. Innerhalb weniger Wochen kamen über dreitausend Briefe an, die Schecks und Geldscheine enthielten. Nach fünf Tagen meldete die Bank einen Kontostand von fünf Millionen. Am elften Tag hatte Frankreich zweihundertfünfzig Millionen gespendet. Der später so genannte 'Aufstand der Güte' brachte schließlich in ganz Frankreich über eine Milliarde Francs ein. Dieser unglaubliche Erfolg löste bei den Lumpensammlern und Bauleuten von Emmaus einen regelrechten Bauboom aus und jetzt flossen auch öffentliche Mittel und notwendige Baugenehmigungen wurden schneller gewährt. Das war nach den ersten Jahren unermüdlicher Arbeit der endgültige Durchbruch und auch eine Bestätigung dessen, was sie schon geleistet hatten – und eine neue Herausforderung. Nach diesem legendären 1. Februar 1954 bauten sie in siebzig Tagen achtundvierzig Wohnungen.

> **»Wir lehnen eine Haltung ab, die uns die Schande, Feigheit und Dummheit einimpfen will, man könne sein eigenes Glück erstreben und sogar erlangen, ohne an die anderen zu denken. ... Alle, die überzeugt sind, dass es nicht zweierlei Maß geben kann, alle, die weniger aus Mitleid handeln als aus Sorge um das gleiche Recht aller Menschen auf die Lebensvoraussetzungen, auf Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Erziehung und Arbeit, die alle sind Freunde von Emmaus.«**
>
> Abbé Pierre

Eine Informationsbroschüre von EMMAUS INTERNATIONAL fasst das in einem kurzen Text zusammen: 'Nach dem zweiten Weltkrieg wird sich ein französischer Priester, Abbé Pierre, der trostlosen Lage obdachloser Arbeiterfamilien in den Vorstädten von Paris bewusst und hilft ihnen – wenn nötig auch illegal – Notunterkünfte zu bauen.' Auch in dieser Bereitschaft zur Illegalität um der Gerechtigkeit willen, zeigt sich der politische Ansatz. Abbé Pierre handelt nach dem Grundsatz: *»Ein Gesetz ohne Gerechtigkeit muss man im Namen des Evangeliums notfalls bis zum jüngsten Tag übertreten.«* Das waren nicht bloß Worte zur Linderung größter Not in der Nachkriegszeit. Er hat sein Leben lang immer wieder danach gehandelt. Er blieb das »schlechte Gewissen Frankreichs« und auch das immer drückende für alle, die weltweit mit ihm tätig sind. Er handelte danach als Hausbesetzer in der 'rue du Dragon' vierzig Jahre später, sowie durch seine Aktionen für die sogenannten 'SDF' – Menschen ohne festen Wohnsitz – und illegale, obdachlose Afrikaner und andere Sozialflüchtlinge aus den ärmsten Ländern der Welt. *»Wer angesichts des ganzen Elends in der Welt bloß religiös und fromm glaubt, ohne aktiv für die Leidenden einzutreten, glaubt eigentlich noch gar nicht. Wer dagegen weiß, das alle Hilfe zwar nicht mehr ist als ein Tropfen auf einen heißen Stein, jedoch trotzdem weitermacht und hilft und sich um andere sorgt, der glaubt im Sinne der Bibel. Der Geist Gottes spricht zu uns vor allem durch das Leiden unserer Brüder. Jeder, der solidarisch handelt, ist auf dem Weg zu Gott, wird erlöst werden ...«*, lässt er einen Helden seines Theaterstücks »Das Mysterium der Freude« sagen. Er glaubt zutiefst an einen solidarischen Gott, der seine Geschöpfe über alles liebt und aus Liebe zu ihnen Mensch wurde. Wer wie Abbé Pierre nach eigenem Verständnis radikal die Nachfolge Jesu lebt, braucht nicht dauernd über ihn zu reden, er wird verstanden und sein Zeugnis ist glaubwürdig. Und das macht auch seine Glaubwürdigkeit in der ganzen Emmaus-Bewegung aus, bei Christen und Nichtchristen unter uns, bei Gläubigen verschiedener Konfessionen und Nichtgläubigen. Sie alle können daher den Namen 'EMMAUS' auch als ein Zeichen sehen und annehmen, wie es die Präambel des Emmaus-Manifests beschreibt: *»Unser Name 'EMMAUS' ist der Name eines Ortes ... wo Verzweifelte die Hoffnung wiedergefunden haben.«*

Abbé Pierre und Kölner Freunde, 1960



Alle Fotos: EMMAUS-Archiv

Weil Abbé Pierre allen, die im Sinne seiner Jesusnachfolge solidarisch mit den Armen leben, die Emmaus-Bewegung geöffnet hat, machte er sich bei den Offiziellen seiner Kirche unbeliebt. Die Radikalität dieses Charismatikers irritierte die meisten Bischöfe zutiefst. Nur der Bischof von Cambrai, ein alter Freund, der den Kaplan Henri Grouès in Grenoble noch gekannt hatte, stimmte ihm zu und schrieb ihm u.a.: *»Ein Patronat durch die Kirche würde klerikalisieren oder zumindest so aussehen und ohne Zweifel bei vielen Leuten ihre Aktion blockieren.«* Abbé Pierre bedankte sich für die »Segnung dieser Freiheit«. Der Bischof hatte Recht, denn sonst wären viele von uns nicht dabei. Aber für Abbé Pierre war das ganze eine belastende Leidensgeschichte. Ende der fünfziger Jahre versuchte die Amtskirche ihn durch Intrigen und mit Hilfe eines Schweizer Arztes, der der Kirche besonders verbunden war, aus dem Verkehr zu ziehen. Nach den Vorstellungen der Kirchenoberen konnten die gottlosen Strukturen dieser Bewegung nicht länger geduldet werden. Das hätte das Ende von EMMAUS sein können. Als er Ende 1957 einen physischen und psychischen Zusammenbruch erlitt, ließ die Kirche verlautbaren Abbé Pierre habe sein Werk aufgegeben. Aber er und sein Werk haben trotz allem überlebt.

Dieses Werk war zwar keineswegs gottlos, aber für viele erschreckend chaotisch. Das lag vor allem an der Improvisation der Anfangsjahre und einer Entwicklung, die nicht zuletzt durch den 'Aufstand der Güte' ab 1954 explosionsartig angewachsen war. Das Jahr 1954 und die unmittelbar folgenden nannte Abbé Pierre später eine der schwierigsten Zeiten seines Lebens. Er musste mit einer Popularität leben lernen, die er innerlich immer ablehnte. Charlie Chaplin übergab Abbé Pierre im Pariser Hotel Crillon persönlich einen Umschlag mit fünf Millionen Francs. EMMAUS wurde fast über Nacht weit über die Grenzen Frankreichs hinaus bekannt. Wie in vielen Orten Frankreichs entstanden auch in Nachbarländern die ersten Gemeinschaften. Briefe aus der ganzen Welt erreichten den Abbé. Eine weltweite Bewegung begann zu wachsen. Das brachte neue ungeahnte Schwierigkeiten.

Während einer Reise durch Südamerika 1963 erlitt Abbé Pierre auf dem La Plata einen Schiffbruch, der ihn

Fortsetzung nächste Seite

Emmaus-Manifest

Unser Name »emmaus« ist der Name eines Ortes in Palästina, wo einige Verzweifelte die Hoffnung wiedergefunden haben. Dieser Name sagt allen Menschen – Gläubigen und Nichtgläubigen – dass nur die Liebe uns vereinen und uns gemeinsam weiterbringen kann.

Die emmaus-Bewegung wurde im November 1949 ins Leben gerufen durch das Zusammentreffen von Menschen, die sich Ihrer privilegierten Situation und ihrer sozialen Verantwortung angesichts der Ungerechtigkeit bewusst geworden waren und Menschen, die keinen Sinn mehr in ihrem Leben sahen. Die einen wie die anderen beschlossen ihre Tatkraft zu vereinen, um sich gegenseitig zu unterstützen und den Notleidenden zu helfen in der Überzeugung, dass jeder auch sich selbst hilft, indem er andere rettet.

Um das zu erreichen, wurden Gemeinschaften gegründet, die nur arbeiten, um zu leben und zu geben. Darüber hinaus haben sich Gruppen von Freunden und Freiwilligen gebildet, die sich privat und öffentlich für die Ziele der Bewegung einsetzen.

Unser oberster Grundsatz ist Voraussetzung für jede echte Humanität, Menschenwürde, Lebensfreude und jeden wahren Frieden für den einzelnen, für die Gesellschaft und für die ganze Menschheit.

»Hilf, ehe Du an Dich selbst denkst, dem, der weniger glücklich ist als Du !«

»Hilf dem zuerst, der am meisten leidet!«

Unser Ziel ist, uns dafür einzusetzen, dass alle Menschen, alle menschlichen Gemeinschaften und alle Nationen als gleichberechtigte Partner miteinander leben und sich gegenseitig helfen, ihren Lebensunterhalt sicherzustellen und dadurch zu Selbstvertrauen und Würde zu finden. Unsere Methode besteht darin. Lebensbedingungen zu schaffen und zu erhalten, unter denen sich alle Menschen frei und geachtet fühlen, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen und anderen helfen können.●

(aus dem Manifest der internationalen Emmaus-Bewegung)

EMMAUS-KÖLN

EMMAUS

Wirtschaftliche Entwicklung

Bis Mitte 1997 lebte und arbeitete die EMMAUS-Gemeinschaft in der sog. »Glanzstoff«-Fabrik. Da der Nutzungsvertrag von Seiten des Besitzers gekündigt wurde, schaute man sich seit 1995 nach geeigneten neuen Arbeits- und Wohnmöglichkeiten um. Eine Überlegung war auch, nun Arbeits- und Wohnplatz zu trennen.

Die EMMAUS-Gemeinschaft erhielt von der Sozialverwaltung der Stadt Köln die Zusage, das Guffantihaus des Dormagen-Stifts in Köln-Longerich als Wohnhaus nutzen zu können. Es bietet eine mietfreie Wohnunterbringung für 25 Jahre.

Nach mehreren verschiedenen Objekten fand man auch endlich eine neuen Ort für den Verkauf der Gebrauchtwaren. Im Herbst 1997 konnte die Gemeinschaft ein neues Gelände mit einer Gesamtfläche von 5.600 qm mit zwei Hallen und Bürohaus kaufen. Damit war die Existenz von EMMAUS erstmalig gesichert. Die Hallenfläche beträgt ca. 1.000 qm. EMMAUS erhielt von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW einen einmaligen Zuschuss von 780.000 DM zum Ankauf des Komplexes.

1998 werden auf dem Gelände in der Geestemünder Straße umfangreiche Renovierungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt. So z.B. Dachreparatur der Lagerhalle, Neuinstallation der Stromeinspeisung, etc.

Guffanti-Haus, Wohnraum für Emmaus-Köln

Ab Sommer 2000 beginnt die Gemeinschaft mit dem Umbau und der Erweiterung des Verkaufes, mit dem Ziel das Angebot zu vergrößern und attraktiver zu gestalten, was dazu führte, dass die Verkaufsfläche etwa verdoppelt werden konnte. Wichtig war aber auch, die Einnahmen zu steigern, um die immer noch hohen Investitionskosten für Renovierung und Reparatur in der Geestemünder Straße zu decken. Anstehende Arbeiten waren vor allem Neuinstallation und Instandsetzung der Stromversorgung, verputzen und streichen der Verkaufshallen und Ausstattung der Verkaufsräume mit verschiedenen Regal- und Stangensystemen.

So wurden der Möbelverkauf in die vorherige Lagerhalle verlegt und die Lagerflächen insgesamt verkleinert. Der Bücherverkauf zog in vier Räume im Erdgeschoss des Bürohauses um. Das Angebot an Büchern konnte dadurch deutlich vergrößert werden. Etwa drei- bis viermal mehr Bücher stehen jetzt zur Auswahl. Dadurch sind auch die Einnahmen in den Büchern gestiegen. Die Verkaufsfläche der Kleidung konnte ebenfalls vergrößert werden. Auf der doppelten Fläche wurde die Kleidung übersichtlicher sortiert und die Auswahl vergrößert. Auch hier konnten wir eine Einnahmensteigerung feststellen.

Des weiteren wurden nach Beratung einige Sicherheitsstandards eingeführt, wie Raucherzonen, Sicherheitsbeschilderung, Fluchtwege und ein Erste-Hilfe-Kurs für alle Mitarbeiter. Nach Ablauf des Jahres 2001 konnten wir anhand der Einnahmenentwicklung feststellen, dass sich der Einsatz mehr als gelohnt hatte.

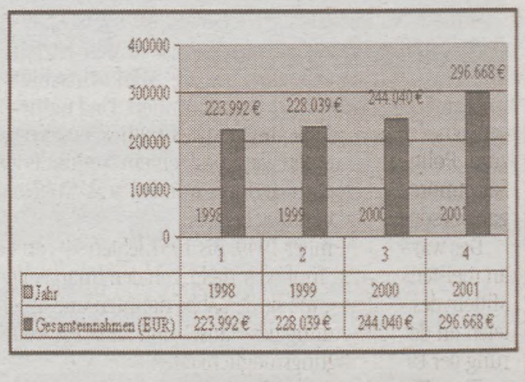
1997 hatten wir in einer Prognose versucht darzustellen, wie viele Mitarbeiter, sowohl aus der Gemeinschaft als auch Ehrenamtliche, Praktikanten und Zivildienstleistende, in den kommenden Jahren bei uns arbeiten würden. Wir hatten damals für 2002 etwa 50-70 Personen erwartet. Zur Zeit sind wir tatsächlich bei etwa 50 Mitarbeitern angelangt. Einige engagieren sich ein- oder zweimal im Monat und verkaufen in unserem »Lädchen« in Nippes; andere helfen regelmäßig bei verschiedenen Arbeiten, wie Umbau oder Installationen; wieder andere sind fast jeden Tag in unserem »Second-Hand-Kaufhaus« in der Geestemünder Straße anzutreffen und sind im alltäglichen Sortier- und Verkaufsgeschäft mit ganzem Herzen dabei.

Die Gemeinschaft hat eine kontinuierliche Größe von mindestens 12 Personen; hinzu kommen die drei immer besetzten Zivildienststellen. Sowohl die »Zivis«, aber auch andere, seien es Studenten die im Rahmen ihres Studiums ein Praktikum bei uns absolvieren, oder internationale Gäste über ein freiwilliges soziales Jahr, sind uns sehr wichtig, um auch jungen Menschen die Werte und Ideen von EMMAUS zu zeigen.

Im Laufe des Jahres 1999 bildete sich der Arbeitskreis *»Verbund gemeinnütziger kölner Möbellager«* mit dem Ziel, ein möglichst flächendeckendes Angebot für sozial Schwache in Köln zu koordinieren. Diese Zusammenarbeit mit acht anderen Initiativen erschien notwendig, um u.a. eventuellen Ideen der Sozialverwaltung bzgl. einer »zentralen Möbelversorgung« der Sozialhilfeempfänger von Seiten der Stadt einen Gegenpol zu setzen. Die Initiativen setzten darauf, dass die bestehende dezentrale Versorgung über die verschiedenen Gruppen zu fördern ist.

Der inzwischen gegründete Verein *»Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V.«* ist aber auch oder vor allem sehr engagiert, sowohl was die Ausstattungen der einzelnen Geschäfte, als auch die Weiterbildung der Mitarbeiter für die Arbeit in den Betrieben betrifft. Dies hat auch dazu geführt, das die Arbeits- und Einkaufsbedingungen und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung weiter voran gebracht wurden.●

(aus »emmaus informationen«, März 02)



FORTSETZUNG VON SEITE 8

fast das Leben gekostet hätte. Diese Erfahrung ließ ihn an eine weltweit notwendige Organisation der Emmaus-Bewegung denken, die ihr Überleben über seine Person hinaus sichern sollte. Schon seit 1955 hatte er über eine Verfassung für Emmaus nachgedacht, nachdem man ihm immer wieder Naivität und Sozialromantik vorgeworfen hatte. Er fürchtete eher, dass zu viel Bürokratie seiner Arme-LeuteBewegung die Luft abdrücken würde. Aber durch die ständig wachsende Zahl der Gemeinschaften wurde ein Mindestmaß an Struktur unausweichlich. Die erste Generalversammlung erarbeitete 1969 in Bern das »Universale Manifest« und zwei Jahre später konnte dann in Montreal in Kanada durch die Verabschiedung der »Statuten der internationalen Emmaus-Vereinigung« die Organisation EMMAUS INTERNATIONAL gegründet werden. Aber ein Geburtsfehler, so könnte es scheinen, blieb der Bewegung erhalten: Das Spannungsfeld im Widerspruch zwischen persönlicher, individueller Hilfeleistung und struktureller, politischer Ursachenbekämpfung – engagierter Aktion und Kompetenz durch Ausbildung – Charisma und Institution. Das ist zu erwähnen, weil Abbé Pierre darunter vielleicht am meisten zu leiden hatte. Aber wir alle haben den Preis mitbezahlt, um neben der Institution auch noch Bewegung zu bleiben.

Aber Abbé Pierre's Leben blieb auch ohne unser unmittelbares Dazutun in heftiger Bewegung. Das bewirkte schon die innere Eigenspannung seiner Persönlichkeit. Seinem gradlinigen Charakter entsprechend war er immer kompromisslos: ein ehrlicher Politiker, ein glaubwürdiger Priester und ein radikaler Kämpfer gegen Not und Elend in der Welt – eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, wie die Augsburger Gemeinschaft zu seinem Geburtstagsgedächtnis schrieb.

Er kritisierte die Kirche in ihren Formen der Selbstdarstellung, ihrem äußerlichen Traditionalismus, in dem zur Schau gestellten Reichtum und oft darin begründet eine weitgehende Unglaubwürdigkeit ihrer Verkündigung. Aber er bekennt sich immer noch ohne Einschränkung des Wesentlichen zu seiner Kirche – wie zum 'freiwilligen' Zölibat.

Auch den quasi-religiösen Skandal von 1996, der uns alle schockierte, hat er mit einigen Verwundungen überstanden. Obwohl er sich damals mit dem Philosophen Garaudy, weil er ein alter Freund war, solidarisierte, hat er nie dessen Thesen einer Negation des Holocaust übernommen. Dies hatte er Garaudy in einem ganz persönlichen Brief zu verstehen gegeben, der dann veröffentlich und in unredlicher Weise interpretiert wurde.

Er engagierte sich oft auf fast verlorenem Posten, wenn er es für angebracht hielt. Er schrieb an Saddam Hussein und George Bush Senior, er traf sich mit Peres und Arafat, bot sich den bosnischen Serben als Geisel an. Er setzte sich für einen italienischen Terroristen ein, weil dieser ohne Gerichtsurteil und ohne Aussicht auf einen ordentlichen Prozess inhaftiert war. Er geißelte aber auch mit scharfen Worten die Rallye Paris-Dakar und kritisierte sogar die französische Nationalhymne, weil sie zu blutrünstig sei.

Aber er kämpfte auch auf dem Feld weiter, auf dem er sein Leben lang im Einsatz war. Im Dezember 1994 griff er wieder aktiv in den Wahlkampf ein und beschrieb in einer herausfordernden Fernsehrede die Lage der Obdachlosen und beschwor die Franzosen nur Abgeordnete zu wählen, für die die Unterbringung obdachloser Familien unbedingt Priorität habe. Schon am 1. Februar 1994, zum 40. Jahrestages des 'Aufstands der Güte' von 1954 und angesichts fast 1 Million Wohnungssuchender, erließ er einen neuen Aufruf, der diesmal über alle Medien verbreitet wurde: *»Ihr, die Gewählten, es ist Zeit zu handeln... !«*

Und so bieten sich auch noch Ende 2002 immer wieder neue Herausforderungen, denen er sich mit Aufbietung all seiner schwächer werdenen Kraft zu stellen versucht. Am liebsten sieht er sich aber als der wachsame Großvater seiner Emmaus-Bewegung, die jetzt, wie er immer gewollt hat, in den guten Händen vieler tausend Nachfolger liegt.●

Emmaus-International

Die Container-Hilfe

Emmaus-International vertritt heute mehr als 300 Gruppen in über 30 Ländern. Die Mehrzahl der Gruppen und Gemeinschaften befinden sich in Europa, vor allem in Frankreich, dem Ursprungsland der Bewegung.

Abladen bei Emmaus-Paraná, Argentinien

Emmaus ist entstanden mit der Frage:....und die anderen? Mit den Jahren, nach vielen Weltversammlungen und Diskussionen haben sich etliche Antworten auf diese Frage ergeben, die man unter dem Allgemeinbegriff: Solidarität zusammenfassen kann. Der »Dienst am anderen« hat heute viele Formen.

- Akute Nothilfe (Erdbeben, Winterhilfe, Familiennothilfe)
- Arbeit der einzelnen Gruppen auf lokaler Ebene (Obdachlosigkeit, Schaffung von Nachtasylen, Zusammenarbeit mit Behinderten, jungen Menschen, Alten)
- Reagieren auf Appelle von Emmaus-International
- Projektfinanzierung
- Partnerschaft mit anderen Emmaus-Gruppen in der III.Welt
- Speisen eines internationalen Solidaritätsfonds zur langfristigen Projektunterstützung
- Containerversand (Kleider und andere Materialien wie Werkzeuge, Fahrräder, medizinisches Gerät)

So stellten seit vielen Jahren europäische Emmaus-Gruppen Hilfslieferungen, vor allem Kleider, aber auch medizinisches Gerät für Emmaus in Südamerika bereit.

Gestartet haben dies die französischen, holländischen und schwedischen Gruppen. Aber seit 1988, nach der Weltversammlung in Verona, kam diese wichtige Dritte-Welt-Hilfe ins Bewusstsein von immer mehr Emmaus-Gruppen. Vor allem nachdem sich Emmaus in Afrika und Osteuropa etabliert hat, gibt es auch Kleidertransporte aus Italien, der Schweiz und eben auch von der Emmaus-Gemeinschaft in Köln.

Neben den beschriebenen anderen Formen der Unterstützung unserer Freunde in der Dritten Welt ist der Versand von Kleidern, der meistens von den Gemeinschaftern geleistet wird, eine effektive Art der solidarischen Hilfe.

Dahinter stehen immer folgende Orientierungen:

Fortsetzung auf Seite 10

Eine Einschätzung

EMMAUS

Vom Prinzip Gemeinschaft

Eine Gesellschaft im Übergang, in der Auflösung, es sind unsichere Zeiten für immer mehr Menschen, natürlich und vor allem für die am Rande. Aber auch der bisher gesättigte und gesicherte Mittelstand ist sozial gefährdet. Wie oft erfahren wir bei unseren Aktivitäten in der Obdachlosenszene Geschichten von Menschen, die vormals alle Kriterien von »Bürgerstatus« besaßen und durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung und persönliche Krisen alles verloren haben, auch ihr Gesicht, ihre Würde, ihr Menschsein.

von Willi Does, Emmaus-Köln ● Denn Menschsein und Bürgerstatus definiert sich heutzutage über den beruflichen und persönlichen Erfolg, über die Fähigkeit, sich flexibel und permanent dem kapitalistischen Gewinnmaxierungsmodell unterzuordnen. Angesagt sind heutzutage absolut gespitzte Ellenbogen zur Durchsetzung der eigenen und eben nur der eigenen Interessen, Profitdenken nur und ausschließlich zum eigenen und sofortigen Vorteil ohne Beachtung der Interessen des Gemeinwohls.

Und der für das Gemeinwohl aller seiner Bürger verantwortliche Nationalstaat ist in der Auflösung, ist Spielball der multinationalen Konzerne, ist in den letzten Jahren vom Garant für eine Soziale Marktwirtschaft hin zu einer Freien Marktwirtschaft mutiert. Und natürlich erliegen unsere Entscheidungsträger immer mehr den »Sachzwängen« der Ökonomie.

Was hat dies alles mit Emmaus zu tun?

Wir sind eine internationale Bewegung und haben bei unseren internationalen Treffen diese Trends schon vor 10-15 Jahren vorausgesehen und neben der gesellschaftspolitischen Einflussnahme für die Interessen der »untersten Schichten« auch das »Prinzip Gemeinschaft« weiterentwickelt. Vor allem haben wir dabei von unseren Freunden aus der »Dritten-Welt« gelernt, denn dort haben sich Staatswesen sehr selten für die Belange der Armen interessiert, geschweige eingesetzt. Selbsthilfe von unten war und ist dort keine politisch-philosophische Attitüde sondern Mittel zum menschenwürdigen Überleben.

Kaffee kochen für die gruppe

Für uns, die wir weitgehendst auch die konsequente Selbsthilfe im Programm haben, zeigt sich seit ein paar Jahren folgendes:

Wenn wir vielleicht am Anfang unserer Arbeit belächelt wurden als Menschen. die mit Altmaterial arbeiten und handeln, und auch noch als Sozialromantiker in »Kommune« leben, so wissen wir heute, dass unser Modell Gemeinschaft eine sozialpolitische Antwort mit Zukunft sein kann.

Auch und gerade Menschen am Rande der Gesellschaft müssen wieder lernen, sich einzumischen, auch hier, wie in der »Dritten-Welt« müssen wir schmerzhaft lernen, unser Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Denn wer sollte sich schon um die Menschen am Rande wirklich kümmern, wenn nicht sie selbst. Unser Leben und unsere Arbeit führen immer wieder zu Überlegungen, welchen »gesellschaftspolitischen« Nutzen denn unsere Idee von Gemeinschaft hat.

Das »Prinzip Gemeinschaft«, welches uns befreien kann, welches uns aus der Enge und Bedrückung herausführen kann. Das zu vermitteln fällt schwer, es sei denn, man lebt es dauerhaft und mit Konsequenz vor. Man bekommt eine Ahnung davon, welche Antworten wir noch finden können mit unserem Ansatz. Nicht alle müssen und können in Gemeinschaft leben, aber auf den anderen achten, sich um den anderen sorgen , trotz oder gerade mangelnder »Fachkompetenz« sich einmischen, Meinung bilden, Stimme verleihen den Bedürfnissen und Nöten, die uns umtreiben, das können viele, wenn nicht alle, wenn sie guten Willens sind.

Das »Prinzip Gemeinschaft« bedeutet:

- Weitgehende und selbstgewollte Autonomie,
- Verantwortung für sich selbst und immer auch für den Anderen,
- Einmischung auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ebenen, um allen eine menschen-würdige Existenz zu ermöglichen.
- Ein bewusstes Kontrastprogramm zur individualistischen Gesellschaft, das sind vor allem Menschen, die sich nicht angewidert zurückziehen, sondern zeigen und erklären:
- »Wir sind eine Gemeinschaft, in der wir anders miteinander umgehen«
- Behutsamkeit und Friedfertigkeit mit dem Andersdenkenden.

Die Behutsamkeit mit Mitmenschen, aber auch mit den Dingen und der Umwelt haben nichts gemein mit Naivität, vielmehr mit Mut und Tapferkeit in einer Welt von Macht, Gewalt, Desorientierung und Auflösung.

»In kleinen Gruppen, in denen jeder fühlt, dass von seinen Handlungen viel abhängt und in denen jeder lernt, eigenverantwortlich zu handeln, statt sich in der Anonymität der Masse zu verlieren, entstehen soziale Muster, die nahezu mit Gewissheit die Entwicklung von Individualität gewährleisten.« (Karl Mannheim)●

Emmaus Köln, vl. Wille, Pascale, Stephan

FORTSETZUNG VON SEITE 9

- Beistand, nicht Bevormundung
- nicht »für«, sondern »mit« den jeweils Armen und Ausgeschlossenen in jeder Gesellschaft und auf allen Ebenen der Emmaus-Bewegung.

Da Emmaus-International kein starrer Hilfsverband ist, sondern aus der Vielfalt der Aktionen, der sozialen Gegebenheit der einzelnen Länder lebt und agiert, vor allem eine von der Basis lebende Organisation ist, gibt es auch immer viele Fragen.

- Wie wichtig ist in jeder Basisgruppe der Gedanke der SOLIDARITÄT?
- Welches Training, welche Informationen werden gebraucht?
- Welche Formen der SOLIDARITÄTS-Arbeit sollen bevorzugt werden?
- Welche, vielleicht effizienteren Formen der Arbeit sind denkbar?
- Da Emmaus nicht überall Antworten geben kann, wo und wie müssen Prioritäten gesetzt werden?

Alle Formen der SOLIDARITÄTS-Arbeit müssen sich immer an den Orientierungen und Vorschlägen der EMMAUS-Weltversammlung von VERONA 1988, KÖLN 1992 und PARIS 1996 orientieren.

Ca. 100t Altkleider pro Jahr werden von Mitgliedern der Gemeinschaft abgeholt oder von Kunden in unsere Kleiderverkaufsstellen Geestemünder Straße und Baudriplatz abgegeben.

Die Sortierung erfolgt nach folgenden Kriterien:

- Verkauf
- Abgabe von Kleidern und Decken für Obdachlose
- Abgabe von Kleidern und Decken nach Anfrage durch andere lokale Initiativen
- Eigenbedarf der Gemeinschaft
- Kleiderballen für Südamerika und Osteuropa
- Lumpen

Es gibt einige recht verläßliche Zahlen unserer Partner, was den Erlös der versandten Kleider angeht. Die Gruppe Emmaus-Burzaco/ Argentinien konnte berechnen und darstellen, dass sie ca. 5 DM Reinerlös pro Kilo erzielen kann. Bei einem Transport von 10t Kleidern ergibt dies einen Erlös von ca. 50.000 DM, der ausschließlich für soziale Aktivitäten der jeweiligen Emmaus-Gruppen verwendet wird.

Bei Berechnungen der Emmaus-Gemeinschaft in Köln, was den Wert der versandten Kleidung bei uns anbetrifft kamen folgende Zahlen zustande: Ein Ballen mit Kleidung hat den hiesigen, im Verkauf durchschnittlich zu erzielenden Wert von: 1.400 DM. Bei ca. 80kg pro Ballen ergibt dies einen durchschnittlichen Kiloerlös von 17,50 DM. Der versandte Wert eines Kleidercontainers von 10t würde nach unseren Verkaufserlösen ca. 175.000 DM betragen.

Weitere Überlegungen, was den Arbeitseinsatz der Sortierung und Pressung der Kleider anbetrifft: Bei durchschnittlich drei Stunden Arbeit pro Tag mit einem Stundenlohn von 25 DM und dem Pressen von drei Ballen täglich braucht es ca. 42 Tage, um 10t Kleider für den Transport vorzubereiten. Dies entspricht ca. 3.200 DM an Lohnkosten.●

(aus »emmaus informationen«, 1-99)

Im einzelnen wurden Kleider versandt nach:

1995	Rußland-Winterhilfe ECOMIL	14t
	Polen SOS Action Sociale	14t
	EMMAUS Montevideo/Uruguay	10t
	EMMAUS Burzaco/Argentinien	10t
1996	Polen SOS Action Sociale	14t
	EMMAUS-Chile	10t
	EMMAUS-Lublin/Polen	4t
1997	Russland-Winterhilfe ECOMIL	10t
	Polen SOS-Sozialhilfe	14t
	Emmaus-Chile	10t
	Polen SOS-Sozialhilfe	10t
	Winterhilfe ECOMIL	20t
1998	Polen SOS-Stiftung	14t
	Emmaus-Chile	25t
	Emmaus Canelones/Uruguay	8t
	Winterhilfe ECOMIL/Russland	14t
	Nothilfe Drogeninitiative MONAR/Polen	15t

ADRESSEN & PUBLIKATIONEN

EMMAUS-Interessierte können sich wenden an:

EMMAUS-International (Paris)
B.P.91 · F-94143 Alfortville
Tel. 0033-148932950
www.emmaus-international.org

EMMAUS-Bewegung in Köln
EMMAUS-Gemeinschaft in Köln
Geestemünder Straße 42 · D-50735 Köln
Telefon (02 21) 971 17 31
www.emmaus-koeln.de

EMMAUS-Augsburg
Hofrat-Röhrer-Str. 101/2 · D-86161 Augsburg
Tel. (08 21) 55 11 45
www.emmaus-augsburg.de

EMMAUS-Ingolstadt
Josef Ponschab Str. 6 · D-85049 Ingolstadt
Tel. (08 41) 951 90 19
www.emmaus-ingolstadt.de

EMMAUS-Sonsbeck
Alpenerstraße 40 · D-47665 Sonsbeck
Telefon (0 28 38) 9 64 46

EMMAUS-Krefeld
Peter-Lauten-Str. 3 · D-47803 Krefeld
Telefon (0 21 51) 39 67 95
elli.kreul@web.de

EMMAUS-Gemeinschaft St. Pölten (Österreich)
Herzogenburgerstraße 48 · A-3100 St. Pölten
Telefon 02742/363398
www.emmaus.at

Publikationen

»Tam Tam« – Newsletter von Emmaus-International
»emmaus-informationen« von Emmaus-Köln
Buch »Oase in einer Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung« (5.Auflage) von Mag. Karl Rottenschlager, Verlag NÖ Pressehaus (227 Seiten, 180 SW-Fotos), 248,– öS
Buch »Es gibt keinen hoffnungslosen Fall«. Das sozialpädagogische Konzept der Emmausgemeinschaft St.Pölten (2.Auflage) Hrsg. Karl Rottenschlager. Verlag NÖ Pressehaus (240 Seiten, 50 Farbfotos), 248,– öS.
Videofilm »Gewalt endet, wo Liebe beginnt« Weggemeinschaft mit Ausgegrenzten. Ein Portrait der Emmausgemeinschaft St.Pölten. Video von Werner Ertel, 43 min. VHS, Tau-Filmgesellschaft, 248,– öS.

Spendenkonto:
Emmaus-Gemeinschaft in Köln
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00
Konto-Nr. 70 50 01

ANTIPATRIARCHALE PERSPEKTIVEN GEGEN JEDEN KRIEG

Das strategische Schweigen

Seit Jahrtausenden gibt es eine globale Organisierung patriarchaler Verhältnisse – die Dominanz des »weißen Mannes« hat andere Lebensweisen zerstört und durchdrungen.

Antipatriarchal-Feministisches Netz, Berlin ● Einem großen Teil der heutigen Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegung muss in der Nichtbenennung von Geschlechterverhältnissen und -hierarchien ein strategisches Schweigen unterstellt werden. Bewegungen aber, die dies ausblenden, halten Macht aufrecht, statt sie zu zersetzen. Aus unserer Sicht bedarf es einer Diskussion, die neue Ansätze entwickelt, Verschränkungen sichtbar macht und neue Formen, Räume und Strukturen schafft, in der antipatriarchale und somit radikale Widerstandsperspektiven gegen jeden Krieg und Globalisierung entwickelbar sind. Neben Drogen und Waffen ist der Handel mit Frauen zur wichtigsten Ökonomie in Kriegsgebieten geworden. Innerhalb von militarisierten Gesellschaften verschärfen sich die Angriffe auf Abweichungen von der (Geschlechter-)»Norm«.

Wir glauben, dass unsere Handlungsfähigkeit in Bezug zu den laufenden und kommenden Kriegen nur unter Einbeziehung des Geschlechterverhältnisses möglich ist.

1. Extremster Ausdruck dieser sozialen Geschlechterordnung ist die Ausübung sexualisierter Gewalt durch Männer, die ihren Körper als Waffe zur Unterwerfung einsetzen. Mit dem Einsatz der Waffe »Körper« und »Geschlecht« werden täglich aufs Neue Machtansprüche, Herrschaft und Verfügungsgewalt über Frauen und Kinder durchgesetzt.

2. Die soziale Geschlechterhierarchie hängt mit der medizinischen Eliminierung biologischer Abweichungen von dieser angenommenen Norm zusammen. Aus diesem Grund sind Zwitter sowohl biologisch wie sozial in dieser Gesellschaft unsichtbar, bzw. vernichtet worden. Die Unsichtbarkeit von möglichen anderen Geschlechtskategorien ist zwingend, um auf einer scheinbar natürlichen biologischen Zweigeschlechtlichkeit die scheinbar ebenso natürliche soziale »Ordnung« in die Köpfe hineinzupflanzen. Die Brutalität der medizinischen Zuweisung am Beispiel der Zwitter verweist darauf, wie wichtig die Zweigeschlechtliche Ordnung ist, um die Geschlechterhierachie durchzusetzten. Die Anpassung an die vorgegebene Rolle durchdringt alle Personen und wird gewaltsam flankiert.

3. Im kapitalistischen Patriarchat sind menschliche Beziehungen auf den Kopf gestellt. Die Aufspaltung von Produktion und Reproduktion und die Bewertung der »Produktion als gesellschaftserhaltende Tätigkeit von alles bestimmender Wichtigkeit« und Reproduktion als »naturwüchsige Lebensäußerung, nicht gesellschaftlich, der Produktion nachgeordnet« ist gekoppelt an die Aufrechterhaltung der Geschlechterhierachie. Wird Frauen der reproduktive Bereich zugeordnet (Hausarbeit, Erziehung, Sozialarbeit, Subsistenz), so werden Männer mit dem produktiven Bereich gleichgesetzt, der in der Regel auf Zerstörung basiert, auf Eroberung anderer Märkte und auf ein kriegerisches Verhältnis gegenüber den jeweiligen Gegnern, die die eigenen Machtinteressen bedrohen.

4. Der »weiße Mann«, Inbegriff der sogenannten zivilisierten Welt, bildet die Norm ab, an dem alles gemessen wird – was und wer Wert ist. Alle Beziehungen werden diesen Wertdefinitionen untergeordnet (z.B. Zivilisierte Welt mit wertvollen Menschen gegen barbarische Welt/ das Existenzrecht von Flüchtlingen und MigrantInnen wird in diesem Land an ihre Verwertbarkeit gekoppelt). Der »weiße Mann« als Norm und die daran gekoppelte Wertdefinition hat sich durchgesetzt und ist allen Verhältnissen eingeschrieben.

5. Patriarchat kennzeichnet ebenso eine rassistisch organisierte Herrschaftsform. In dem Bild vom »weißen Mann« als dem eigentlich Wertschöpfenden wird die ökonomische Ausbeutung geschlechtlich und rassistisch/kolonial organisiert (Greencard für Inder/Abschottung Festung Europa, Zivilisation/Barbarei, Definition von wertvollen/weniger wertvollen Menschen mit der Legitimation zum Töten). Die Werte der Zivilisation gegen die Barbarei prägen das Schlachtfeld im Kreuzzug gegen das Böse, den Islam, die arabische Welt. Und der Krieg verlängert sich in den Metropolen u.a. auch im Kampf gegen die Flüchtlinge. Dieser Krieg ist in wesentlichen Zügen auch von kolonialen Begriffen geprägt.

Die Kategorisierung in Frau und Mann schafft den Ausgangspunkt täglicher Rollenzuweisung, ein Oben und Unten. Bipolares Denken ist Teil patriarchaler Herrschaft und bedeutend für die Kriegsführung und Kriegsfähigkeit. Die Dualismen Freund-Feind, Mann-Frau, Zivilisation-Barbarei, Mensch-Natur, deutsch-fremd, gesund-krank, weiß-schwarz schaffen die Voraussetzung für gesellschaftlich legitimiertes Morden.

Nicht die gepflegten Übergänge von A nach B und von Rot nach Blau oder umgekehrt sind zu organisieren, sondern ein Widerstand, welcher das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit als zentrales Fundament für patriarchale Herrschaft zu zerstören trachtet. Anders ausgedrückt: Eine Antikriegsposition, die »nur« die ökonomischen, geopolitischen Interessen z.B. am Krieg analysiert, geht nicht die Fundamente des System an, das Militär in seiner Handlungsfähigkeit bedingt. In die Institution Militär ist die patriarchale Funktion Mann eingeschrieben. Mit der Herausbildung einer Identifikation mit dem Staat, dessen Diener der Mann werden sollte, waren auch die Grundlagen für eine Bereitschaft hergestellt worden, für die Nation einzutreten, für das Angriffs- und Verteidigungsinteresse einer Nation in Form des Militärs als Männlichkeitsmaschinerie. Die Voraussetzung dazu war die Kasernierung als Ort der Prägung patriarchaler Männlichkeit, logischerweise unter Ausschluss von Frauen.

Olivgreencards für Frauen, die ihren Mann stehen

Kriegsvorbereitung ist ein sozialer Prozess, in den viele Teile der Gesellschaft mitgenommen werden müssen und wir befinden uns inmitten einer großen Mobilmachung der Gesellschaft. Dafür ist wichtig zu verstehen, das die biologischen Personen dann austauschbar geworden sind, wenn das patriarchale Prinzip gewahrt bleibt. In der heutigen Zeit des »modernisierten« Patriarchats benötigt es biologischer Ausschlusskriterien in dieser Form nicht – das heutige Militär ist der Anwesenheit von Frauen gewachsen, die Erkennungsmuster Rosa und Blau, was ist sozial ein Mann, was ist sozial eine Frau, bleiben trotzdem erhalten und sind nach wie vor zwingend notwendig.

Dortige Funktionen können von einer biologischen Frau ausgekleidet werden, wenn sie Manns genug ist – ihren Mann steht. So wie eine rassistische Regierung einerseits in Tod, Folter und Elend abschiebt und mit Greencard andererseits jene ins Land holt, die für den Standort Deutschland verwertbar sind, so werden mit einer Olivgreencard Frauen in eine Institution eingelassen, die als exklusiver Männerclub galt.

Mit dem 11. September wird der Eintritt in einen global erklärten permanenten Kriegszustand markiert. Ein globaler Krieg, der sogar den Einsatz von ABC-Waffen in Erwägung zieht, wird globale Folgen haben und eine neue Ebene der Brutalisierung patriarchal durchmilitarisierter sozialer Verhältnisse hervorbringen.

»Krieg gegen Terror« wird als fundamentale Legitimation eines ständigen Kriegszustandes nach außen wie nach innen gesetzt. Es gibt keinen gerechten Krieg und entspricht patriarchaler Kriegslogik in »Gut« und »Böse« zu polarisieren. Machtorientierte, deutsche Linke, die beispielsweise Solidarität für israelische Panzer oder palästinensische Selbstmordkommandos aufbringen, disqualifizieren sich als politische Bündnispartner für emanzipatorischen Widerstand. Wer patriarchale Kriegslogiken reproduziert, verlängert sie und ist Teil dessen. Wenn Globalisierungsgegner(Innen) oder Antikriegsgruppen das Geschlechterverhältnis ausblenden, zielt ihr Widerstand nicht auf Entmachtung von Herrschaft, sondern auf Modernisierung derselben.

Oder um es schärfer zu benennen: Die Weigerung der Antikriegs-/Antiglobalisierungsbewegung, Geschlechterverhältnisse und -hierachien zu benennen stützt globale Ausbeutung und kriegerische Verhältnisse, trotz gegenteiliger Selbstwahrnehmung.

Für die radikale Entwaffnung von Herrschaft

Für die Entwicklung eines alltäglichen Widerstandes ist es eine wichtige Frage, ob es gelingen wird, soziale Prozesse in Gang zu bringen, die Machtstrukturen zersetzen und auflösen können und im Rahmen dieser politischen Bestimmung die Gewaltfrage und Anwendung von Militanz zu definieren. Wir sehen also aktuell keine Alternative zu der Parole »Gegen jeden Krieg«. Es geht weder darum, sich einer der Mächte zuzuordnen, noch eine eigene Macht stark zu machen, die in die patriarchale Logik einsteigt, sondern die Zerstörung jeglicher patriarchaler Herrschaftsformen anzustreben und jenseits der aufgemachten Kriegspolarisierungen nach Verbündeten Ausschau zu halten.

These 1: Das Modell der Zweigeschlechtlichkeit ist eine zentrale Institution zur Herausbildung kriegerischer, militarisierter Verhältnisse. Die existierende Geschlechterordnung bringt sowohl sexistische Gewaltverhältnisse als auch kriegerische, durchmilitarisierte Strukturen hervor. Eine antipatriarchale Antikriegsposition verweigert sich nicht nur bipolarer Positionierung, sondern sollte das MannFrau-Konzept als ein Fundament für die Kriegsfähigkeit und Mobilisierbarkeit der Gesellschaft politisch wie praktisch sabotieren. Angriffe auf die Geschlechterordnung sind in gesellschaftlichen Sinne wehrkraftzersetzend, weil sie klare Wertigkeiten außer Kraft setzen und an einer kriegswichtigen Front Desorientierung verbreiten.

These 2: Nur ein Widerstand, der sich gegen jeden Krieg ausspricht, die radikale Entwaffnung von Herrschaft zu organisieren versucht und in Bezug setzt zu anderen globalen Kämpfen mit ähnlicher Ausrichtung von Widerstand, entzieht sich im Handeln der Logik von Krieg. Die Infragestellung der Werte des westlichen Zivilisationsmodells sind eine Voraussetzung dafür. Jede Parteinahme für einen kriegerischen Angriff durch einen Staat oder antiemanzipatorische bewaffnete Organisationen, die Macht und Herrschaft anstreben, ist eine Unterstützung von Krieg und kann kein positiver Bezugspunkt für uns sein.●

Kontakt: apo@bamm.de
Büro für antimilitaristische Maßnahmen, Karl-Kunger-Str. 18, D-12435 Berlin, assoziiert an Bundesweite Antimilitaristische Koordination »KriegistFrieden« (KiF)

Aus: resista, 12-2002

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Berliner Erklärung

Der Krieg gegen den Terrorismus funktioniert nicht. Jede Woche hören wir von Bombenexplosionen und Geiselnahmen in verschiedenen Teilen der Welt: Moskau, Bali, Mombassa.

Der Krieg gegen den Terrorismus kann gar nicht funktionieren. Er kann es nicht, weil Terrorismus ein Verbrechen ist, die neue Form einer global agierenden privatisierten Gewalt. Das Wort »Krieg« spricht dem Terroristen die Würde eines feindlichen Kriegers zu. Er ist aber ein Verbrecher. Das Wort »Krieg« teilt die Welt auf in solche, die »zu uns« und solche, die »zu ihnen« gehören. Dies ist genau das, was die Terroristen wollen. Der Krieg gegen den Terrorismus bringt immer neue Gewalt über unschuldige Menschen und nährt Gefühle des Hasses und der Rache, die zum Terrorismus führen. Wir befinden uns am Rande einer Eskalation weltweiter Gewalt. Sie könnte Züge annehmen, die dem israelisch-palästinensischen Konflikt ähneln, nur eben im globalen Maßstab. Der drohende Teufelskreis der Zerstörung und Selbstzerstörung könnte die Verwendung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen einschließen, aber auch weitere Akte des Völkermords, unvorhersehbare terroristische Anschläge, ganz abgesehen von »vorbeugenden Schlägen« der USA, die sich als kontraproduktive Schläge erweisen werden.

In unserer globalisierten Welt, in der alle von allen abhängig sind, gibt es keinen gerechten Krieg. Was wir brauchen, ist legitime Gewalt (force) zur Eindämmung von privatisierter Gewalt (violence). Daher gibt immer noch Aufgaben für militärische Streitkräfte. Sie müssen internationales Recht durchsetzen und Menschen beschützen, also tun, was die Polizei tun sollte, wozu sie aber nicht mehr in der Lage ist.

Wir rufen alle auf, Regierungen, Parlamente, nichtstaatliche Organisationen,Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstler und Künstlerinnen, Universitäten, Kirchen, und Glaubensgemeinschaften, Medien, alle, die ihre Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger spüren, dem Krieg und dem Unilateralism entgegenzutreten und die Kräfte zu bündeln für eine andere Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus. Diese Strategie muß auf multilaterale Zusammenarbeit setzen und die Errichtung einer globalen Rechtsordnung zum Ziel haben. Darin sollte eingeschlossen sein:

1. Die Förderung humanistischer Werte und Verhaltensnormen, die internationales Recht stützen und untermauern können. Die Menschenrechte müssen überall in gleicher Weise angewandt werden: im Irak wie in Saudi-Arabien oder Iran, in Tschetschenien wie in Rußland, in Pakistan wie in Afghanistan. Wir brauchen einen wirklichen Dialog zwischen denen, die für Demokratie stehen, damit wir zukunftstaugliche Lösungen finden für die »schwarzen Löcher« ,die Konfliktherde dieser Erde,aus denen Terrorismus kommt: Kaschmir, Kongo, Somalia, Sudan, Tschetschenien, um nur einige der wichtigsten zu nennen.

2. Die Einrichtung von Verfahren, mit denen sich internationales Recht durchsetzen läßt. Der internationale Strafgerichtshof sollte so rasch wie möglich und ohne Ausnahmen eingerichtet werden. Schutzstreitkräfte sollten auf europäischer oder Weltebene (UNO).

3. gebildet werden. Sie müßten so ausgebildet und bewaffnet sein, daß sie in Konflikten Zivilisten schützen und denen das Handwerk legen können, die an ihnen Verbrechen begehen. Ein Anwachsen der finanziellen Ressourcen, die auf globaler Ebene nötig sind, um eine globale Rechtsordnung zu finanzieren. Dazu gehört der Kampf gegen die Armut wie der Schutz der Umwelt und anderer globalen Gemeinschaftsgüter, aber auch Welt-Polizeikräfte, die nötig sind, um dem Recht weltweit Geltung zu verschaffen.

Wir erheben nicht den Anspruch, dass diese Strategie den Terrorismus ausrotten kann. Das Äußerste, was wir tun können, ist, den Terrorismus einzudämmen, seine Ausbreiten und Verschärfung zu verhindern. Aber wir sind fest davon überzeugt, daß es nicht gelingen wird, Demokratie und Rechtsstaat nur in einem Teil der Welt zu erhalten. Der Krieg wird die Werte zerstören, die uns etwas bedeuten. Die einzige Hoffnung, die wir haben, richtet sich darauf, diesen Werten weltweit Geltung zu verschaffen. Dies ist die Aufgabe jedes und jeder einzelnen und jeder Regierung.

10. Dezember 2002, zu Ehren der Nobelpreisverleihung an Jimmy Carter und zu Ehren von Martin-Luther-King und Rigoberta Menchu.●

Insgesamt liegen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus fast allen LÄndern Europas, den USA/Canada, Israel und Palästina, Ägypten, Rußland, Afrika, Asien, Lateinamerika 25o Unterschriften von UnterstützerInnen aus den oben angegebenen Bereichen, meist RepräsentantInnen von Netzwerken und Institutionen ,aber auch von einigen Einzelpersonen vor. Wir werden sie bis zum 27.1. alle veröffentlichen, um sie an die Bundesregierung und an Kofi Annan weiterzuleiten.

Unterschriften bitte bis zum 15.1.2003 Martin Luther King Gedenktag und bis zum 27.1.2003 UN Sicherhheitsrat Debatte, aber auch später an:
mail@berlin-declaration.org

Welche Rolle spielt die Sättigung der Märkte?

Deflation – ein Gespenst geht um!

Man wagt es kaum beim Namen zu nennen! Selbst Notenbanker reden vom »D-Wort« oder »Unwort«, um es möglichst nicht auszusprechen. Dennoch taucht es immer wieder und zunehmend häufiger auf, oft nur blitzartig, wie ein Gespenst in der Geisterbahn. – Was hat es damit auf sich?

Helmut Creutz, Aachen ● Von Inflation spricht man bekanntlich, wenn zuviel Geld in Umlauf ist und als Folge die Preise steigen, von Deflation, wenn umgekehrt zu wenig Geld umläuft und als Folge die Preise fallen.

Während der Begriff Inflation seit Jahrzehnten zu unserem täglichen Vokabular gehört, ist die Deflation den meisten kaum geläufig. Selbst in den Lehrbüchern wird sie überwiegend als eine längst besiegte Horrorerscheinung aus vergangenen Zeiten abgehandelt.

Geht man dieser Spur genauer nach, dann stellt sich heraus, dass ganze Staaten und Kulturen in Deflationen versunken sind. Ganz einfach deshalb, weil die Menge des Geldes bis vor knapp hundert Jahren noch an Gold und Silber gebunden war. Denn genau so wie Länder und Volkswirtschaften durch neue Goldfunde und die damit möglichen Geldmengen-Ausweitungen aufblühten, so brachen sie zusammen, wenn das Geld in Truhen verschatzt, in Krügen vergraben oder von den Reichen für Schmuck und Geschirr eingeschmolzen wurde. Kein Wunder, dass Gold der Anlass für die meisten kriegerischen Eroberungen war.

Die letzte große Deflation in neuerer Zeit erlebte die Welt um 1930. Dafür war nicht nur der Schwarze Freitag an den Börsen in den USA verantwortlich und die anschließenden Bankenpleiten, sondern vor allem die damalige Bindung der Geldmenge an das Gold. Besonders dramatisch wirkte sich diese Bindung in Deutschland aus, wo das herausgegeben Papiergeld, gesetzlich festgeschrieben, zu 40 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt sein musste. Als dann die US-Banken, auf Grund der eigenen Schwierigkeiten, kurzfristig erteilte Kredite vom Deutschen Staat zurückforderten, passte der damalige Reichsbankpräsident Luther auch die Geldmenge der reduzierten Deckung an. Insgesamt wurde der Notenumlauf bis Ende 1932 um 30 Prozent verringert und der Diskontzins stieg bis auf 20 Prozent. Die Reichsregierung unter dem Kanzler Brüning tat noch ein übriges, in dem sie die Beamtengehälter in einer Notverordnung reduzierte. Damit ging der durch Geldmangel gestörte Nachfragekreislauf noch mehr in die Knie. Die Preise brachen ein und die Arbeitslosigkeit schnellte auf mehr als sechs Millionen hoch, fast 20 Prozent der Erwerbstätigen!

Man hatte zwar unter Schmerzen acht Jahre vorher in der großen Inflation gelernt, dass Geldmengenausweitungen vermieden werden müssen, leider aber nicht begriffen, dass im umgekehrten Fall auch umgekehrte Maßnahmen erforderlich sind. Das heißt, in Deflationszeiten sind Geldmengenausweitungen angesagt, selbst wenn man dabei die Deckungsvorschriften übertritt. Die Folge der falschen Entscheidungen Anfang der 30er Jahre war darum ein Wirtschaftseinbruch, der mit einer für uns heute unvorstellbaren Not verbunden war. Ohne diese Not- und Hungerzeit und die daraus folgenden politischen Entwicklungen, wäre die Geschichte ganz gewiss anders geschrieben worden. So klagte die Gewerkschaftszeitung »Metall« im Jahre 1953 rückblickend zu Recht: »Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus nicht so leicht zu einer Macht geworden.«

Wie ist das heute mit der Deflation?

Die Anbindung des Geldes an irgendwelche Goldvorräte ist heute weltweit überwunden. Selbst die Schweizerische Nationalbank, die sich vor wenigen Jahrzehnten noch einer völligen Golddeckung ihrer Währung rühmte (und sich gegen eine freiwirtschaftliche Initiative zur Aufhebung dieser Bindung vehement verwahrte!), plant inzwischen den Verkauf ihrer Schätze. Das heißt, eine klassische Deflation, die auf einem Gold- und damit Geldmangel beruht, ist in unserer heutigen Papiergeldzeit im Grunde gar nicht mehr möglich, es sei denn, eine Notenbank würde die Geldausgabe reduzieren. Was uns aber auch heute noch drohen kann, ist nicht ein Mangel an Geld, sondern sein unzulänglicher Einsatz. Also ein Mangel an Nachfrage bezogen auf das Angebot der Märkte, der zwangsläufig ebenfalls zum Absinken der Preise führt.

Deflationen in unseren Tagen sind also nicht mehr Folge ungenügender Geldversorgung oder Geldverknappung durch die Notenbanken, sondern Folge gestörter Geldnutzung, also die Folge von Kaufkraftblockierungen trotz genügender Geldversorgung. Jede Unterbrechung des Geldkreislaufs aber erzeugt liegen bleibende Waren, reduzierte Nachbestellungen und abgesenkte Neuproduktionen und damit, bei ungekürzten Arbeitszeiten, zwangsläufig Arbeitslosigkeit. Während also Inflationen heute nur dann entstehen können wenn die Notenbanken die Geldmenge vorher über den Bedarf hinaus vermehrt haben, kann es zu Deflationenserscheinungen auch bei ausreichend vorhandener Geldmenge kommen, dann nämlich, wenn die Kaufbereitschaft der Bevölkerung zurückgeht. Die Notenbanken können dann nur noch versuchen, Nachfrage und Kreditaufnahme durch Absenkung der so genannten Leitzinsen zu stimulieren, der Staat durch höhere Verschuldung und die Vergabe öffentlicher Aufträge. Kurz, das was wir heute Deflationen nennen, kann – genau betrachtet – eine ganz natürliche Entwicklung auf Grund zunehmender Sättigungen sein.

Das Beispiel Japan

Eine solche von den Verbrauchern zu verantwortende Deflation erleben wir seit rund zehn Jahren in Japan. Ausgelöst wurde sie, ähnlich wie auch Ende der 20er Jahre, durch einen großen Börsencrash, der in Japan bereits Ende der 80er Jahre ablief. Diesem Crash an der Börse folgte eine Flucht des Geldes in die Bodenwerte mit extrem in die Höhe getriebenen spekulativen Grundstückspreisen. In den Spitzenlagen Tokios stiegen die Quadratmeterpreise bis zu einer Million DM an und der Garten des Kaiserpalastes war damals rechnerisch mehr wert als der Boden ganz Kaliforniens! Als dann nach rund zwei Jahren auch dieser Spekulationsexzess zusammen brach und die Beleihungsgrenzen wieder sanken, kamen auch die Banken in Schwierigkeiten, die auf Grund der gestiegenen Grundstückspreise zu hohe Kredite an Eigentümer und Erwerber ausgegeben hatten.

Durch staatliche Unterstützungen und erlaubte Buchungstricks wurde zwar das Gros der Banken bis heute vor der Pleite bewahrt, aber das Gros der Bürger zog aus all dem die Konsequenz, sparsamer als bisher zu leben und vorsichtiger mit Geld umzugehen. Da auf Grund der Kaufzurückhaltungen die Preise fielen und damit die Kaufkraft des Geldes stieg, wurde diese Kauf- und Geldzurückhaltung auch noch belohnt. Damit verstärkten sich Zurückhaltung und Preisverfall und eine konjunkturelle Abwärtsspirale setzte ein, die nur schwer aufzuhalten ist.

Da mit dieser deflationären Entwicklung auch die Zinsen in den Keller gingen, lohnte es sich auch immer weniger, das gesparte Geld zur Bank zu tragen. Dieser Trend zur Geldhortung in den eigenen vier Wänden wurde durch das Wissen über die kritische Situation der Banken noch verstärkt. Und da man für die Geldhaltung zu Hause zweckmäßigerweise über einen Safe verfügen sollte, war die Tresor-Produktion zeitweise der am meisten boomende Industriezweig in Japan.

Verständlich, dass der Staat mit allen Mitteln versuchte, diese konjunkturgefährdende Kaufzurückhaltung zu durchbrechen und das Wachstum der Wirtschaft zu beleben. Das geschah vor allem durch immer höhere schuldenfinanzierte Ausgaben, die in den letzten zwölf Jahren die Staatsverschuldung von 80 Prozent des BIP auf sage und schreibe 160 Prozent verdoppelte (was das heißt wird deutlich, wenn man diese Marke mit den erlaubten 60 Prozent im Euro-Raum vergleicht!). Aber auch diese staatlich finanzierten Konjunkturmaßnahmen konnten die Lähmung des Wirtschaftsgeschehens nicht stoppen. Vielmehr verschwand auch das neu gedruckte und vom Staat in Umlauf gesetzte Geld sehr schnell wieder in den Tresoren der Privathaushalte. Selbst der verzweifelte Versuch des Staates die Wirtschaft mit terminierten und an die Bürger verschenkten Kaufgutscheinen in Schwung zu bringen, ging weitgehend ins Leere. Zwar wurden alle Gutscheine vor dem Verfallstermin eingelöst, aber der damit ausgelöste Nachfrageschub entsprach nur einem Drittel ihres Nennwertes. Mit der übrigen Kaufkraft erhöhten die Bürger nur wieder ihre Bargeldhaltungen!

Welche Folgen haben die Geldzurückhaltungen in Japan?

Sieht man sich die Entwicklungen in den Statistiken an, dann liegen sowohl die Wachstumsraten der japanischen Wirtschaft als auch die Zinsen deutlich unter den Werten der anderen Industrienationen. In den letzten fünf bis sieben Jahren pendelte das Wirtschaftswachstum sogar um Null, ebenso wie die Veränderungen der Inlandsnachfrage. Die kurzfristigen Zinsen lagen in dieser Zeit knapp über Null und die langfristigen zwischen ein und zwei Prozent. Doch trotz des fehlenden Wirtschaftswachstums und trotz der hohen Staatsverschuldung geht es den Menschen in Japan überraschenderweise nicht viel schlechter als jenen in den übrigen Industrienationen. Zwar hat die Arbeitslosigkeit im Lande zugenommen, doch mit einer Quote von 6 Prozent liegt man immer noch in einem annehmbaren Rahmen.

Ein ganz entscheidender Grund für die geringen negativen Folgen der japanischen Deflation sind die bereits erwähnten niedrigen Zinsen. Denn im gleichen Umfang wie die Zinssätze sinken, sinken auch die Schuldenlasten und damit tendenziell die Zinsanteile in den Preisen. Das heißt, der als Deflation gekennzeichnete Preisverfall in Japan kann auch mit diesem Wirkungsmechanismus der gesunkenen Zinsanteile erklärt werden. Zwar gehen mit diesen sinkenden Zinssätzen auch die Zinserträge der privaten Haushalte zurück, aber davon sind, netto gerechnet, nur die reichen Minderheiten betroffen. Die breite Bevölkerungsmehrheit zieht dagegen aus diesem Rückgang der Zinsbelastung einen Nutzen. Und natürlich der Staat, der trotz höchster Verschuldung nur relativ geringe Zinszahlungen aus seinen Einnahmen aufzubringen hat.

Hat die Deflation ihren Schrecken verloren?

Unterm Strich betrachtet ist die Situation in Japan, trotz der deflationären Gegebenheiten und trotz der wirtschaftlichen Stagnation, relativ erträglich. Warum sollte es auch anders sein? Bei Zinsen knapp über Null macht ein Nullwachstum kaum jemand ärmer. Denn auch bei gleichbleibender und nicht mehr steigender Leistung bleibt das Einkommen gleich, für das man sich also genau so viel kaufen kann wie im Jahr zuvor. Und auf Grund der sinkenden Preise, gleichgültig ob zinsbedingt oder deflationär erklärt, kann sich die Mehrzahl der Verbraucher sogar noch mehr als zuvor erlauben. Das vor allem, wenn – wie in Japan der Fall – die Preise stärker fallen als die Löhne.

So erklärt sich auch, dass zwar die ganze Welt mit Schrecken auf das japanische »Desaster« sieht, die Japaner aber ganz gut damit leben können. »Das besondere an der japanischen Krise « – so schreibt die ZEIT in Nr.42/2002 – »ist ihre leichte Verträglichkeit für den Bürger. »Goldene Rezession« nennen die Japaner das Phänomen.....So bleibt der Leidensdruck gering und die Regierung kann die Probleme ignorieren, ohne den Wähler fürchten zu müssen«.

Weiter zeigt sich in Japan, dass mit einer Ausscherung aus dem Wachstums-Konvoi keinesfalls jene internationalen Katastrophen verbunden sind, die immer wieder bei einem »Nullwachstum« und einer isolierten Absenkung der Zinssätze vermutet werden. Die japanische Wirtschaft und auch die japanischen Banken verkehren weiterhin ohne gravierende Probleme mit allen anderen Ländern. Handel und Wandel bleiben also intakt und selbst der Kurs der japanischen Währung hat unter den veränderten Gegebenheiten kaum gelitten, er ist eher überraschend hoch.

Umgekehrt wird aber auch deutlich, in welche Schwierigkeiten die japanische Wirtschaft geraten kann, wenn die Zinsen wieder auf eine »normale« Höhe ansteigen würden. Das gilt vor allem für den Staat, der heute, bei niedrigen Zinsen, mit seinen hohen Schulden halbwegs geordnet leben kann. Die Katastrophe, die alle mit der heutigen Situation verbinden, die aber bisher ausgeblieben ist, wird also voraussichtlich erst dann eintreten, wenn sie, mit »normalen Zinsen« und einer inflationsbelebten Konjunktur, durch die Enthortungen der Geldbestände eigentlich zu Ende gehen soll!

Welche Konsequenzen ist aus den japanischen Erfahrungen zu ziehen?

Die klassische Deflation, ausgelöst durch einen tatsächlichen Geldmangel, ist nach wie vor mit Recht ein Schreckgespenst, vor allem im Hinblick auf die sich beschleunigende und schwer zu bremsende Abwärtsspirale.

Wenn aber in einer gesättigten Wirtschaft Verbrauchszunahme und Wachstumsraten zurückgehen und im Gleichschritt damit die Zinsen und Preise, ist das keine problematische, sondern eher eine natürliche und wünschenswerte Entwicklung. Ebenfalls ist es ganz normal, dass unter diesen Gegebenheiten auch das Wachstum der Investitionen und der Kreditaufnahmen rückläufig ist. Problematisch ist dabei jedoch, dass mit diesen rückläufigen Entwicklungen die ausgegebene Geldmenge nicht im Gleichschritt reduziert wird, sondern deren Überschüsse sich in den privaten Tresoren sammeln. Denn mit dieser sich ansammelnden Differenz zwischen der ausgegebenen und der notwendigen aktiven Geldmenge, bildet sich ein aufgestautes Nachfragepotential, das bei einem Anspringen der Konjunktur und einer Wiederbelebung des Wachstums zu einem Inflationsschub führen muss. Die damit wieder ansteigenden Zinsen aber könnten bei den hohen Schulden in Lande für die Wirtschaft »tödlich« sein, vor allem für den überschuldeten Staat.

So wie eine verantwortlich handelnde Notenbank die klassische Deflation durch ausreichende Geldversorgung vermeiden kann, so kann sie die Problematik einer »natürlichen« Deflation auffangen, in dem sie die Geldversorgung im Gleichschritt mit den wirtschaftlichen Sättigungsprozessen reduziert. Bei beiden Deflationsformen geht es also letztlich um eine marktkonforme Geldmengensteuerung. Sie wäre in beiden Fällen mit einer Umlaufsicherung für das Geld erreichbar, die -unabhängig von der Zins- und Inflationshöhe – gleichbleibend wirkt, die Geldmenge gewissermaßen automatisch regelt und die Zinssätze mit dem Wirtschaftswachstum marktgerecht gegen Null sinken lässt. Und die mit einem Rückgang des Verbrauchs bzw. der Wachstumsraten zusammenhängenden Beschäftigungsfolgen können bei Zinsen nahe Null durch flexible Kürzungen der Arbeitszeiten neutralisiert werden, ohne das dies mit problematischen ökonomischen oder sozialen Folgen verbunden wäre.

Dass heißt, mit einem kleinen Eingriff in die Funktion unseres Geldsystems würde es möglich, das Wirtschaftsgeschehen auch ohne Wachstum zu stabilisieren, selbst wenn die Zins- und Inflationssätze auf kritische Niedrigsätze sinken oder die Wirtschaftsleistungen aus sättigungsbedingten Gründen schrumpfen sollten.●

NETZ NRW: NACHRICHTEN

»Energie-Einsparverordnung« (EnEV) als Online-Kurs
Die Energieagentur NRW setzt auch auf Instrument »Internetlernen«

In Fragen zur EnEV unterstützt sie mit dem »Wissensportal Energie« und einem Online-Kurs »Energie-Einsparverordnung«. Zielgruppe sind ArchitektInnen, FachplanerInnen, EnergieberaterInnen, Sachverständige für Wärmeschutz sowie MitarbeiterInnen von Wohnungsbaugesellschaften und Bau- und Planungsämtern.
Der Kurs vermittelt einen umfassenden Überblick über die Festlegungen und Hintergründe der EnEV sowie deren praktische Umsetzung.
[aus: Pressemitteilung der Energieagentur NRW vom 02.01.03]
www.wissensportal-energie.de
www.ea-nrw.de

Computer-ReUse in Berlin und Hamburg

Jährlich entstehen in Deutschland 250.000 Tonnen Elektronik-Schrott, Tendenz steigend. Um einen 486er-Computer zu produzieren, mussten einst 14 Tonnen Material und 33.000 Liter Wasser eingesetzt werden. Der Herstellungsvorgang von Computern, die oft nur 3 Jahre genutzt werden, verursacht bis zu 90% der Umweltbelastung ihres Lebenszyklus.

Auf der anderen Seite werden viele Standardanwendungen (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, e-mail) durch neueste Computer nicht grundsätzlich verbessert, sie lassen sich auf älteren Geräten immer noch gut ausführen.

Eine Wiederverwendung (= ReUse) gebrauchter Geräte ist sowohl aus ökologischen als auch Effizienzgründen sinnvoll. Der Wiederverkauf von Geräten und Komponenten ist für Recycling-Unternehmen zudem mit höheren Erlösen verbunden als die rein stoffliche Verwertung.

Das Verbundprojekt Computer ReUse, gefördert vom BMBF erprobt zu diesem Zweck eine Form der Netzwerk-Zusammenarbeit, die die erforderlichen Dienstleistungen für eine professionelle Vermarktung von Gebraucht-EDV mit dem dafür erforderlichen Service und Beratung verbindet. Dies kann in der jeweiligen Region lokale Dienstleistungen stärken (Reparatur, Service) und einem breiteren Bevölkerungsspektrum Zugang zur EDV-Nutzung schaffen (z.B. in sozialen und Bildungs-Einrichtungen).

Die beiden bisherigen Netzwerke in Hamburg und Berlin bieten an:

- Reparatur, Aufrüstung und Wiedereinsatz gebrauchter Computer
- Zusammenstellung und Beratung zu Software-Lösungen für diese Geräte
- Wiedereinsatz von Bauteilen und Komponenten
- Entwicklung von neuen Produkten aus gebrauchten PCs.

www.reuse-hamburg.de

filia – Die Frauenstiftung
Die Zeiten, in denen Geld Männersache war, sind vorbei.

Immer mehr Frauen haben wirtschaftlichen Erfolg. Immer mehr Frauen erben kleine, manchmal auch große Vermögen. Immer mehr Frauen haben Geld und können mit diesem Geld Einfluss nehmen.

filia will Geld dafür einsetzen, dass Frauen und Mädchen Macht gewinnen. Damit diese Vision Wirklichkeit wird, ergreifen filia Partei für Mädchen und Frauen und setzt auf Empowerment: Auf die gezielte Stärkung von Mädchen und Frauen. Damit sie bessere Chancen erhalten und ihre soziale Situation verbessern –kurz: damit sie die Regie für ihr Leben selbst übernehmen können.
www.filia-frauenstiftung.de/

femity – Networking-Plattform für Frauen

»femity« ist die erste Networkingplattform für deutschsprachige Frauen aller Berufsgruppen in Deutschland, Österreich und international. femity hat verschiedene Zielsetzungen: Lernen – Informieren – Vernetzen – Treffen! Nach dem wertvollen Prinzip give & take unterstützen und fördern die Mitglieder dieser Community sich gegenseitig. Auf diese Weise hat sich seit Oktober 2001 eine selbstlernende Community entwickelt, die einen immer größer werdenden Erfahrungs- und Informationsspeicher bildet. Innerhalb 19 Fachforen diskutieren Frauen berufliche und private Themen. Ein Ziel von femity ist es, durch den gezielten Einsatz neuer Technologien und gemeinsam mit anderen Netzwerken daran zu arbeiten, dass Frauen auch in deutschsprachigen Ländern nicht mehr lange zwischen Beruf und Familie wählen müssen. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Registrierung jedoch erforderlich.
www.femity.net/

GründerInnen nutzen DtA-Mikro-Darlehen – In drei Monaten 600 Zusagen

Selbständigkeit steht hoch im Kurs – doch wer bei der Bank in diesen Tagen nach einem Kredit fragt, der kriegt häufig eine negative Antwort. Als Lösung für dieses Problem gibt es seit drei Monaten ein Angebot der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) mit Namen »Mikro-Darlehen«. Darunter fallen Finanzierungen bis zu einer Summe von 25.000 EUR.
http://tinyurl.com/4qse

Aus: netz aktuell online, Januar 2003
netz NRW – Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V.
www.netz-nrw.de

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFTEN

»Nah und Bio« lautet die Devise für Regionalvermarkter

Regionalvermarktung hat beim Verkauf auf dem Wochenmarkt oder im Hofladen einen hohen Stellenwert. Gilt dies auch für den Naturkostgroß- und Einzelhandel? Bedingt, könnte man meinen ob des Trends nach Produktvielfalt möglichst zu jeder Jahreszeit. Aber es gibt gute Beispiele, die zeigen, dass es geht.

Kai Kreuzer, Red. Genossenschaften ● Überzeugte Regionalvermarkter wollen, dass die Produkte, die sich vor Ort produzieren lassen, auch vor Ort vermarktet werden. Ein saisonal und regional ausgerichtetes Angebot kann das berechtigte ökologische Image des Bio-Handels ergänzen. Studien haben ergeben, dass jeder zweite Verbraucher im Naturkostgeschäft Produkte aus der Region einkaufen möchte. Das Herstellen von Transparenz, damit der Verbraucher erkennen kann, welche Produkte wo erzeugt wurden, ist allerdings noch nicht sehr weit gediehen. Es fehlt meist an guten Auszeichnungssystemen, die die regionale Herkunft erkennen lassen. Fortschritte gibt es in anderen Bereichen.

Im Tagwerk Bio-Supermarkt in Freising (bei München) sind Regionalprodukte mit »nah und bio« gekennzeichnet

Mit Regionalität profilieren

Zur Förderung der Regionalvermarktung lassen sich Regionalgroßhändler einiges einfallen lassen, um mit verschiedenen Maßnahmen die Verbraucher besser zu informieren und einen Bezug zur Bio-Produktion vor Ort herzustellen. Ein bundesdeutscher Regionalgroßhändler, der sich mit dem Thema Regionalvermarktung profiliert, ist die Firma Weiling in Coesfeld. Pressesprecher Hanjörg Bahmann: »Wir setzen seit Jahren auf das Thema Regionalvermarktung, nach dem Nitrofenskandal erst recht.« Überschaubare Kreisläufe, das persönliche Kennen beispielsweise der Eiererzeuger seien ein unschätzbarer Vorteil, so Bahmann.

Großhändler Weiling beliefert 520 Naturkostgeschäfte, Hofläden und Wochenmarktstände in Nordrhein-Westfalen. Über öffentlichkeitswirksame Aktionen bis hin zur Rundfunkwerbung ist man bemüht, den Läden sowie den Endkunden die regionalen Lieferanten bekannt zu machen. In der Gemüse-Preisliste des Großhandels sind die regionalen Erzeugnisse mit Kürzeln versehen, die darauf verweisen, von welchem nordrhein-westfälischen Erzeuger die Produkte stammen. »Wir treffen genaue Absprachen mit den Landwirten und Gemüsebauern, um für sie den Absatz planbar zu machen«, erklärt Bahmann die Zusammenarbeit mit den Bio-Bauern, »und es kommen immer noch weitere hinzu.«

Die BioFach 2003

Die BioFach 2003, größte Fachmesse zum Thema Lebensmittel aus kontrolliertem ökologischen Landbau, findet vom Donnerstag, den 13.02.2003 bis Sonntag, den 16.02.2002 im Messezentrum Nürnberg statt. Die Öffnungszeiten sind täglich von 9 bis 18 Uhr, sonntags von 9 bis 17 Uhr. Die Eröffnung der BioFach 2003 ist am Donnerstag, 13. Februar 2003, um 10.00 Uhr im Messezentrum, CCN Mitte, Saal Brüssel.
Weitere Informationen:www.biofach.de

Erkennbare Erfolge

Die erreichten Anteile an Regionalerzeugung sind inzwischen beachtlich: Bei Brot (einschließlich der Rohstoffe) sind es 90%, bei Fleisch und Wurst 80%, bei Eiern 100%, bei Milchprodukten 60%. Allerdings lässt sich nicht alles in der Region produzieren: Unverzichtbare Winter- und Frühjahrsgemüse aus Frankreich, Italien und Spanien senken im Segment Gemüse den Regionalanteil auf 29%, bei Obst sind es 20%.

Infos über die Produktherkunft werden über die Preisliste und Rundmails den Ladnern zur Verfügung gestellt. Beim Fleisch steht inzwischen auf jeder Verpackung, von welchem Hof das jeweilige Teilstück kommt. Mit Aktionen und Veranstaltungen vermittelt die Großhandlung Weiling in der Öffentlichkeit ihr Engagement. Im Juni 2002 lud die Firma zu einer Bio-Butterfahrt ein. Mit 650 Verbrauchern in zwölf Bussen wurden mehrere Bio-Bauern und Hersteller wie die Molkerei Söbbeke besucht. Für die Teilnehmer sowie die anwesende Presse eine gute Möglichkeit, eine direkte Vorstellung der Bio-Erzeugung vor Ort zu gewinnen.

Kennzeichnen mit System

Bei Landwege in Lübeck steht das große R mit einem gelben Balken darüber für die Produkte aus der Region. Damit sind Obst, Gemüse, Fleisch, Backwaren und Milchprodukte gekennzeichnet. Rund 40% aller verkauften Waren kommt aus regionaler Erzeugung, schätzt Geschäftsführer Klaus Lorenzen vom Landwege-Ladenteam, eine erfolgreich arbeitende Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft. Allerdings unterscheiden sich die Warengruppen ganz erheblich in ihrem Regionalanteil. Während dieser

Regionalprodukte machen mit einem großen R bei Landwege in Lübeck auf sich aufmerksam

bei Fleisch/Wurstwaren 85% und Brot/Backwaren bei 90% liegt, sind es bei Obst/Gemüse 50% und bei Käse/Mopro lediglich 30%. Auf Grund der geographischen Lage im Norden Deutschlands und den nicht optimalen Bedingungen sei ein höherer Regionalanteil kaum zu erzielen, so die Einschätzung von Lorenzen. Der 330 qm große Bio-Supermarkt wurde im November 2001 eröffnet und rechnet dieses Jahr mit einem Umsatz von 1,2 Mio. EUR. Die Verbraucher, erläutert der engagierte Genossenschaftler, reagierten sehr positiv auf die Kennzeichnung, allerdings sei die Information mittels großformatiger Plakate noch verbesserungsfähig.

Nur Regional ist ökologisch

»Nah und bio« ist die Devise im Tagwerk Laden in Freising. Sei es beim Käse, bei der Wurst oder bei Backwaren, das Schild weist die Kunden unmissverständlich auf die Erzeugnisse aus der Region (rund 50 km im Umkreis) hin. Dabei bekommen das Tagwerk-Etikett nur Betriebe, die Mitglied in der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft sind. Andere regionale Hersteller und Bauern sind damit nicht gekennzeichnet. Rechnet man alle Lieferanten der Umgebung zusammen, kommt Mitinhaber Markus Bracker auf folgende Regionalanteile: Fleisch/Wurst 90%, Frischmilch/Käse 50-60%, Getreide und Flocken 70%, Obst/Gemüse (Sommer/Herbst) 30%. Der im Jahr 2000 eröffnete Bio-Supermarkt mit 200 qm wird dieses Jahr einen Umsatz von 1,2 Mio. EUR erreichen.

Der Tagwerk-Genossenschaft sind im Raum nördlich von München sieben Naturkostgeschäfte und etliche Hofläden angeschlossen. Sie werden selbständig geführt, sind mit der Genossenschaft jedoch vertraglich verbunden. Die Genossenschaft führt in Eigenregie die Beschikkung von Wochenmärkten mit Marktständen durch. Stehender Slogan bei Tagwerk: »Nur regional ist Bio wirklich ökologisch.«

Marke »Von hier«

Im Allgäu verkauft die regionale Supermarktkette Feneberg in über 80 Filialen 20 Prozent ihrer Produkte aus der Region. Die Region zieht sich dabei in einem Radius von 100 Kilometern um die Stadt Kempten. Aus diesem Kreis bezieht die Lebensmittelkette ihre Produkte und Rohstoffe. Die Feneberg-Märkte erreichten dabei mit der eigens geschaffenen Marke »Von hier« ein ehrgeiziges ökologisches Unternehmensziel: Obwohl die regionale Produktpalette von der Milch, über Fleisch, Gemüse bis hin zu Backwaren und Obst aus biologischer Erzeugung gemäß der EU-Verordnung kommt und im Preis 20 Prozent höher liegt als vergleichbare konventionelle Ware in den Regalen, wird die Volkswirtschaft in Höhe von 2,3 Mio. EUR an externen Kosten für Transport, Gesundheitsbelastung und Bodenversauerung entlastet.

Der Doktorand am Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaus der Technischen Universität München-Weihenstephan Martin Demmeler zieht eine Öko-Bilanz: 500 Euro könnte jeder Esser jährlich für sich und das Gemeinwohl einsparen, würde er ein ganzes Jahr Bio-Lebensmittel aus der Region einkaufen und konsumieren. Demmelers Resümee: »Regionale Lebensmittel reduzieren am Besten die sinnlosen Lebensmitteltransporte, entlasten deutlich die Umwelt und erhöhen das Bewusstsein für intakte Naturlandschaften und damit die Lebensqualität.«●

Umweltverbände fordern: Food Miles reduzieren!

Die Kritik, die in Deutschland, aber auch in England von Umweltgruppen kommt, ist eindeutig. Nach Ansicht von Vicki Hird, Leiterin von »Sustain«, einem britischen Dachverband von über 100 Umweltgruppen (www.sustainweb.org), tragen Bio-Käufer sowohl zur Erderwärmung und zum Klimawandel bei, als auch zur Verringerung schwindender Ölreserven. Sie ist eine der Autoren des Berichts »Eating Oil – Food in a changing climate«, der die Aufmerksamkeit auf den enormen Energieverbrauch lenken möchte, der durch die heutige Lebensmittelversorgung entsteht. Ein Probeeinkauf enthüllte, dass 26 verschiedene Bio-Produkte 240.959 km gereist sind, bevor sie das Naturkostgeschäft erreichten: gleichbedeutend mit sechsmal um den Äquator.

Auch Florian Schöne vom NABU spricht sich gegen Flugware aus: »Flugware steht nicht im Einklang mit den gesellschaftspolitischen Zielen des Öko-Landbaus. Food Miles sind im Naturkosthandel ein Thema, das nicht zu kurz kommen sollte. Wir müssen regionalen Produkten Vorrang gewähren.« In Deutschland machen sich sowohl der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) sowie der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) für eine Regionalvermarktung stark. In einer NABU/DVL-Studie, die sich mit den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen befasst, heißt es deutlich: Es fehlt »in allen untersuchten Politikbereichen an integrierten regionalen Entwicklungskonzepten und Handlungsansätzen«. Empfehlung: Zum Thema regionale Bio-Lebensmittel im konventionellen Handel gibt es eine Broschüre beim Nabu unter info@nabu-natur-shop.de.

NATURATA EG, GRÜNSFELD

Naturkosthandel im Wandel – Genossenschaft verliert Eigenständigkeit

Mit der Gründung der NaturataSpielberger AG zum 1. Januar 2003 geht aus zwei traditionsreichen Betrieben im Naturkostmarkt ein neues Unternehmen hervor, das eine Beteiligungsmöglichkeit für ökologisch orientierte Kapitalanleger bietet. Die Gesellschaft wird das operative Geschäft der Naturata eG, Grünsfeld, und der Spielberger KG, Brackenheim, fortführen und ausschließlich Produkte aus biologisch-dynamischem oder kontrolliert-biologischem Anbau vertreiben. Die Beteiligung erfolgt in Form vinkulierter Namensaktien, eine Aktionärsform, die zukünftig vor kapitalmehrheitsgesteuerten Entscheidungen schützen soll.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Durch die gemeinsame Fortführung ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit unter dem Dach der Aktiengesellschaft und die Bündelung der vorhandenen Kompetenzen der Naturata eG, Grünsfeld, und der Spielberger KG, Brackenheim, erhoffen sich die Verantwortlichen beider Unternehmen zahlreiche Synergien. Die NaturataSpielberger AG wird ausschließlich Lebensmittel aus biologisch-dynamischem oder kontrolliert-biologischem Anbau vertreiben. Eine der Vorläufer ist die älteste Öko-Genossenschaft aus dem Bereich des kontrollierten Anbaus.

Die Naturata eG wurde vor 23 Jahren als assoziative Dienstleistungsgenossenschaft für den Handel mit Naturprodukten von Demeter-Verarbeitern und Bioläden aus ganz Deutschland gegründet. Im Laufe der Jahre hat sich das Unternehmen zu einem der exponierten Naturkost-Markenartikler entwickelt. Zu den im Biomarkt platzierten Produkten zählen unter anderem Schokoladen und Pralinen, würzige Suppe, Heiß-und Kaltgetränke, wie z.B. Getreidekaffeesorten oder Kakaogetränke, Öle, Tomatenprodukte sowie Chutneys, Würzsaucen und weitere Convenience-Produkte.

Unklare Geschäftsausrichtung

Die NaturataSpielberger AG wird den Geschäftsbetrieb der Naturata eG zusammen mit definierten Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten erwerben. Die Spielberger KG verpachtet ihre Geschäfts- und Betriebsanlagen an die neue AG – einschließlich der exklusiven Nutzung ihrer Marken. Die Naturata eG soll sich zukünftig zu einem Logistikdienstleister entwickeln, zu dessen Hauptkunden auch die NaturataSpielberger AG zählen wird. Wie die neue Ausrichtung der Genossenschaft wirtschaftlich erfolgreich sein kann, bleibt nach den bisherigen Pressemitteilungen des Unternehmens unklar.

Zweiter Vorgänger der neuen AG ist die Spielberger-Mühle. Sie wird in der dritten Generation als Familienunternehmen geführt. Schon seit 1968 verarbeitet die 1930 gegründete Mühle Demeter-Getreide, seit 1983 ist der Betrieb komplett auf Bioprodukte umgestellt. Neben der Erzeugung von Getreidemahlerzeugnissen für verschiedene Partner hat sich auch das »Co-Packing« zu einem wichtigen Geschäftsbereich entwickelt. Mit über 80 Demeter-Produkten machte sich Spielberger zudem als Markenartikel-Anbieter einen Namen gemacht. Der Schwerpunkt der eigenen Produkte liegt bei Getreide- und Mahlerzeugnissen. Hinzu kommen Backwaren und Backmischungen sowie Reis, Flocken, Cerealien und Teigwaren.●

Die Kartoffel und der Anarchist

Aus der Reihe: Nicht zu Ende gelesen Teil 2

Immer wieder gibt es Bücher, die zwar einen spannenden Titel haben, oder eine/n AutorIn, die/der interessant zu sein scheint, aber... das Buch ist langweilig, oder noch schlimmer, es ärgert einem. Was also tun? Weiterlesen und sich weiter ärgern oder langweilen, oder einfach zuklappen und weglegen. Ich bin für letzteres.

Bücher, die einem nicht zusagen, sollten auch mit Missachtung bestraft werden, denn lesen ist ein individueller Akt, und das Leben ist zu kurz, um sich mit Dingen zu beschäftigen, die einem (scheinbar) nichts einbringen.

Zu derartiger Fehleinschätzung können einem BuchhändlerInnen und/oder KritikerInnen führen. Ein Buch, welches ich wärmstens empfehle, hochjuble etc. langweilt vielleicht die anderen LeserInnen. So etwas kann immer wieder passieren, und mir passiert es auch.

Buchempfehlungen sind subjektiv. Mein Buchhändler freute sich sicherlich mir endlich mal einen Krimi empfehlen zu können: »Da ist die Hauptperson ein Anarchist, und er ist derjenige, der den Fall löst.« Na da schau her. Anarchisten, die die Polizeiarbeit machen. Nun, sicher gibt es auch Taten unserer MitbürgerInnen, die AnarchistInnen nicht gefallen, denn dieses kapitalistische System samt seiner Justiz, hat nicht immer was mit Gerechtigkeit zu tun. Es gibt Menschen, die Bezweifeln, dass es so was wie Gerechtigkeit überhaupt gibt, und es ist immer wieder feststellbar, dass Menschen ohne irgendein Unrechtsbewusstsein gegen andere Menschen vorgehen. Dies sind sicherlich die schlimmsten Deformationen dieser Gesellschaft.

Aber na gut, ich lese selten Romane und noch seltener Krimis. Warum also nicht mal der Empfehlung folgen. Außer die Leo Malet-Krimis kenne ich kaum welche mit libertären Einflüssen. Ich kaufe also diesen Krimi*. Immerhin erschien das französische Original bei Éditions Gallimard Paris.

Eine Schülerin wird ermordet in einem Kleingarten bei Paris aufgefunden. In jenem Garten, wo der taubstumme (!) Anarchist, und Ex-Journalist, der als Kind im Spanischen Bürgerkrieg verletzt worden war und nach Frankreich emigrierte, eigentlich in Ruhe eine besondere Kartoffelsorte züchte will, die »Schöne von Fontenay«. Soweit der Plott. Aber was lese ich da auf Seite 33: »Ich weiß ja, die Anarchos meiner Heimat neigten dazu, »Viva la Muerte« zu brüllen...«. Hoppla, hatte ich da irgendwas falsch verstanden, die letzten 40 Jahre glaubte ich, Viva la muerte – Es lebe der Tod – sei der Schlachtruf der Franco-Faschisten gewesen. Fernado Arrabal hat sogar mit gleichen Titel einen Film (1971) über seine Kindheitserinnerungen an den Spanischen Bürgerkrieg gedreht. Anarchisten die den Tod verherrlichen, inmitten der Barbarei und des Gemetzels an hunderttausenden von Menschen? Ich dachte immer WIR sind die Guten.

Und, das uns AnarchistInnen keine menschliche Gefühlsregung fremd sein sollte, ist klar, aber lassen wir uns so einfach zur Lynchjustiz hinreißen? Denn gleich der nächste Satz lautet: »Dem Schweinehund, der die kleine Laura kaltgemacht hatte, dem sollte man den Geschmack am Brot verleiden und den Garaus machen.«

Série Noire hin oder her, ich war bedient und klappte das Buch zu. Das wertvollste an dem Buch waren wohl die beiden Seiten 246 und 247 mit den »Worterklärungen«. Denn wer erinnert sich noch an Antich Puig, jenem spanischen Anarchisten, der 1974 (!) noch mit der berüchtigten Garrotte, einem mittelalterlichen Hinrichtungsstuhl, bei dem der Verurteilte durch eine Holzschraube, die sich von hinten ins Genick bohrt, zu Tode gebracht wird? Wobei die Hinrichtungsart bei dieser Annotation nicht berücksichtigt worden ist.

Der Autor Jean-Bernard Pouy, der laut Klappentext »...nach dem Studium der Kunstgeschichte Journalist, Lektor, Lehrer, Drehbuchautor und Schriftsteller« war und ist, hat hier entweder einen billigen faux pas vollbracht, d.h. er hat schlichtweg keine Ahnung von Anarchismus, und der selbige dient ihm lediglich als reißerischer Hintergrund, und/oder das Lektorat hat irgendwie gepennt.

Egal, die 20 DM sind irgendwie in den Sand gesetzt. Zum Glück kam gerade mit der Post die Druckfahnen des neuen Romans von P. M. »Der goldene Weg«. Mal sehen, was mich da so erwartet...●

Jochen Knoblauch

* Jean-Bernard Pouy; Die schöne von Fontenay. Distel Literatur Verlag Heilbronn 2001, 247 S. 10,80 EUR

Edition Blackbox

Ralf Burnicki – »Anarchismus und Konsens« & Michael Halfbrodt »Drinnen & Draussen, Entscheiden und Tun«:
Libertäre Selbstorganisationstheorie trifft Libertäre Poesie
Lesung und Diskussion mit dem Autorenduo Michael Halfbrodt und Ralf Burnicki von der »Edition Blackbox«
Am: 15.02.2003, 15 Uhr
Ort: BiBaBuZe, Aachenerstr. 1, Düsseldorf
VeranstalterInnen: BiBaBuZe, Freie ArbeiterInnen Union Düsseldorf
Eintritt: 2,50

»Entscheiden und Tun«
Hierarchien machen das Leben (scheinbar) einfach. Man weiß, was zu tun ist, also immer das, was andere entscheiden. Das runduminformierte Ich wird des eigenen Tuns enthoben, wird von Entwicklungen abgehängt, holt sich über Abendnachrichten die Botschaft, die andere gestalten, verlautbaren, diktieren. Was getan werden soll, bestimmen Regierungen, UnternehmerInnen, Vereinsvorsitzende, die alltäglichen Hartz-Kommissionen. Dass Hierarchien, auch wenn sie im Zeichen der Repräsentativen Demokratie fernsehgerecht – also nahezu geruchlos – funktionieren, unmenschlich und antidemokratisch sind, davon ist in den neuen Publikationen der beiden Blackbox-Autoren Michael Halfbordt und Ralf Burnicki die Rede. In ihrer Lesung begegnen sich – nur auf den ersten Blick ungewöhnlich – politische Lyrik und politische Wissenschaft. Gemeinsames Thema ist die Suche nach Möglichkeiten, eine herrschaftslose Gesellschaft zu begründen.

Autoreninfo:
Michael Halfbrodt: Drinnen & Draussen, Entscheiden und Tun (Poem), Frankfurt a.M./Bielefeld 2002
»Drinnen und Draussen« beschäftigt sich mit dem Versuch, eine emanzipative Veränderung der Gesellschaft durch Übernahme ihrer politischen Institutionen zu bewirken. Der Versuch der 68'er-Generation ist bekanntlich gescheitert. Stattdessen finden sich solche, die angetreten sind, die Welt zu verändern, heute auf der Seite der Herrschaft. Michael Halfbrodt gelingt es, diesen Prozess einer allmählichen Anpassung auf eine raffiniert-poetische Weise anzuprangern.

Ralf Burnicki: Anarchismus und Konsens. Strukturen einer nichthierarchischen Demokratie, Frankfurt/M. 2002
Der Autor von »Anarchie als Direktdemokratie« beschäftigt sich in seinem neuen Buch mit dem Konsensprinzip als Möglichkeit, eine anarchistische (herrschaftslose) Gesellschaft zu begründen. Welche Bedingungen hierfür geschaffen und welche Verhältnisse überwunden werden müssten, dies ist Thema des Buches, das sich gleichzeitig kritisch mit dem libertären Konsensmodell auseinandersetzt. Ein Stück aktueller politischer Theorie eines Autors, der bereits (auf Einladung der Neuen Gesellschaft für Literatur Berlin 2001) im roten Salon der Volksbühne als ein »Erbe Orwells« zu hören und zu sehen war.●

»Wir wollen alles, und zwar subito«

Schwer wie ein Pflasterstein ist es, dieses Buch über die Achtziger-Bewegung in der Schweiz, höchst eigenwillig in der Ästhetik, was Grafik und Layout angeht, fast so, als wollten Herausgeber und der Verlag den Geist der Achtziger-Bewegung nach zwanzig Jahren nochmals heraufbeschwören. Nicht einfach ein trockenes Geschichtsbuch oder eine nostalgische Dokumentation wollten sie publizieren, sondern ein gleichzeitig wohl geordnetes und dennoch mehrere Ebenen umfassendes Sammelsurium von Fakten, Zeitdokumenten, Aufarbeitungen und Rückblicken – also eben gerade nicht Geschichtsschreibung im herkömmlichen Sinn, in der sich HistorikerInnen die von ihnen bearbeitete Vergangenheit als SpezialistInnen immer auch ein Stück weit aneignen.

Als Leser spürt man, selbst mit der offen zugelassenen Schlagseite einer nicht vermeidbaren »Nachträglichkeit«, immer wieder das Engagement der Beteiligten am Thema, damals und heute noch. Und es kommen Zeugnisse und Quellen aus fast allen Szenen der AktivistInnen zu Wort, in verschiedensten Formen der Aufbereitung, die manchmal den Leser ein bisschen überstrapaziert. Was allerdings fehlt, sind Hinweise auf die damalige »linke« Diskussion, etwa in der »WoZ«, im »Widerspruch«, »Zeitdienst«, »Focus«, »Tell« etc. Man muss sich an die Verwischung von Wissenschaftlichkeit, Journalismus, Kolportage und graphischer Reminiszenz erst einmal gewöhnen.

Bald einmal aber merkt man, dass der Herausgeber Heinz Nigg aus Respekt vor dem Gegenstand eben der Achtziger-Bewegung wohl gar nicht anders konnte, als möglichst alle vorliegenden Quellen zu sammeln und zu berücksichtigen. Denn schließlich war er ja damals auch mit von der Partie: als Ethnologe und Lehrbeauftragter an der Zürcher Universität, als teilnehmender »wissenschaftlicher« Beobachter, der die Videoaufnahmen der Ereignisse organisierte und damals ad hoc auswertete, diese dann auch der Bewegung zur Verfügung stellte. Die Beschlagnahmung dieses Materials durch den Erziehungsdirektor Gilgen führte damals zu einem großen und international aufsehenerregenden Skandal um das Thema »Freie Wissenschaft versus Staatsmacht« – guess who won?

Neben den vielen Zeugnissen von Beteiligten und Bewegten aller Art und neben der breit angelegten Dokumentation von Presseerzeugnissen, Flugblättern, Videodokumentationen (in der beigelegten DVD schnittmusterartig zusammengefasst) von damals und anlässlich des 20jährigen »Jubiläums« der Bewegung, ist es vor allem das Kapitel »Wissenschaftliche Beiträge«, welches mich am meisten interessiert hat. Ich erwartete in irgendeiner Art Antwort auf die Fragen, wie denn die Achtziger- Bewegung zeitgeschichtlich und politisch einzuordnen sei. Welche Resultate für Gegenwart und Zukunft ergeben sich aus einer kritischen Analyse? Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen, sozialen Spannungsverhältnisse und Missstände waren es, die wieder zu einem solch kollektiven, kreativen »Aufruhr« führen könnten, und in welchen Ausdrucksformen könnten, sich dieser dann möglicherweise gestalten? So inhaltsreich und klug die mit der nachträglichen Analyse sich befassenden Essays sind – besonders zu erwähnen sind diejenigen von Hans Peter Kriesi, Heinz Nigg, Christian Schmid und der geschichtlich weit ausholende Beitrag von Takkenberg und Wisler –, die Antworten auf diese Fragen bleiben aus.

Man kann sich des Eindrucks, hier interessiere vorwiegend der lokalspezifische, anarchische Charakter der Ereignisse, nicht ganz erwehren. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die biographischen Lebensläufe in den Interviews mit AktivistInnen; für alle war zwar die Bewegung ein wichtiger Abschnitt in ihrem Leben, aber (fast) alle haben ihn hinter sich gelassen, sich im Sinne einer prägenden aber abgeschlossenen Episode davon verabschiedet. Ob nun ausgerechnet dieses Erinnerungs-Buch wider Willen zum eigentlichen Schlussstrich geworden ist?

Ein wenig naiv und treuherzig muten auch die da und dort geäußerten Vermutungen an, die Mächtigen und vor allem die Ordnungskräfte der Stadt Zürich hätten aus den damaligen Ereignissen etwas gelernt, es gebe heute viele und genügend Freiräume für die Jugend und für die subventionierte alternative Kultur (Rote Fabrik, Berner Reithalle); die Zeit der Rebellion sei offensichtlich vorbei, denn durch die Achtziger-Bewegung hätte sich ja »eine neue urbane Kultur« (Schmid, S. 358) etablieren können. Treffen denn die vielen schneidenden, manchmal auch etwas pauschalen und protopolitisch anmutenden Äußerungen damaliger AktivistInnen und SympathisantInnen heute nicht mehr zu? Zu lesen ist nämlich auch: »Es sind nicht die Menschen, die in dieser Gesellschaft bestimmen, sondern es sind Strukturen, Mechanismen, Sachzwänge, die über die Menschen bestimmen. Die toten Sachen dominieren über die lebendigen, anstatt umgekehrt.« (S.307) »Dieses Sauberkeitsbedürfnis, dieser zwanghafte Drang nach hygienischer Politik und politischer Hygiene leugnet rundweg die Existenz politischer und sozialer Interessensgegensätze.« (S.317) »Lebensgeschichte und Äußerungen gewalttätiger Jugendlicher zeigen, dass sie, und zwar als Opfer, in besonderem Maß Gewalt erleben und dabei erfahren haben, dass man damit etwas erreicht.« (S. 319). »Gewalt ist der Bau von Kernkraftwerken in diesem eng besiedelten Land.« (S.314)

Es ist ein Verdienst der Autoren, dass sie sachlich alle Fakten der Gewalttätigkeiten, die reaktionären und die (pseudo-)revolutionären Einstellungen, dadaistischen Parolen und bitterernsten Empfindungen einander gegenüberstellen und damit im übrigen auch zeigen, dass die Achtziger-Bewegung, so kurzatmig, minderheitlich und chaotisch sie gewesen ist, ein gesamtgesellschaftliches Ereignis war, über dessen Spätfolgen oder gar nachhaltige Auswirkungen in Politik und Kultur man allerdings geteilter Meinung sein kann. Die eigentlichen Ursachen der damaligen Rebellion bleiben unklar – sie sind überdeterminiert und lassen sich auch mit nachgelieferten Vermutungen nur schwer genauer klären. Sie zeigen aber, dass das Zusammentreffen von individuell empfundenem Unbehagen im Kollektiv unerwartete und unermessliche Energien freisetzen kann: solche der Kreativität, der Autonomie, der plötzlichen Solidarität, der Polizeigewalt und auch der massivsten Gegengewalt.

Und heute? Sind denn Missstände und Unbehagen geringer als in den frühen Achtzigerjahren? Schlimmste Wohnungsnot in Zürich zum Beispiel, schamlose Abzockereien in der Wirtschaft, Zynismus in der globalisierten Welt, maßlose Destruktion der Umwelt usw. Die Stadt aber ruht meistens, wenn nicht gerade ein Theaterskandal provoziert und für kurzfristige Aufregung sorgt (»Zürich schreit – Marthaler bleibt«) oder die Techno-Jugend dazwischen auch mal swingt (Street-Parade). Auch nach dem Lesen dieses dicken Schinkens weiß man immer noch nicht, warum es in einer Schweizer Stadt wie Zürich oder Bern plötzlich so anders sein kann.●

Berthold Rothschild

Heinz Nigg (Hg.): »Wir wollen alles, und zwar subito.« Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Limmat-Verlag, Zürich 2001 (532 S. + DVD, Fr. 68.–)

Erschienen in: WIDERSPRUCH 43, »Linke und Macht«, 216 Seiten, Euro 16.-, Zürich 2002
Zu beziehen im Buchhandel oder direkt bei:
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

Hitler, Buddha, Krishna

Der tibetische Buddhismus galt im Westen lange als DIE Friedensreligion. Exotik und Mystik täuschten dabei über reale gesellschaftliche Tatsache hinweg. Während die Kritik an der katholischen Kirche boomte, klammerten buddhistisch begeisterte westliche KritikerInnen dezent die Tatsache aus, dass die Etablierung des Lamaismus mit der Einsetzung eines Feudalsystems und der Unterdrückung naturreligiös-schamanischer Traditionen Hand in Hand ging. Tibet erhielt zu Recht weltweite Sympathien auf Grund der politischen und religiösen Unterdrückung durch das kommunistische China, der Dalai Lama machte als eine Art spiritueller Pop-Star Karriere.

Seit einigen Jahren ist dieses schöne, verklärende Bild des tibetischen Buddhismus kräftig angekratzt. Das Autorenehepaar Trimondi hat daran wesentlichen Anteil. Das vorliegende Buch hat bereits heftige mediale Diskussionen angeheizt und zu weitläufigen Polemiken Anlass gegeben. Es geht hier nicht um eine generelle Abwertung des tibetischen Buddhismus, sondern um die Aufforderung, endlich auch kritisch und politisch aufgeklärt der Modereligion Buddhismus gegenüber zu treten.

Gründe dafür gibt es genug: So gab es nicht nur inhaltliche, sondern auch personelle Verbindungen zwischen dem Dritten Reich und Tibet. Heute greifen rechtsextreme Gruppen verstärkt auf den tibetischen Buddhismus und das Kalachakra Tantra zurück. Dazu hatte der Dalai Lama Kontakte zu Rechtsextremisten und Neonazis, die Aufmerksamkeit verdienen. Es geht den Autoren nicht darum, den tibetischen Buddhismus als »rechtsextrem« zu brandmarken. Aber Erklärungsbedarf ist gegeben. So wie die christlichen Kirchen nicht umhin konnten, sich kritisch ihrer Rolle bei Inquisition und in der Ära des Faschismus zu stellen, so wird in einer Demokratie auch von Vertretern des tibetischen Buddhismus erwartet, zu den im vorliegenden Buch vertretenen Kritikpunkten Stellung zu beziehen.●

Roman Schweidlenka

Victor und Victoria Trimondi: Hitler, Buddha, Krishna. Eine unheilige Allianz vom Dritten Reich bis heute, Ueberreuter, Wien 2002, 640 Seiten, 48.10 EUR

Im Vorfeld der Katastrophe

Österreich im Austrofaschismus bis zum Einmarsch der Nazitruppen: Ein dunkles Kapitel der Geschichte tritt hier in Form einer umfassenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der damaligen Wirtschaftspolitik den Gang in die Aufklärung an. Im Zentrum steht der Protektionismus in den Sektoren des Außenhandels, der Landwirtschaft und des Gewerbes sowie die geld- und finanzpolitisch bedingten Kontraktionen, die in die Bereiche des Infrastrukturbaus, der Industrie und der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hineinwirkten. Einzelne Kapitel stimmen mehr als nachdenklich: »Der Staat muss sparen. Der finanzpolitische Dogmatismus im Ständestaat« oder »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Bilanz einer Sozialabbaupolitik«. Die wirtschaftspolitischen Ausführungen werden mit einem geistesgeschichtlichen Zusammenhang verbunden, der auch die Verfassungsentwicklung, gesellschaftliche Trends, ideologische Gurus der damaligen Zeit und wichtige Persönlichkeiten umfasst.

Fazit: Geschichte kann manchmal beklemmend aktuell sein.●

Roman Schweidlenka

Gerhard Senft: Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934-1938, Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien 2002, 550 Seiten

Lebenslanger Querdenker

»Glücklicherweise habe ich geschrieben. Beiträge in unkonventionellen Organen, Büchern, Zeitschriften und Broschüren. Artikel und Aufsätze, publiziert zu verschiedenen Zeiten und Themen, die mich berührten oder um der eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen.« – So umschreibt Uwe Timm selbst zu seinen vielseitigen publizistischen Tätigkeiten, und glücklicherweise, so möchte man hinzufügen, hat er die Ergebnisse dieser Tätigkeiten nun in einem 290-seitigen Buch zusammengefasst und damit für die Mitwelt erhalten.

Uwe Timm, Jahrgang 1932, langjähriger Betriebsrat in einem größeren Industriebetrieb, Mitbegründer der Mackay-Gesellschaft, seit fast zehn Jahren Redakteur der Zeitschrift espero, 1987 ausgezeichnet mit dem von Johannes Maria Simmel gestifteten Friedenspreis des Liebknecht-Kreises, vermittelt in 56 Einzelbeiträgen die Ergebnisse und Erfahrungen eines lebenslangen Querdenkers und unermüdlichem Kämpfers für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden. Libertärem Gedankengut und einer geordneten Anarchie besonders eng verbunden, gibt es für ihn bei diesen Befassungen mit den Fragen und Problemen unserer Zeit keine Tabus.

In einer gleichermaßen knappen wie deutlichen Sprache setzt er sich mit dem Kommunismus ebenso kritisch auseinander wie mit dem Kapitalismus, mit dem Staatssozialismus ebenso wie mit dem Faschismus und sogar dem Anarchismus und den Gewerkschaften. Selbst sich Antifaschisten nennende Gruppierungen, die mit faschistischen Methoden Andersdenkende diffamieren, werden nicht ausgelassen. Doch immer ist es eine konstruktive Kritik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und seine Freiheit und Lebensrechte zum Anliegen hat. So zum Beispiel das Recht auf vollen Arbeitsertrag aber auch auf die Erträgnisse des Bodens und der Natur, die im heutigen Kapitalismus einer Minderheit zu Gute kommen. Verständlich, dass darum auch die Fragen der Geld- und Bodenordnung das Buch immer wieder durchziehen, Fragen, die für Uwe Timm als eine der Voraussetzungen gesehen werden. wenn die Bedrohungen des sozialen und politischen Friedens überwunden werden sollen.

Es lohnt sich, dieses Buch zu lesen. Nicht nur wegen der vielen erfrischenden und konstruktiven Denkanstöße die es enthält, sondern weil man in ihm ein aktives Menschenleben über fast 50 Jahre hinweg begleiten kann und damit gleichzeitig ein entscheidendes Stück unserer Zeitgeschichte.●

Helmut Creutz

Uwe Timm – Gesammelte Schriften / Veröffentlichungen von 1955 bis 2002. ISBN-Nr. 3-8311-4482-6
Bezug über e-mail: utespero@aol.com oder Books on Demand, Gutenbergring 53, D-22848 Norderstedt – Preis: 18,50 EUR

PROJEKTE

Kommuneprojekt in Thüringen (Nähe Erfurt) sucht Menschen mit Lust auf gemeinsames Leben und Arbeiten.
E-Mail: der_traum_ist_aus@web.de

Wander-Kommune (4w, 7m) sucht ab Mai 2003 im großen (!) Umland von Berlin andere Kommunen/Projekte zum Kennenlernen. Baustellen/Workshops/Seminare zum Geld verdienen, einen Hof (20 ha, vier Gebäude, für 25 Leute) zum Niederlassen – sowie Großküchenausrüstung und Werkzeuge! Sind meistens aus Berlin, sozialhandwerklichökologischtechnischSpassundmusikundpolitmäßig motiviert und begeisterungsfähig!
Meldet Euch unter
☎(0 30) 442 53 24 oder
kommune08@yahoogroups.de

JOBS

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26 Jahre möglich ab 9/03, Nds. bietet 200E Taschen-& das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha.
☎(01 71) 156 56 20

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus, D-28359 Bremen

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

NO WAR!-Sturmwarnung- **Aktionszeitung der** *Graswurzelrevolution* (Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft), Februar 2003. **Inhalt:** Aufruf an alle SoldatInnen; Just Say NO; Direkte gewaltfreie Aktionen international; BRD, NATO, EU und Irakkrieg; Blinde Flecken..., Armeen sind Männerbünde; Der Krieg in Tschetschenien; ... **Preise:** 20 Ex.: 5 €, 50 Ex.: 10 €, 100 Ex.: 15 €, 180 Ex.: 25 €, 300 Ex.: 40 €, 400 Ex.: 50 €, 650 Ex.: 75 €, 1000 Ex.: 100 €. Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken) oder Einzugsermächtigung. Bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net www.graswurzel.net**

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

13. Jahrgang, Nr. 52, Dezember 2002, 224 S.
Fülberth – Wahl der Wahrheit
Imperialismusdiskussion
Krätke – Mythen der Globalisierung / Labica – Lenin: Vom Imperialismus zur Globalisierung / Binus – Globalisierung ohne Großkapital? / Perschewski – Imperialistische Kräfteverhältnisse / Panitch – Neuer Imperialismus - neue Imperialismustheorie / Wagner – Irak als Vorspiel / Taureck – Monopolistischer Universalismus
Deutsche Ideologien
Engelken/Gondermann/Hund – Antisemitismus ohne Antisemiten? / Diederich – Ein Schritt aus dem „Zeitalter der Extreme"
Und:
Wehr – Staat und Nation (Losurdo II) / Neubert – SED und SPD im Dialog / Souza Porto – Globalisierung und Arbeit in Brasilien
Sowie:
Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen
Beilage:
Heinz Jung – Bibliographie 1957-1996
Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT
MENSCHEN-VERSUCHE
BAYER testet Pestizide an Menschen.
STICHWORT BAYER
Widerstand gegen Konzernmacht. Konkret, spannend, international.
Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 333940
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

Ich bestelle 3 Ausgaben ak – analyse + kritik für 5 €.
5 € lege ich bar / als Scheck bei.*
*) Das Probeabo gilt für 3 Monate, es verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der 2. Ausgabe gekündigt wird.
Datum, Unterschrift
Name, Vorname
Strasse, Nr.
PLZ, Ort
Ausfüllen und schicken an:
ak – analyse + kritik,
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
www.akweb.de

Betreff: Kleinanzeigen
Es greift um sich, die E-Mail-Manie:
Nicht jeder mensch hat einen Computer!
Bitte gebt bei Euren Anzeigen zusätzlich eine Telefonnummer oder die Postanschrift an!

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Stark nachgefragte Themenbeilagen in der *jungen Welt* mit erhöhter Auflage:

12.2. Literaturbeilage mit wichtigen Neuerscheinungen
12.3. Marxismus-Beilage
20.3. Literaturbeilage zur Buchmesse in Leipzig

Anzeigenschaltungen telefonisch 0 30/53 63 55 38, per Fax 0 30/53 63 55 44 oder per E-Mail pb@jungewelt.de

Die Tageszeitung junge Welt ... an Ihrem Lieblingskiosk

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten:** 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

LESERFORUM

Betreff: Alternativwährungen (Januar 2002)

Hallo,
beim Lesen des Artikels über die Rechtmäßigkeit von Alternativwährungen wie dem Roland-Gutschein fiel mir auf, dass die – meiner Erfahrung nach – hauptsächlichen Probleme, die in der Praxis auftreten, gar nicht erwähnt werden. Die grundsätzliche Recht-, insbesondere Verfassungsmäßigkeit von eigenen Währungen steht doch kaum zur Debatte.
Tauschringe & verwandte Systeme ecken vielmehr in zwei Bereichen mit dem Gesetz an:
1. mit dem Arbeitsrecht – wer in Tauschsystemen (semi-)professionelle Dienstleistungen anbietet, läuft Gefahr, der Schwarzarbeit verdächtigt zu werden;
2. mit dem Finanzamt: Wenn das Geschäft im Tauschsystem richtig »brummt«, wird eine ganze Menge umgesetzt, und darauf müsste auch die entsprechende Umsatzsteuer entrichtet werden. Denn auch wenn nicht in Euro abgerechnet wird, lässt sich doch immer ein äquivalenter Geldwert finden, auf den dann die Steuer fällig wird.
Genau weiß ich das alles nicht, es sind bloß Vermutungen von mir. Vielleicht könntet Ihr diesbezüglich mal nachforschen.
Beim Wuppertal-Institut gibt es eine Studie zu Tauschringen, in der auch einige rechtliche Grundlagen erwähnt werden: http://www.wuppertal-institut.de/Publikationen/WP/WP118.pdf
Liebe, Glück & Freiheit
Timo Ollech

Betreff: Antiamerikanische Zeilen (Januar 2002)

Liebe Redaktion,
seit geraumer Zeit macht Ihr darauf aufmerksam, dass die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen der Redaktionsmitglieder entsprechen müssen. Trotzdem seid Ihr sicherlich bemüht, dafür zu sorgen, dass die veröffentlichten Artikel ein bestimmtes kritisches und reflexives Niveau nicht unterschreiten. Daher verstehe ich eigentlich nicht, wieso die »Antiamerikanischen Zeilen« in CONTRASTE Januar 2003 veröffentlicht wurden.

Der sich selbstgefällig als provokant stilisierende und unter der Überschrift »Debatte« platzierte Artikel ist nach meiner Meinung unter aller Debatte. Ganz abgesehen von etlichen törichten Vergleichen (»römisches Imperium, Nazi-Deutschland«) und entlarvenden Formulierungen (die Zeit des nationalsozialistischen Vernichtungssystems wird verniedlichend als »wenig rühmliche Zeit der eigenen Geschichte« bezeichnet) erschöpft sich der Artikel in einer puren Anhäufung zum Teil bekannter, zum Teil vermeintlicher Tatsachen, ohne auch nur den Versuch einer differenzierten Analyse der geschilderten Ereignisse und der ihnen zu Grunde liegenden politischen und ökonomischen Strukturen und Mechanismen zu unternehmen und die eigene Gesellschaft in eine Kritik der bestehenden Verhältnisse mit einzubeziehen.
Statt zum emanzipatorischen Nachdenken über die eigene Verstricktheit im kapitalistischen Verwertungssystem anzuregen, wird das Weiße Haus in der Manier der »Herr der Ringe« als absoluter Hort des Bösen an die Wand gemalt und somit suggeriert, dass alle anderen politischen und ökonomischen Akteure auf diesem Globus letztendlich nur hilflose Opfer eines amerikanischen Größenwahns darstellen. Die deutschen Leser werden geradezu aufgefordert, sich mit nichts-kostender, genüsslicher Empörung über die bösen Amerikaner aufzuregen und sich mal wieder so richtig gut zu fühlen.
Gern hätte ich gewusst, ob Ihr oder die Mehrzahl Eurer Redakteure wirklich glauben, mit dieser Veröffentlichung einen Beitrag zu einer kritischen Gegenkultur in Deutschland geleistet zu haben.
Mit freundlichen Grüßen
Jan Engbers, Karlsruhe

Liebe CONTRASTE,
in den nächsten Tagen wird auf Eurem Spendenkonto eine Spende eintreffen. Mit der Spende reagiere ich auf die im letzten Heft angefangene bzw. aufgegriffene Diskussion, CONTRASTE einzustellen. Das fände ich sehr schade, da es doch ein anregungsreiches Medium ist und die kritischen Medien mit Qualität auch eh ständig weniger werden. Hier ein paar Anregungen, noch zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, um die finanzielle Basis zu stärken.
1. Die Texte aller Ausgaben am Jahresende auf CD liefern. Das wäre mir z.B. zusätzlich zum Abopreis 5 EUR wert.
2. AbonnentInnen ermutigen, ihre gelesenen Print-Exemplare alternativen Projekten wie z.B. Weltläden, Tagungsstätten, Kneipen zu spenden, um so ggf. weitere LeserInnen (potentielle AbonnentInnen) zu erreichen.
Inhaltlich finde ich das Magazin gut, besonders die Mischung zwischen gemäßigten und radikalen Positionen. Die Zeitung würde an Wert gewinnen, wenn Ihr noch einen Karikaturisten finden würdet. Wie wäre es, diesbezüglich zu einem Wettbewerb aufzurufen? Oder explizit mal Artikel mit Hintergrundinformation, z.B. zur Geschichte linker Ansätze, um die Brücke zwischen alten Hasen und EinsteigerInnen zu schlagen. Themenvorschlag: Der alte Gegensatz zwischen Reform und Revolution - der ja angeblich »historisch tot« ist, nach den Worten von Peter Wahl (attac), was ich z.B. nicht nachvollziehen kann.
So, ein erfolgreiches und solidarisches Jahr wünscht
Swen Osterkamp, Bielefeld

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 21.-23.02.2003
und 25.-27.4.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

ÖKODÖRFER

Erfolgreiche Ökodörfer
& Gemeinschaften
Kaum bekannt, aber es gibt sie seit über 40 Jahren, mit Integration alter oder behinderter Menschen, mit kinderfreundlicher Atmosphäre, Selbstversorgung..., alle mit Toleranz in der Weltanschauung und im Glauben. Die Seminargäste werden unterstützt, herauszufinden, ob für sie ein Gemeinschaftsleben in Frage kommt und ggf. welcher Art. Zum Abschluss wird GemeinschaftenLiteratur vorgestellt.
Termine: 2.-5.5.03 im Schwarzwald,
21.-23.3.03 Ökodorf bei Hannover
Info: ÖKODORF-Institut
☎(0 76 22) 67 13 22

HANDWERKERINNEN

Treffen der Frauen
im Bauhauptgewerbe
Auf unseren jährlichen Treffen sehen sich viele Zimmerinnen, aber auch Dachdeckerinnen, Maurerinnen, Frauen die im Bauhauptgewerbe tätig sind.
Im Programm ist diesmal ein Vortrag von Gisela Notz »das Harzkonzept, die Frauen, das Handwerk und der Arbeitsmarkt«. Es gibt den Austausch untereinander mit diversen Themen, z.B. Alltag auf der Baustelle, Selbständigkeit, gemeinsame Homepage, Bauarbeitende Frauen in der Geschichte u.v.m.
Termin: 20.2.-23.2.2003
Ort: Kulturherberge Wernershöhe (zwischen Hildesheim und Alfeld)
Preis: 50 bis 70 EUR/Wochenende, je nach Vermögensstand
Im Anschluss ein **Fortbildungskurs für Zimmerinnen:** Schiften für Anfängerinnen
Termin: 24.2.-2.3.2003
Ort: in der Nähe von Stade/Drochtersen
Preis: 180 EUR
Information & Anmeldung:
Heike Notz, Zimmerei »Lenne Bau« GmbH, Buchhagen 4, D-37619 Bodenwerder
☎(0 55 33) 52 66 Fax: 96 00 10,
LenneBauGmbH@t-online.de

BUKO

Die Rolle des Staates in der Weltwirtschaft
Für EinsteigerInnen: In den zentralen entwicklungspolitischen und internationalen Debatten der 90er Jahre ging es immer wieder um das Verhältnis von Staat bzw. Politik auf der einen Seite und der Macht der Ökonomie bzw. der Transnationalen Konzerne auf der anderen Seite. Das Seminar wird sich am Beispiel konkreter Kampagnen mit der Politik (supra-)staatlicher Institutionen bei der neoliberalen Globalisierung auseinandersetzen. Mit neueren Ansätzen (Gramsci, Althusser, Poulantzas, Arendt) sollen dann die in den Kampagnen vertretenen staatstheoretischen Ansätze analysiert werden.
Termin: voraussichtlich im März 2003

Biopiraten auf Kreuzfahrt
Dieses Seminar mit Einstiegscharakter wird auf Grund der sehr positiven Resonanz in den letzten Jahren erneut in modifizierter und aktualisierter Form angeboten.
Die Ausbeutung genetischer Ressourcen in den Ländern des Südens ist eines der zentralen Themen der globalisierungskritischen Bewegung. Die Hintergründe dieses Problems sind komplex. Welche Rolle spielt die Patentierung von Lebewesen für die Länder des Südens? Welche globalen Strukturen geben die Verträge vor? In welche Richtung prägen die biowissenschaftlichen Techniken die internationalen Verhältnisse? Wie wehren sich die betroffenen Länder? Ziel ist es, den TeilnehmerInnen zunächst einen Überblick über die unterschiedlichen Aspekte des Themas zu geben. Daran anknüpfen wird eine Diskussion über die politische Bedeutung von Biopolitik für die entwicklungspolitische und internationale Arbeit.
Welche Ansatzpunkte gibt es in der entwicklungspolitischen und internationalistischen Bewegung? Wie lassen sich diese Inhalte der Öffentlichkeit vermitteln und wo findet man Unterstützung für breitere politische Kampagnen?
Termin: 14.-16.3.2003, Bremen

Kampagnenseminar der
BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie
Zielgruppe: Alle, die sich in der Kampagne engagieren oder zumindest die Kampagne unterstützen wollen und bereits etwas Vorkenntnisse zu dem Thema mitbringen – so etwa die Basics von dem letzten Seminar (bzw. sich vorher Inhalte anlesen).
Ziel des Seminars: Strategieplanung für das Jahr 2003 (Themenschwerpunkte, Kampagnenstruktur, Aktionen, Publikationen, Veranstaltungen, ...); Positionsfindung; Untereinander mehr kennenlernen; inhaltlich fitter machen zum Konflikt um Nachbaugebühren.
Termin: 28.2.-3.3.03, (bei Göttingen)

Der Irak im Fadenkreuz
Täglich ist in den Medien vom bevorstehenden Krieg gegen den Irak die Rede. Schritt für Schritt soll die Bevölkerung an den Gedanken gewöhnt werden, dass ein Krieg gegen den Irak stattfinden wird und dass dies ganz normal ist. Mit jedem weiteren Bericht wird ein Krieg im Bewusstsein der Bevölkerung Realität, der noch gar nicht stattfindet. Schon heute soll der Bevölkerung die Notwendigkeit des Krieges gegen »Saddam« eingetrichtert werden. Wenn dann der Krieg wirklich beginnt, soll das öffentliche Interesse schon erloschen sein – eine »Meldung von gestern« – und möglichst niemand mehr dagegen protestieren.
Doch ein Krieg gegen den Irak ist kein Krieg gegen »Saddam«, sondern ein Krieg gegen die irakische Bevölkerung. Bereits das Embargo gegen den Irak hat Huntertausenden das leben gekostet. Das diktatorische Regime Saddam Husseins wurde gestärkt, die demokratische Opposition geschwächt.
Termin: 4.-6.4.2003

»Der Rückzug ins private«
Tagung zum Thema Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Inhaltliche Schwerpunkte sind: GATS und WTO, Tendenzen der Privatisierung der Weltpolitik und Alternativen, Folgen der Strukturanpassungsprogramme in den Philippinen, Privatisierung sozialer Sicherung, Fallbeispiele Philippinen und Deutschland, Aktionsmöglichkeiten im Hinblick auf GATS.
Termin: 21.-23.3.03, Oberursel
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 28 05 51 22
E-Mail: bukohh@t-online.de

GLOBALISIERUNG

Globalisierung – was steckt dahinter?
Spätestens seit den Massenprotesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua ist der Begriff der »Globalisierung« in aller Munde. Doch was steckt konkret dahinter? Was bedeuten all die Begriffe im Schlepptau: WTO, GATT, GATS, Finanzmärkte, Tobin-Tax, MAI und Co.?
Das Seminar zeigt internationale Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik auf, versucht ideologische und neoliberale Argumente zu entlarven und beschäftigt sich mit den Folgen für das Gemeinwesen. Dieses ist bedroht, wenn es rein wirtschaftlichem Kalkül unterworfen wird, politische Spielräume werden enger, der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. Es soll aber auch aufgezeigt werden, dass eine anders verstandene Globalisierung Chancen für positive Veränderungen bergen kann. Hier und an vielen Orten der Welt setzen sich Menschen dafür ein. Auch darum soll es am Wochenende gehen.
Das Seminar wird von attac Hamburg, dem UmweltHaus am Schüberg und KED (Kirchlicher Entwicklungsdienst veranstaltet. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 70 EUR, ermäßigt 35 EUR (inkl. Verpflegung und Übernachtung).
Termin: 21.-23.2.2003
Wegen der begrenzten Zahl der Plätze wird um rechtzeitige Anmeldung an den Kirchlichen Entwicklungsdienst, Wulfsdorfer Weg 29, D-22949 Ammersbek gebeten.
☎(0 40) 605 26 03, Fax 605 25 38
E-Mail: info@ked-nordelbien.de

ERSTE HILFE

Erste-Hilfe-Kurs für
Demos und Aktionen
Samstag, 8. Februar 2003
10.00 Uhr pünktlich (bis ca. 18.00 Uhr)
B5, Brigittenstr. 5, Hamburg-St.Pauli
Dieser Kurs wendet sich an Anfängerinnen und solche, die altes Wissen auffrischen wollen. Bei Interesse kann anschließend eine weitergehende Schulung verabredet werden.
Inhalte der Schulung werden (u.a.) sein:

- Schutz und Selbstschutz
- Rechtshilfe
- Psychologische Erste Hilfe
- Platzwunden und andere Schädelverletzungen
- Tränengas und Pfefferspray
- Nervenschäden durch Handfesseln

Kontakt und weitere Infos:
mailto:sanis-hamburg@nadir.org
http://demosanis.nadir.org

MEDIEN

Online präsent sein
Wie geht das: Informativ texten, aktuelle Webseiten konzipieren und erstellen? Auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Information, webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Themen: E-Mail und Newsletter für die PR nutzen, Planung, redaktionelle Kriterien für das Webkonzept und die attraktive Online-Präsenz (kein HTML-Seminar).
Termin: 22.02.2003

HTML: Der Stoff, aus dem
die Webseiten sind
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 9.-10.03.2003
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 96, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de

RADIKAL REISEN

Nicaragua
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua
Die Zielsetzung der Reise soll sein, von den Gruppen dort zu erfahren, wie linke politische Arbeit in einem völlig veramten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen kann. Welche Themen da wichtig werden, welche Formen der Partizipation und der Politisierung angestrebt werden. Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua soll geklärt werden, was von dem Sandinismus noch zu erwarten ist und mit den Partnern soll diskutiert werden, wie eine Politik aussehen kann, die im betroffenen Land die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft. Das Oberthema sollte zwischen »Krise des Sandinismus im neoliberalen Nicaragua« und »Auswirkungen der Globalisierung auf die nicaraguanische Alltagskultur und das dortige politische Leben« liegen. Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir jedoch die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.
Keine Sorge.
Termin: 12.-22.08.2003
Kosten: ca. 750 EUR

Spanien
Die Osterweiterung der EU, Sicherheitspolitische und rassistische Phänomene nach dem 11. September 2001, hohe Arbeitslosigkeit der zunehmende Erfolg von rechtspopulistischen Politikern bei den Wahlen in verschiedenen Ländern sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien aktuelle Themen insbesondere linker Jugendpolitik. Die Spanienreise soll sich vor diesem Hintergrund vor allem mit zwei Schwerpunktthemen beschäftigen. Einerseits soll das Themenfeld europäischer Sozialpolitik diskutiert werden und zum Zweiten über Strategien und Ansätze jugendpolitischer Arbeit gerade im Bereich antirassistischer Politik nachgedacht werden.
Das Thema Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Europa steht daher zunächst im Vordergrund. Dabei solle ein intensiverer Einblick in die aktuellen Probleme in diesem Bereich ermöglicht werden und zugleich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitische Diskussion in den beiden Ländern vorgestellt werden. Konzepte wie der Ausbau von Job-Vermittlungsinitiativen, der Verkürzung oder Pauschalierung von Arbeitslosenunterstützung, den Vorschlägen der Hartzkommisssion und vergleichbare Konzepte in Spanien sollen in diesem Zusammenhang mit unseren spanischen Partner diskutiert werden. Dabei wollen wir uns zudem einen Einblick in die politische und ökonomische Lage vor Ort verschaffen und nach Möglichkeit z.B. Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaftsvertreter vor Ort besuchen.
Der Zweite Teil wird sich vor allem rassistischen Phänomenen insbesondere in Katalonien zuwenden und auch Zusammenhänge mit den Debatten um die ökonomische Situation aufzuzeigen versuchen. Hierbei soll aber vor allem der zunehmende politische Rechtsruck in Europa, der bei unterschiedlichen Wahlen der vergangenen Jahre zum Ausdruck kam sowie seine Konsequenzen auf politische Jugendarbeit in Europa diskutiert werden.
Termin: März 2003

Finnland
Helsinki und Turku
Wie in den letzten Jahren wird uns unser finnischer Partner Vasemminstonuoret (= Linke Jugend) einen interessanten und umfassenden Einblick in finnische linke Politik geben. Bei Treffen mit Gewerkschaftlern, Parlamentariern, Studentenvertretern und anderen NGOs werden wir v.a. über finnische Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Asylpolitik und den bevorstehenden NATO-Beitritt Finnlands diskutieren. Und neben all dem wird auch noch etwas Zeit für finnische Seen und Sauna bleiben.
Termin: 22.-31.08. 2003
Kosten: ca. 280 EUR

Russland – Moskau
Thema: Antisemitismus
Wieder einmal fahren JungdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. dem Youth Human Rights Movement und der Anti-Defamation-League, wollen wir uns mit Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Partner den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm, ist aber auch genügend Zeit um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskwa spazieren zu gehen.
Termin: 7.-20.09. 2003
ca. 390 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org

BREMEN

Anares schlägt Andere Seiten auf!
Unter diesem Motto findet am **Freitag, den 14. März 2003 ab 21 Uhr** im Paradox in Bremen eine Soli-Party zugunsten des Anares Buchvertriebes statt.
Programmpunkte werden das Kabarett »Anarchist Travelling Circus«, der Liedermacher »Baxi«, eine Tombola und natürlich vielfältige, unkonventionelle Musik vom Plattenteller sein. »Anarchist Travelling Circus« wendet sich gegen Schubladendenken, Identitätsstiftungen und sonstige Normierungen und nennt seine Richtung »Kleinkunstpunk« – denn damit kann dann jede/r und keine/r was anfangen. »Baxi« macht bissige, aber auch nachdenkliche Lieder, die den Zynismus, die Befindlichkeiten und Widersprüche unseres Daseins im gegenwärtigen Weltsystem, das sich »Kapitalismus« nennt und als das einzig denkbare darzustellen versucht, widerspiegeln. Da den Verhältnissen oft nur mit Sarkasmus beizukommen ist, stellen wir die Party auch unter das Motto »Lacht kaputt was euch kaputt macht« – unter dem Pflaster liegt der Strand, und so mag die subversive Kraft des Lachens schon mal den Asphalt aufbröseln...
Auf der Tombola werden allerlei Gegenstände verlost, die unser Sortiment so beinhaltet, neben Büchern also z.B. auch Platten, T-Shirts etc.
Nötig ist die Party, weil wir eben kein normaler, kommerzieller Buchversand und Laden sind, sondern uns in der Vergangenheit den Luxus geleistet haben – und dies auch künftig wollen – hauptsächlich Bücher zu verkaufen, die uns wichtig oder aussagekräftig erscheinen, und zwar unabhängig von ihrer Marktkompatibilität: wir rufen zum zahlreichen Erscheinen auf, damit wir auch in Zukunft Anstöße geben können – Software für's Hirn eben.
Der Eintritt beträgt 5 Euro, darin enthalten ist ein Tombola-Los (inkl. Gewinngarantie!)

ETHISCHES INVESTMENT

Geld regiert die Welt
– regieren Sie mit!
Was verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff »Ethisches Investment«? Wie kann ich mein Geld so anlegen, dass es nicht nur Gewinn bringt, sondern auch sozialen und ökologischen Wandel unterstützt? Kann ich auch mit einer relativ kleinen Geldanlage politisch etwas bewirken?
Dieses Wochenende führt als Kompass durch das mittlerweile sehr breite Angebot zum »Ethischen Investment«. Die Veranstaltung informiert über Strukturen, Risiken und Chancen ethischen Investments. Sie benennt Kriterien, gibt einen Marktüberblick und verschafft Ihnen so eine gute Grundlage für Ihre persönliche Anlageentscheidung. Dabei wird auch kritisch beleuchtet, inwiefern sich Angebote des ethischen Investments tatsächlich von konventionellen Anlagemöglichkeiten unterscheiden und welche Auswirkungen sie auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen haben.
Das Seminar wird von der Bildungsstelle Nord des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), dem Umwelthaus Schüberg und dem Projektteam Nachhaltige Geldanlagen veranstaltet.
Information & Anmeldung:
EED-Bildungsstelle Nord, Wulfsdorfer Weg 29, D-22949 Ammersbek
☎(0 40) 605 25 59, Fax 605 25 38
E-Mail: eed@haus-am-schueberg.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg